This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

FEB 18 1914

FEB 8 1914

FEB 9 1914

(Peinlich)

BNY 770D

Der Kaiſer und der ſüdafrikaniſche Krieg.

5. Kapitel des Buches

Gedanken und Erinnerungen an den Krieg Englands gegen die Burenſtaaten in den Jahren 1899/1900.

Von

Fürchtegott Peinlich,

Regiſtrator im Dienſte der hiſtoriſchen Wahrheit.

Berlin und Leipzig 1900.
Verlag von Friedrich Luckhardt.

THE NEW YORK
PUBLIC LIBRARY
P 61628
ASTOR, LENOX AND
TILDEN FOUNDATIONS.
1900.

Der Kaiſer und der ſüdafrikaniſche Krieg.

5. Kapitel des Buches

Gedanken und Erinnerungen an den Krieg Englands gegen die Burenſtaaten in den Jahren 1899/1900.

Von

Fürchtegott Peinlich,

Regiſtrator im Dienſte der hiſtoriſchen Wahrheit.

Berlin und Leipzig 1900.
Verlag von Friedrich Luckhardt.

Inhalt.

Einleitung.

I. Abschnitt: Die Reise des Kaisers nach England.

1. Abteilung: Vor der Reise 5
2. „ Während der Reise 26
3. „ Nach der Reise 31

II. Abschnitt: Material zur möglichen Auffassung der neutralen Haltung des Kaisers während des Krieges Englands gegen die Burenstaaten 48

III. Abschnitt: Material zur Auffassung, daß es sich um eine äußerst „wohlwollende" Neutralität für England handelt 56

IV. Abschnitt 81

Der Kaiser.

Als das Inhaltsverzeichniß des Buches bekannt wurde, erhielten wir wegen der Überschrift des „fünften Kapitels“ schriftliche wie mündliche Einsprachen, Erwägungen, Ermahnungen und auch Bedenken. Was kann man überhaupt thun oder unterlassen, ohne „Bedenken“ zu verursachen? Die Interpellationen, für die wir hier nochmals bestens danken, denn sie waren alle wahrhaft gut gemeint, theilten sich in zwei Hauptrichtungen, und waren nur darin einig, daß es sehr schwer und gewagt sei, in dem von uns gewählten Thema, besonders in Bezug auf das kritische Stadium der betreffenden Frage, ein Kapitel mit der Überschrift: „Der Kaiser“ zu bringen. Auf der einen Seite wurde nahe gelegt, daß, wenn wir deutlich, auf Grund der öffentlichen Meinung und der bereits bekannten Thatsachen schreiben würden, der Gefahr kaum entgingen, Bekanntschaft mit dem Staatsanwalte zu machen, während man uns auf der andern vorhielt, es wäre eine undankbare Aufgabe, ein Thema zu behandeln, das voller Maulkörbe und Fußangeln sei, so daß bei Berücksichtigung dieser, nur eine oberflächliche, ganz allgemein gehaltene Diskussion über des Kaisers Verhalten zum südafrikanischen Kriege herauskäme. Auf Grund von unseren Ansichten und Überzeugungen treffen die Bedenken dieser Seiten nicht zu, wir vermögen nicht einzusehen, daß es, selbstverständlich unter Beobachtung allen Respektes, den ein loyaler Reichsbürger an und für sich dem deutschen Kaiser nie versagen wird, unmöglich sei, oder nur bei Gefahr: Bekanntschaft mit dem Staatsanwalte zu machen, in Angelegenheiten offen über den Kaiser zu sprechen, die das öffentliche Interesse beherrschen, und zu welchen er selbst Stellung genommen hat. Würde man die persönliche Stellungnahme, die der Kaiser zu

einer Frage eingenommen, ignoriren, so läge hierin für jeden objektiv Urtheilenden eine direkte Geringschätzung für den Kaiser, wie sie für Jeden angenommen werden muß, von dem man sagt: der kann reden was er will, darauf kommt es nicht an. Wäre es im Deutschen Reiche so weit gekommen, daß ein loyaler Deutscher über den Kaiser nicht mehr frei und offen sprechen wollte oder könnte, so müßten bereits Verhältnisse bestehen, welche noch jedesmal als der Anfang des Endes zu bezeichnen waren. Diese Verhältnisse bestehen aber thatsächlich nicht, und indem wir sie bestreiten und offen wie frei über den Kaiser und sein Verhalten zur Streitfrage zwischen England und den Burenstaaten sprechen, glauben wir unsere loyalen Gesinnungen am prägnantesten auszudrücken. Da wir nicht der Jurisdiktion des Reichstags-Präsidenten unterstellt sind, brauchen wir auch nicht darnach zu fragen, ob diese oder jene Äußerung des Kaisers im „Staatsanzeiger" gestanden hat. Was wir über den Kaiser sagen werden, entspricht denselben Gefühlen, Ansichten und Überzeugungen, welche Herr Dr. Lieber und den Reichstagspräsidenten Grafen Ballestrem bestimmten, sich über die Person des Kaisers zu äußern. Der erste Herr sagte in seiner brillanten, denkwürdigen Reichstagsrede vom 12. Dezember 1899, in welcher er die „Flotten-Rede" des Kaisers vom 18. Oktober in Hamburg zur Sprache brachte: „Ich frage noch einmal: was war in diesen $1^1/_2$ Jahren vorgegangen, um in Sr. Majestät erlauchtem und erhabenem Herzen eine solche Wandlung seiner Vorstellungen von dem deutschen Volke herbeizuführen? Wir würden die Verehrung für das Haupt des deutschen Bundes, unseren herrlichen Kaiser, nicht haben, die in unsern Herzen lebt, wenn wir nicht auf's Tiefste ergriffen wären von den harten Worten, die in Hamburg über uns gefallen sind." —

In seiner Kaisergeburtstags-Rede vom heurigen Jahr, welche von den „politischen" Seiten des Reichs, als die vorzüglichste in ihrer Art bezeichnet wurde, äußerte sich der von allen Parteien verehrte Reichstagspräsident Graf Ballestrem ebenfalls mit einem Freimuth, der ein Erbtheil für alle deutschen Männer ist, die an den Traditionen ihres Volkes festhalten. Wer die offene, freimüthige Denk- und Redeweise der Deutschen nicht versteht oder sie perhorrescirt, der hat auch kein Verständniß für die deutsche Eigenart, für deutsche Wahrhaftigkeit, Treue und Liebe; der Betreffende mag

denken und fühlen, wie er will, aber er denkt und fühlt nicht „deutsch", er ist dem Kopfe und dem Herzen nach für uns ein „Fremder".

Graf Balleſtrem ſagt in ſeiner Rede: „Wenn ich nun die in kühner Höhe befindliche Spitze betrachte, ſo ſehe ich doch, daß ſie, um den dortigen ſcharfen Winden zu widerſtehen, auch nach oben eine Stütze hat. Wenn der Kaiſer der Repräſentant der Einheit der Fürſten, der Regierungen iſt, ſo iſt der Reichstag der Repräſentant der Einheit des deutſchen Volkes. Neben dem Kaiſer ſteht der Reichstag, und er ſtreckt ſeine Streben aus nach jener kühn emporragenden Spitze, um ſie zu ſtützen. Dieſe Stützen ſind die Liebe, die Treue und das Vertrauen des deutſchen Volkes zu ſeinem Kaiſer, und dieſe ſtützen in wild bewegten Wettern da oben dieſe Spitze und halten ſie." Im Verlaufe ſeiner Rede kommen noch nachſtehende prächtige Sätze vor. Er ſagte: „Sobald eine Frage die Volksſeele bewegt, ſei ſie politiſcher, ſei ſie wirthſchaftlicher, ſei ſie ſelbſt wiſſenſchaftlicher oder gelehrter Natur, der Kaiſer nimmt Stellung dazu. — Er benützt irgend eine Gelegenheit, um ſich darüber und über die Stellung, die er zu dieſer Frage einnimmt, öffentlich auszuſprechen, er richtet eine geiſtige Standarte auf, die man von weitem ſieht. Meine Herren! nach meiner Anſicht richtet er ſie nicht zu dem Zwecke auf, daß man ſich ſtill und ſtumm dabei vorbeidrücke, ſondern er richtet ſie auf, damit ſie beachtet, erwogen und beſprochen wird von all' Denen, die es angeht, vor Allem von den Vertretern des deutſchen Volkes."

Dieſe Sätze ſind ſtreng logiſch, denn wenn der König von Preußen und der „deutſche Kaiſer" auch viel können, wenn ihre Machtſphären auch weite Grenzen haben — die des Kaiſers in Kolonial-Fragen*) ſelbſt zu weite, — ſo vermögen doch Beide ohne die Nation oder im grundſätzlichen Widerſpruch zu ihr nichts, was zum Heile Beider und des Volkes ausſchlagen könnte.

Zur Bearbeitung des vorliegenden Materials übergehend, theilen wir es in vier Abſchnitte ein. Im erſten muß die Reiſe des Kaiſers nach England, trotz dem betonten familiären Charakter, den ſie haben ſollte, als ein „politiſches Ereigniß" be-

*) Man erinnere ſich nur an den „Sanſibar-Vertrag", durch den Landgebiete wie das vielfach Größere des Deutſchen Reichs (Wituland, Sanſibar, Unganda, Somaliland), die teils thatſächlich in unſerem Beſitz, teils in unſerer Machtſphäre waren, um die Inſel Helgoland preisgegeben wurden.

sprochen werden, allein schon wegen den Meinungen und Ansichten, die sie in Deutschland, England und in allen anderen Ländern gefunden hat. Der erste Abschnitt zerfällt in drei Theile: vor der Reise, während und nach derselben. Im zweiten Abschnitt sollen alle Äußerungen und Handlungen des Kaisers, so wie solche seiner Minister und Räthe, auch Preßäußerungen, die man als officiös zu nehmen hat, aufgeführt werden, welche für eine strenge Neutralität in dem Kampfe Englands gegen die Burenstaaten sprechen. In den dritten fallen jene, welche eine gewisse Tendenz für England vermuthen lassen und als Emanationen einer sehr „wohlwollenden Neutralität" aufgefaßt werden müssen. Im vierten Abschnitte sollen Nachrichten Erwähnung finden, welche in der deutschen Presse gestanden, ohne daß sie kommentirt oder desavouirt worden sind, ihrer Substanz nach aber in einer historischen Arbeit aufgenommen werden müssen.

Eine alte Erfahrung lehrt, daß, je subtiler politische Konjunkturen sind, je weniger sie in äußeren, bestimmten Erscheinungen zu Tage treten, je ungewisser und schwerer die Beurtheilung bei ihnen ist, eine um so größere Bedeutung die „Imponderabilien" erhalten, welche sie begleiten. Nicht umsonst hat der Groß- und Lehrmeister der äußeren Politik, Fürst Bismarck, großes Gewicht auf sie gelegt, und ihre politische Wichtigkeit oft genug hervorgehoben. Wo in der Politik ein bestimmtes Vorgehen, ein Eingreifen, oder selbst eine mehr oder weniger prononcirte Haltung noch nicht oder überhaupt nicht opportun erscheint, haben diese „unwägbaren" Theile eine große Bedeutung für die Behandlung bestehender oder in der Entwickelung begriffener politischer Konstellationen. Das Verstehen und die Werthschätzung der „Imponderabilien", besonders in Hinsicht der sich bildenden politischen Ansichten und Konjunkturen, fallen in das Gebiet rein individueller Auffassungen; bei ihrer Beurtheilung giebt der politische Instinkt den Ausschlag, da sehr oft gar keine anderen Merkmale oder Anhaltungspunkte vorliegen. Bei der Kaiser-Reise nach England, deren verwandtschaftlicher Charakter auf das Bestimmteste von Seiten der Regierung, und auch durch den Kaiser selbst betont wurde, spielen für ihre Beurtheilung die Imponderabilien eine Hauptrolle. Daß etwas nicht geschieht, daß dies und jenes nicht gesagt wird, ist in vielen Fällen mehr, und für die politische Lage aktueller, als

wenn etwas gethan oder gesagt worden wäre. Diese allgemeine Erwägung empfehlen wir zum besseren Verständniß der Kaiserreise unseren Lesern. Aus der dritten Mappe des Bandes 63: „Kaiser Wilhelm II. 1899", welche die Überschrift hat: „Der Kaiser reist dennoch nach England", entnehmen wir nur, was direkt nothwendig ist, um die Stimmungen und Umstände festzulegen, welche sich durch die Kaiserreise ergaben. Sie ist durch alle ihre Umstände ein geschichtliches Ereigniß geworden, und hat deßhalb auch in unserer Registratur, die eine historische Fundgrube sein soll, ihren entsprechenden Platz gefunden.

Wir ertheilen wieder einer ganzen Reihe von Zeitungen der verschiedensten politischen Richtungen das Wort, wodurch der Ausdruck der öffentlichen Meinung am sichersten gewahrt wird. Unsere Arbeit hat einen entschieden zeitgeschichtlichen Charakter, weßhalb wir auch aus diesem Grunde davon absehen, nur unsere Meinung zu äußern, oder durch ein allgemeines Resümee über den Inhalt der Tages-Presse genügen zu wollen.

I. Abschnitt.

Die Reise des Kaisers nach England.

---

1. Abtheilung.

Vor der Reise.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten", Abend-Ausgabe Nr. 540, vom 16. November 1899, schreiben: „Die wiederholte Betonung des rein privaten Charakters des Kaiserbesuches in England hindert die englische Presse nicht, in der Ausbeutung der Reise zu politischen Zwecken fortzufahren. Je eifriger dies im Widerspruch mit amtlichen deutschen Kundgebungen geschieht, desto deutlicher verräth sich das englische Bedürfniß nach Anlehnung. Wenn der Besuch des Kaiserpaares in England der Vergangenheit angehören wird, so werden die jetzt verbreiteten Legenden vor dem Lichte der Wahrheit

alsbald verschwinden. Von der in England im Hinblick auf das bevorstehende Ereigniß herrschenden Stimmung giebt unser Londoner Korrespondent unterm 14. d. M. folgendes Bild:

„Wo immer sich hier drei Menschen über politische Fragen unterhalten„ da bildet der bevorstehende Besuch Kaiser Wilhelms den vornehmsten Gesprächsgegenstand. Das Interesse am südafrikanischen Kriege, über dessen weiteren Verlauf die Nachrichten immer spärlicher fließen, erscheint beinahe erstorben. Alle Welt spricht von der Kaiservisite. Dabei ist es auffallend, daß in demselben zunehmenden Maße, wie der freudig erwartete Monarch den privaten Charakter seines Besuches betont, hier Presse und Publikum bemüht sind, ihm eine hohe politische Bedeutung zu vindiciren. Anfangs war, um England der Dankespflicht möglichst zu überheben, das Gegentheil der Fall. Kaiser Wilhelm will seine Königliche Großmutter begrüßen, das ist Alles. So hieß es in den Blättern, so sprach man in den Clubs. Inzwischen haben die Leute hier eingesehen, daß England sich in Anbetracht der allgemeinen Weltlage in's eigene Fleisch schneidet, wenn es die politische Bedeutung des Ereignisses über Gebühr herabsetzt. So erleben wir denn das seltsame Schauspiel, daß, nachdem der Kaiser ausdrücklich gebeten hat, von offiziellen Begrüßungen mit Rücksicht auf den privaten Charakter seines Aufenthaltes in England abzusehen, die öffentliche Meinung plötzlich den entgegengesetzten Maßstab zur Bewerthung des Ereignisses anlegt wie vorher. In der That hat die „St. James Gazette" nur Recht, wenn sie ihren heutigen Leitartikel mit den Worten beginnt: „Es besteht in England keinerlei Meinungsverschiedenheit darüber, daß der bevorstehende Besuch des Deutschen Kaisers mehr, sogar erheblich mehr ist, als ein Akt formaler verwandtschaftlicher Höflichkeit."

Der „Reichsbote" bringt in seiner Nr. 264, vom 8. November 1899, nachstehenden Artikel: „Zur Reise des Kaisers nach England wird dem „Hann. Corr." aus der deutschen Kolonie in London geschrieben:

„Wie freudig man unter anderen Umständen in der hiesigen deutschen Kolonie einen Besuch des deutschen Kaisers in England auch würde begrüßt haben, rufen die Pläne des Kaisers unter den gegebenen Verhältnissen doch nur Befremden hervor, und man hofft immer noch auf ein Verschieben des Besuches. Wenn aber die ver-

antwortlichen Rathgeber Sr. Majestät den gegenwärtigen Zeitpunkt für einen solchen Besuch als besonders geeignet erachten, so dürfte doch auch wohl anderen Stimmen, die, wenn auch nicht so maßgebend, immerhin auch Gelegenheit gehabt haben, über die einschlägigen Verhältnisse hier sich ein Urtheil zu bilden, das Recht zustehen, sich vernehmen zu lassen."

Dieser Artikel weist dann auf die vielen Beweise freundlichster Gesinnung unseres Kaisers gegen England hin, auf das Hoch auf die britischen Sieger in Omdurman, auf die Lorbeerkränze an das britische Dragoner-Regiment am Waterloo-Tage, an die Entsendung seiner Yacht zu englischen Regatten, an die Beglückwünschungs-Telegramme auf die Ruderwettfahrten englischer Studenten und fährt dann fort:

„Und wie haben die Engländer auf alles das geantwortet? Was hat die Königin Freundliches gethan? Ich wüßte nichts. Und der Prinz von Wales? Ich wüßte nichts. Doch ist er jedes Jahr in deutsche und böhmische Bäder gereist, ohne seinem Kaiserlichen Neffen auch nur ein einziges Mal einen Besuch abzustatten. Und das englische Volk? Gelacht hat es und gehöhnt und gelästert. Niemand ist seit Jahren die Zielscheibe des allgemeinen Spottes in dem Grade gewesen, wie unser Kaiser, so daß manche Deutsche, die wohl weniger hochherzige, weniger Kaiserliche Gesinnungen hegten, in ihrer bürgerlichen Einfalt bei jedem neuen Beweis Kaiserlicher Huld, die sich gegen England richtete, wohl unwillkürlich ausriefen: „Genug, genug! Es wird ja doch nur mißverstanden oder absichtlich verkehrt gedeutet." Alles das kann ja auch dem Kaiser und seinen Rathgebern nicht entgangen sein; denn bei allen seinen Freundschaftsbeweisen hielt er es solch' ausgeprägt feindseliger Stimmung des englischen Volkes gegenüber, doch mit Recht nicht für angebracht, seine vormals regelmäßigen Besuche in England bislang zu erneuern.

Jetzt würden die Engländer den Besuch des Kaisers gern sehen „als Balsam auf das noch immer wohl nicht ganz erstorbene Gewissen und natürlich auch als eine Waffe der Drohung den Mächten gegenüber". Dann schließt der Artikel:

„Freilich, leitende Staatsmänner können sich nicht immer von ihren persönlichen Neigungen und Erwägungen leiten lassen, wie einfache Bürger des Reiches. Freilich, das Wohl Deutschlands mag es erheischen, daß wir unter allen Umständen mit England uns gut

stellen sollten. Das ist auch unser Wunsch. Aber hat nicht der Kaiser im vorigen Herbst auch den geplanten Besuch bei der Königin von Spanien aus Rücksicht auf die Amerikaner noch im letzten Augenblick aufgegeben. Schulden wir nicht auch dem armen, heldenmüthigen Burenvolke eine gewisse Rücksichtnahme, wenigstens insofern, als wir unsere Neutralität streng bewahren sollten! Nun, das sind Erwägungen, die man ja auch in Deutschland anstellen wird. Es sei hier nur noch angefügt, daß selbst manche Engländer, so gern sie jetzt den Kaiser willkommen heißen würden, einigermaßen verwundert sind, daß der Besuch in diesem Augenblick stattfinden soll und — noch nicht recht daran glauben wollen."

Wie man im deutschen Volke über die Reise denkt, darüber theilt ein süddeutsches Blatt Folgendes mit:

„Nach England gehe nicht!" Unter diesem Titel cirkulirt im Volke ein Gedicht, welches in schärfster Weise der allgemeinen Stimmung gegen den englischen Reiseplan des Kaisers Ausdruck giebt. Ein anderes Gedicht, das den gleichen Titel führt, ist in milderer Tonart geschrieben und enthält u. A. folgende Stellen:

Wenn sonst, o Herr, zur Reise die Standarte
Am Mast emporstieg auf dem Orlogsschiff,
Dann segnend, grüßend an dem Strande harrte
Ein treues Volk — ob's ging zum Nordlandsriff,
Ob Deine „Hohenzollern" wie ein Schwan
Nach Süden flog, gehorchend dem Befehle
Des Herrn, durchfurcht den weiten Ozean:
Es zog mit Dir des deutschen Volkes Seele.
Doch geht Dein Weg ins Britenland hinein,
Dann, Kaiserlicher Herr, fährst Du allein.
O höre, was Dein Volk jetzt bittend spricht:
„Nach England gehe nicht!"

Dasselbe Blatt schreibt in Nr. 267, vom 11. November 1899: „Die Kaiserreise nach England ist, wie berichtet wird, festgestellt. Am 17. November reist der Kaiser nach Kiel auf die „Hohenzollern", welche am 18. die Überfahrt antritt. Ob die Kaiserin mit den jüngsten Kindern ihren hohen Gemahl begleitet, scheint noch nicht festzustehen; die Nachricht wird als verfrüht bezeichnet. Wie der „Lok.-Anz." berichtet, wird der Staatssekretär Graf v. Bülow den Kaiser begleiten und zwar, wie es heißt, in Folge einer direkten Einladung der Königin Victoria. — Da gerade in diesen Tagen der

Reichstag zusammentritt, am 14., und dann sehr wahrscheinlich bald Fragen in die Debatte gezogen werden, welche das Auswärtige Amt berühren, so ist es schwer glaublich, daß der Staatssekretär dieses Amtes in diesen Tagen eine Besuchsreise nach England machen wird, wo seine Anwesenheit in Berlin um so mehr nothwendig sein wird, als der Reichskanzler Fürst Hohenlohe nicht in der Lage ist, wie seiner Zeit Fürst Bismarck, den Angriffen der Opposition — Richter und Bebel — selbst a tempo entgegenzutreten. Und gerade unsere Beziehungen zu England, der Samoavertrag und wahrscheinlich auch die Kaiserreise, dürften in die Debatte gezogen werden; denn England — und die englische Presse darf als England angesehen werden — hat durch die Verbreitung gehässiger und verhetzender Nachrichten über Deutschland und den dabei kundgegebenen haßvollen Neid auf Deutschlands Aufschwung bis zu dem Ruf: „Deutschland muß vernichtet werden!" in Deutschland das Vertrauen, daß wir im engeren Zusammengehen mit England etwas erreichen könnten, zu sehr erschüttert, als daß wir uns noch irgendwelchen Illusionen hingeben dürften. Wie man darüber im Lande denkt, möge man aus folgender Zuschrift ersehen, die uns aus unserem Leserkreise zugegangen ist:

„Die Anzeichen mehren sich, daß die offiziöse Presse für England Stimmung zu machen sucht. Das muß auf's Höchste befremden. Man sollte die sittlichen Empfindungen des Volkes etwas mehr schonen; sie spielen auch in dem heutigen realpolitischen Deutschland noch eine Rolle und werden es hoffentlich stets thun. Wir haben fünfzig Mal gesagt und sagen es zum einundfünfzigsten Male: Kein vernünftiger Mensch denkt bei aller begeisterten Theilnahme für die Buren daran, England den Krieg zu erklären, und Niemand verübelt es der deutschen Regierung, wenn sie mit England die sogen. guten Beziehungen unterhält, die der diplomatische Brauch fordert. Deutschland hat seiner Zeit versucht, Rußland und Frankreich zu einem Bündniß gegen England zu gewinnen, aber Frankreich ist unversöhnlich, es will von Elsaß-Lothringen nicht lassen, und Rußlands Geschäfte zu besorgen haben wir keine Veranlassung. Also die deutsche Regierung thut recht daran, strenge Neutralität zu beobachten. Die diplomatischen Beziehungen der Regierungen können nicht immer mit den Empfindungen der Völker übereinstimmen. Aber etwas Anderes ist es, dem Volke zuzumuthen,

daß es sein einfachstes Rechtsgefühl verleugne und schwarz für weiß ansehe. „Gut ist schlecht, und schlecht ist gut" — so lautet nach dem großen britischen Dichter des Grundgesetz des Bösen. Die Briten mögen sich diesen Grundsatz aneignen, aber wir können's nicht mitmachen. Wir sehen das nichtswürdige Schauspiel, wie ein kleines, still seinen Acker bauendes Völkchen von einem übermächtigen Gegner, der sich jetzt als den Hort der Freiheit und Religion aufzuspielen beliebt, frech und brutal vergewaltigt werden soll; wir sehen aber auch das erhebende Schauspiel, wie dies Völkchen in dem Vertrauen auf seine gerechte Sache dem Riesenreiche entgegentritt; wir sehen ein Burenvolk, das für sein Dasein und die Freiheit kämpft, zu einem Heldenvolke werden, das die Söldlinge der Unterdrücker zu Paaren treibt. Und da wird von uns verlangt, daß wir unsere Gesinnung wechseln, wie man einen Rock wechselt? — Wir können kaum glauben, daß es wirklich Absicht der Regierung sein sollte, Stimmung für England zu machen, sondern müssen annehmen, daß in den offiziösen Blättern, wie schon manchmal, allerhand Hintertreppenmänner ihr Wesen treiben. Noch immer freilich wird das deutsche Volk auf die Folter gespannt, ob die Reise des Kaisers nach England wirklich stattfindet, und mit der größten Sorge bemerken gerade die Leute, die monarchisch sind bis auf die Knochen, wie sich das Kopfschütteln im Volke mehrt. Jeder Deutsche, der es gut mit seinem Kaiser meint, hat das Recht, die Berather der Krone zu fragen: Kennt der Kaiser die Stimmung des Volkes? Er hat schon einmal (bei der Kanalangelegenheit) seinen Unwillen darüber ausgesprochen, daß man ihn über die Volksstimmung im Unklaren gelassen habe; die Frage ist also berechtigt. Weiter möchte man fragen: Hat man dem Kaiser verhehlt, daß alle persönliche Liebenswürdigkeit, mit der er die Engländer behandelt hat, nur mit Hohn und Unverschämtheiten belohnt worden ist? Hat man dem Kaiser die Niederträchtigkeit verborgen, die an seinem Bilde in dem englischen Offizierkasino verübt worden ist? Auf alle diese Fragen möchte das deutsche Volk, dem die Ehre seines Kaisers am Herzen liegt, wie seine eigene, eine Antwort hören. — Vielleicht haben die Herren Offiziösen auch die Güte, zu sagen, was wir zu erwarten hätten, wenn wir wirklich unsere sittliche Empfindung England gegenüber verleugneten. Bleiben die Buren Sieger, so entsteht ein afrikanischer Staatenbund, der eine feindselige Haltung

Deutschlands damit beantworten würde, unseren Kolonien das Leben sauer zu machen und sie im Laufe der Zeiten womöglich herüberzuziehen. Oder meinen wir, die Engländer würden unsere Kolonien gegen die Buren und den afrikanischen Staatenbund vertheidigen? Siegen aber die Engländer, so werden sie unsere Freundschaft weder im Allgemeinen, noch im Besonderen (d. h. in Afrika), belohnen. Ihre siegreiche Unverschämtheit wird keine Grenzen mehr kennen, und das englische Afrika wird schnell Thatsache geworden sein, selbst wenn unseren ostafrikanischen Kolonien, die ja, dank einer früheren Staatskunst, ganz von England umklammert sind, noch eine Galgenfrist gewährt sein sollte. Die Betrogenen würden wir unter allen Umständen sein. Glaubt denn der deutsche Michel wirklich, dem Rhodes und ähnlichen Ehrenmännern gewachsen zu sein? Und es handelt sich bei diesem ruchlosen Kriege nicht mehr bloß um Afrika; es handelt sich um die Frage, ob der britischen Gewaltherrschaft, die unter der Maske des Freiheits- und Religionskämpfers die heiligsten Rechte mit Füßen tritt, ob dieser Gewaltherrschaft endlich ein Ziel gesetzt werden wird, oder ob wir uns nachgerade darauf vorbereiten sollen, unter ihre Räder zu kommen.

Und noch eins möchten wir der Regierung zu bedenken geben. Es werden demnächst 30 neue Schiffe gefordert werden, und alle Vaterlandsfreunde werden begeistert zustimmen. Die Freude darüber, daß Deutschland endlich ernst daran gehen will, sich eine angemessene Seemacht zu schaffen, ist um so größer, als uns die augenblickliche Weltlage die Mißlichkeit einer zu schwachen Marine wieder einmal handgreiflich vor Augen geführt hat. Aber wird die Begeisterung anhalten, wenn der Verdacht aufsteigt, die deutsche Marine sollte in dem Kielwasser Englands segeln?"

In seiner Nr. 268, vom 12. November, sagt der „Reichsbote":

Die Nachricht, daß Graf v. Bülow den Kaiser begleiten werde, bezweifelten wir gestern, und heute berichten offiziöse Organe, wie das „Berl. Tagebl.", daß das noch nicht feststehe, und die „B. Börs.-Ztg." bemerkt, an amtlicher Stelle sei von einer direkten Einladung der Königin Victoria nichts bekannt. In England behandelt man dieselbe aber bereits als feststehend und sucht den Kaiserbesuch in der überschwenglichsten Weise für England auszunutzen.

Dem „B. L.-A." wird berichtet: „Der Besuch des deutschen

Kaisers fährt fort, hier den Gegenstand alles absorbirenden Interesses zu bilden. Von vielen Seiten wird vorgeschlagen, der Lord-Mayor solle den Kaiser zum Mansions-House einladen, und die City solle ihm einen großartigen offiziellen Empfang bereiten. Man erwartet, daß der Lord-Mayor Schritte hierzu ergreifen werde. Aus Windsor wird gemeldet, daß der Ankunftstag des Kaisers von der ganzen Stadt als Festtag begangen werden soll."

Weiter sagt der „Reichsbote" in Nr. 260 vom 3. November: „Die Reise des Kaisers nach England wird in der englischen Presse in der tendenziösesten Weise zu Gunsten Englands schon jetzt ausgenutzt, wo es noch fraglich ist, ob sie überhaupt nach alledem, was seit dem Frühjahr, wo sie projektirt ist, passirt ist, wirklich stattfindet. Sogar der englische Minister Chaplin hat in einer in Manchester gehaltenen Rede darin den Ton angegeben, der in der englischen Presse weiter tönt, indem er behauptete, „der deutsche Kaiser habe den Wunsch nach Freundschaft mit England bei allen jüngsten Schwierigkeiten Englands gezeigt. Die Erinnerung an den Zwischenfall, welcher nach dem Raubzug Jameson's stattfand und damals eine sehr erhebliche Erkältung zwischen beiden Ländern veranlaßte, sei glücklicher Weise gänzlich gewichen. Er hoffe, daß der Besuch viel dazu beitragen werde, die beiden Länder durch Bande gemeinsamer Freundschaft enger zu verbinden!" Der „Standard" geht in dieser tendenziösen Ausbeutung noch weiter, indem er den Kaiser gegen den Czaren zu Gunsten Englands auszuspielen sucht, indem er schreibt:

„Die Spannung der politischen Lage ließe England mit besonderer Befriedigung das Wohlwollen wahrnehmen, wovon des Kaisers Anwesenheit in wenigen Wochen ein sichtbares und emphathisches Symbol liefern werde. England halte den Sohn der Tochter der Königin und des Mannes, für dessen Gedächtniß es liebevollste Ehrerbietung bewahre, gewissermaßen als englischen Fürsten hoch. Hierzu komme das Interesse für den Souverän, der einen so fesselnden und mächtigen Platz unter den Herrschern einnehme, und dessen Charakter und Gaben die Volksphantasie so einzunehmen geeignet seien. Zwar müsse nicht angenommen werden, daß der Kaiser durch den Besuch sich zu definitiver Theilnahme an allgemeinen englischen Plänen oder politischen Zielen bekenne, doch würde derselbe einigen kontinentalen Mächten schmerzliche Ent-

täuschungen bereiten. Man wolle damit keine feindlichen Absichten unterlegen, aber wenn kein Übereinkommen der kontinentalen Mächte, entweder für die Intervention zum Schaden der englischen Pläne oder für feindliche Unternehmungen in anderen Welttheilen zu Stande gekommen, sei dies nicht die Schuld des Petersburger Kabinetts. Es sei eine absolute Thatsache, daß Murawieff Schritte that, die Haltung einiger Staaten, die er der Überredung für zugänglich hielt, zu sondiren, um eine derartige gemeinsame Aktion zu arrangiren. Wenn man am Quai d'Orsay diese Fühler höflich ablehnte unter der Erklärung, keine Risikos übernehmen zu wollen, so könne der Grund in der Haltung einer anderen, ebenfalls konsultirenden Macht gefunden werden. Die Schwächung Englands könne Deutschland nur Schaden bereiten. Falls England einer Bündnißgruppe beitreten sollte, würde das ganze System von Bündnissen tief erschüttert werden. Der Besuch des Kaisers würde als spontane Freundschaftsbezeugung geschätzt werden, und das Telegramm an die ersten Königlichen Dragoner, als huldvoller Beweis der chevalereskten Gesinnung ihres Ehrenkommandeurs. Ein Zeichen der Zeit sei, daß wenig Aussicht auf eine formelle Zusammenkunft zwischen dem Zaren und dem Kaiser vor des letzteren Besuch bei der Königin bestehe."

Die Ehre, „gewissermaßen als englischer Fürst hochgehalten zu werden", wird der deutsche Kaiser zu würdigen wissen. Es ist ja noch nicht lange her, daß er in der englischen Presse in der rohesten Weise beschimpft und sein Bild in dem Offizierkasino des Dragoner-Regiments besudelt wurde. Deutschland will mit allen Völkern im Frieden leben, auch mit dem englischen; und es will sich deßhalb nicht zu Gunsten Englands mit Rußland verfeinden lassen. Haben wir keine Ursache, England Rußland gegenüber schwächen zu helfen, so haben wir auch keine Ursache, es stärken zu helfen; was England und Rußland mit einander haben, das mögen sie unter sich ausmachen. Wir wissen aus der Erfahrung, daß wir auf die Freundschaft Englands keine Häuser, nicht einmal Hüttchen bauen können. Wir verlassen uns auch nicht auf Rußland; aber Rußland hat sich 1870/71 sehr loyal verhalten, während England mehr auf Seiten unserer Feinde stand und sich stark bemühte, Deutschland nicht groß werden zu lassen. Und in den letzten Jahren ist kaum eine Woche vergangen, wo die englische Presse nicht falsche

gehässige Nachrichten über Deutschland verbreitete, um es in Schwierigkeiten mit anderen Ländern zu verwickeln. Wir müssen deshalb jetzt energisch dagegen protestiren, daß hier unter der Maske der Freundschaft gegen Deutschland, Verstimmung zwischen Deutschland und Rußland gesäet und die Welt getäuscht werden soll, indem man ihr ankündigt, die Zusammenkunft des Kaisers mit dem Czaren würde unterbleiben, der letztere werde durch Berlin reisen, ohne den Kaiser zu begrüßen, aber der Kaiser werde nach England reisen, um vor aller Welt für die Freundschaft Deutschlands und Englands zu demonstriren.

Schon der „Standard" hat darauf hingewiesen, daß der Kaiser die durch sein Kriegstelegramm angerichtete Verstimmung jetzt wieder gut zu machen suche. Noch taktloser als der „Standard" thut das die „St. James Gazette", indem sie ausdrücklich an die Beschimpfung des Kaisers in seinem Bilde durch die Dragoner-Offiziere hinweist und dann schreibt:

„Ist es (das Telegramm) nicht an ein Regiment geschickt worden, das seinem Unwillen über die Beschimpfung einer anderen Depesche in so bezeichnender Weise Ausdruck gegeben hat, daß der Kaiser jedenfalls auch davon gehört haben wird? Und doch nimmt er die Gelegenheit wahr, um die Welt daran zu erinnern, daß er Oberst der britischen Dragoner ist. Er hätte das Telegramm schwerlich abgesandt, wenn er es nicht als Zeichen von Freundschaft hätte aufgefaßt wissen wollen."

Unseres Erachtens wären diese tendenziösen Ausdeutungen der englischen Presse Grund genug, um die Reise für spätere Zeit aufzuschieben. Wenn der Kaiser Privatmann wäre, könnte es ihm ja gleichgültig sein, was die englische Presse über seine Reise schreibt; allein er ist eben Kaiser von Deutschland, und die englische Presse und auch Minister Chaplin identificiren ihn sehr geflissentlich mit Deutschland. Der letztere sagte ausdrücklich: „Er freue sich, daß Deutschland ein freundschaftliches Gefühl gegen England gezeigt habe; der Enkel der Königin habe den Wunsch nach Freundschaft mit England bei allen jüngsten Schwierigkeiten Englands gezeigt", und die englische Presse spielt den Kaiser als Freund Englands gegen die deutsche öffentliche Meinung und gegen den Czaren aus.

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt in der Abend-Ausgabe zur Nr. 532 vom 11. November: „Zur Reise des Kaisers nach

England wird der „Magd. Ztg." aus Berlin geschrieben: „Ein Berliner Blatt wollte gestern Abend wissen, daß der Staatssekretär Graf Bülow den Kaiser auf seiner Reise nach England begleiten werde. An hiesigen unterrichteten Stellen ist davon nichts bekannt. Jedenfalls liegt eine Einladung der Königin Victoria, auf deren Wunsch gerade Graf Bülow angeblich nach England mitreisen sollte, nicht vor. Die schwebenden politischen Fragen zwischen Deutschland und England sind durch die Entscheidung über Samoa zur Lösung gebracht, so daß also die Begleitung durch den Minister des Auswärtigen nicht erforderlich ist. Der Reise des Kaisers soll der Charakter eines Familienbesuches nicht genommen werden."

Ob von der Begleitung des Grafen Bülow thatsächlich nichts bekannt ist oder nur noch nichts bekannt gegeben werden soll, lassen wir dahingestellt. Das „Berl. Tagebl.", das doch ebenso Bülow-offiziös ist, wie die „Magd. Ztg.", erfährt nur, daß darüber noch nichts feststeht, und giebt uns den Rath, doch erst abzuwarten, ob eine etwaige Begleitung des Grafen Bülow wirklich, wie wir dargelegt haben, „überall als ein eminent politisches Ereigniß aufgefaßt werden würde". Wir meinen, daß, wenn es zu dieser Begleitung kommt, doch nicht einmal in der so harmlosen Redaktion des „Berl. Tageblatts" eine andere Auffassung herrschen würde. Doch mit oder ohne Bülow: der Kaiserreise im gegenwärtigen Augenblick den Charakter eines Familienbesuchs zu wahren — wir möchten doch den sehen, der dies Kunststück fertig brächte! Denn der Charakter des Besuchs hängt weder von den Dispositionen des Hofmarschallamts, noch von den Offiziösen des Auswärtigen Amts, ja nicht einmal von den Intentionen des Kaisers ab. Denn gegenüber der englischen Ausbeutung des Besuchs zu politischen Zwecken, ist auch der Kaiser ohnmächtig. In welcher Weise eine solche Ausbeutung schon jetzt vorbereitet wird, lehrt nachstehendes Telegramm, das dem „Berl. Tagebl." selbst aus London zugeht:

Bei dem Lordmayorbankett in Hove erklärte Sir Blundell Maple, die Kaiserreise sei eines der wichtigsten Ereignisse. Der Kaiser komme nach England mit ausgestreckter Freundeshand, und er, Maple, wünsche, daß nicht nur die Stadtgemeinde, sondern die Presse Englands und das ganze Land erfahre, daß es sich nicht nur um den Besuch des Enkels bei seiner Großmutter, sondern um den

Besuch einer Nation bei einer anderen in Sorge befindlichen Nation handle. Man habe gut von einem Heere und Flotte reden, aber wo wäre England heute, wenn es zu diesen Schwierigkeiten noch in einen Krieg mit großen kontinentalen Mächten verwickelt wäre? Er appellire an England, den deutschen Kaiser, die Kaiserin und die beiden Söhne nach England nicht in Privateigenschaft kommen zu lassen; wir wollen alle als Engländer dem Kaiser unsere Freundeshand entgegenstrecken und ihn in einer Weise bewillkommnen, daß er sieht, wie das englische Volk auf Deutschland mit freundlichen Gefühlen blickt. Auf diese Weise würde das Samenkorn der Verbrüderung zwischen Deutschland und England gesät, das so nothwendig für den Weltfrieden und den Fortschritt der Civilisation sei. Maple drückt die Erwartung aus, daß die Mayors von Brighton und Hove in Portsmouth sein würden, um den Kaiser mit Adressen zu bewillkommnen und ihn in ihre Städte einzuladen. Alle die, welche sich Mühe gäben, bei ihren Freunden in den Kolonien anzufragen, oder mit der City zu thun hätten, wüßten sehr wohl, daß die britischen Kolonien durch Hülfe der Deutschen, die deren beste Bürger sind und immer an der Spitze stünden, wo immer sie gefunden würden, eine besondere Kraft erhielten. Er hoffe, daß der Kaiser einen glänzenden Empfang in Mansion House haben würde. — Maple ist bekanntlich der Schwiegervater des Barons Eckardstein, der früher an der deutschen Botschaft war und zu dieser noch lebhafte Beziehungen unterhält."

Wo bleibt da der Charakter des Familienbesuchs? Aber es scheint ja in gewissen Kreisen unseres Auswärtigen Amtes — wenigstens nach unseren Offiziösen zu urtheilen — gar nicht einmal die Absicht zu bestehen, den privaten Charakter des Kaiserbesuchs zu wahren. Dieselbe „Magd. Ztg.", die an der einen Stelle die erwähnte Beruhigungsnotiz bringt, ist an einer anderen Stelle so ungeschickt, die deutsch-englischen Beziehungen — wenn auch ohne Hinweis auf den Kaiserbesuch — beinahe als Alliance hinzustellen. So schreibt das Blatt:

„Die Politik des Friedens findet in Deutschland ebenso, wie in Rußland eine so starke Vertretung, daß die Gefahr ausgeschlossen zu sein scheint, es könnte der kleine (!) südafrikanische Krieg auch andere Mächte in Mitleidenschaft ziehen. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die Kaiserbegegnung in Potsdam jenen fried-

lichen Bestrebungen durchaus förderlich gewesen ist, und da zum Glück die Innigkeit der deutsch-russischen Beziehungen einem gut freundschaftlichen Verhältniß zwischen Deutschland und England durchaus nicht im Wege steht, so ruht der Weltfrieden offenbar auf so starken Säulen, daß die Völker mit guter Zuversicht sich weiter ihren Kulturaufgaben widmen können. Lord Salisbury hat gestern auf dem Bankett des Lordmayors in Guildhall eine lange Rede gehalten, in der er besonders die guten Beziehungen betonte, die England mit Amerika und Deutschland unterhalte; er wies dabei auch auf den eben vollzogenen samoanischen Vertrag hin, dem er deßhalb eine größere Bedeutnng beimaß, weil er die Gefahr von Mißhelligkeiten mit einer Macht beseitigte, deren guten Willen England sehr hoch schätze. Dieser Vertrag hat in der That Manches wieder getilgt, was wir gegen das britische Reich auf dem Kerbholz hatten. Wir freuen uns über die Neuordnung der samoanischen Verhältnisse nicht zum wenigsten (!) auch deshalb, weil sie die Herzlichkeit unserer freundschaftlichen Beziehungen zu dem großen Inselreiche zu stärken geeignet ist. Deutschland hat gar keinen Anlaß, ein Gegner Englands zu sein; Raum für alle hat die Erde, und wir wüßten nicht, warum nicht die beiden größten Handelsmächte der Welt friedlich und im besten Einvernehmen miteinander sollten arbeiten können. Wird die Politik der Intriguen, wie der Nadelstiche aufgegeben, und zwar sowohl von der englischen Regierung, wie von der englischen Presse, dann wird sich auch das volle Vertrauen auf beiden Seiten wiederfinden, das dem Weltfrieden eine so gute Gewähr bietet."

Wie das Bestreben, an England näher heranzurücken, mit der „Innigkeit der deutsch-russischen Beziehungen" vereinbar sein soll, das ist das Geheimniß des Artikelschreibers der „Magdeb. Ztg.". Das Bemerkenswertheste an der jüngsten Rede Lord Salisbury's ist gerade, daß er Rußlands und Frankreichs mit keinem Wort Erwähnung that. — Nun noch einige solche Artikel, und wir wissen, daß die Besorgniß, die uns beim Bekanntwerden des Samoavertrags beschlich, wohl begründet war.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" schreiben in der Abend-Ausgabe der Nr. 514 vom 1. November: „Seit dem Telegramm der Hamburger Volksversammlung an den Kaiser, worin der Monarch in Form einer Resolution ersucht wurde, nicht nach Eng-

land zu reisen, ist dieses Thema in Blättern aller Farben zur Erörterung gelangt. Einem westpreußischen Blatt hat für diesen Zweck sogar die Prosa nicht genügt, es hat die Poesie in Form eines an den Kaiser gerichteten patriotischen Gedichtes zu Hülfe gerufen.

Der Kaiser ist verfassungsmäßig der oberste Hüter und Repräsentant der Interessen des Deutschen Reiches. Diesen Interessen ordnen sich selbstverständlich auch seine persönlichen Beziehungen zu den fremden Höfen unter, gleichwie dies bei jedem pflichttreuen und politisch gut berathenen Monarchen der Fall ist. Der Besuch bei der Königin Victoria war zu einer Zeit angekündigt, als die Beziehungen Englands zu Transvaal bereits recht gespannter Natur, aber noch keineswegs kriegerischer Art waren, und wenn heute behauptet wird, die Reise müsse unterbleiben, weil sie sonst als Parteinahme für England gegen die Buren ausgelegt werden würde, so läßt sich dem mit gleichem, vielleicht noch größerem Recht entgegenhalten, ob der Verzicht auf die Reise in England nicht noch mehr als eine Parteinahme angesehen werden würde, als ihre Ausführung Seitens der Buren. Daß der größte Theil des deutschen Volkes in diesem beklagenswerthen Kampfe auf Seiten der Buren steht, ist bekannt; auch die Sympathien unserer militärischen Kreise sind diesmal bei Weitem vorwiegend auf der Seite der Miliz-Armee. Das angeborene Recht, das jeder Deutsche hat, in einem Völkerkonflikt seine Sympathien der einen oder der anderen Seite zuzuwenden, gleichviel, wie die Interessen seines Landes liegen, hat der Kaiser nicht. Er hat in seinem öffentlichen Auftreten ausschließlich den Geboten des letzteren zu folgen. Die Interessen Deutschlands verlangen nichts weniger, als eine Parteinahme für England, deren England auch gar nicht bedarf, sie gestatten aber einer klugen und vorschauenden deutschen Politik nicht, Großbritannien unnöthig zu verstimmen."

Dasselbe Blatt schreibt in der Morgen-Ausgabe zur Nr. 545 vom 19. November 1899: „Die viel erörterte Englandfahrt des Kaiserpaares ist nun Ereigniß geworden. Zur richtigen Beurtheilung der Entschließung des Kaisers, trotz der in den letzten Monaten ausgebrochenen, akuten Krisis in Südafrika die Reise zur Ausführung zu bringen, ist daran festzuhalten, daß es sich um die Erfüllung einer vor einer Reihe von Monaten, auf wiederholte Ein-

ladung Seitens der Königin von England gegebenen Zusage handelt. Es dürfte allerdings fast ohne Präzedenzfall sein, daß ein solcher Akt eines deutschen Monarchen im Volke so wenig Zustimmung gefunden hätte, wie dieser Besuch unseres Herrscherpaares jenseits des Kanals. Ein Analogon könnte höchstens gefunden werden in der Reise Kaiser Wilhelms I. nach Alexandrowo am 1. September 1879. Einen wesentlichen Unterschied bildet aber der Umstand, daß der damalige, durch begreifliche Empfindungsmomente bestimmte Schritt des Monarchen, mit der amtlich eingenommenen politischen Stellung des Reiches, innerhalb der internationalen Konstellation jener Tage nicht im Einklang stand. Der charakteristische Zug des Ereignisses, welches sich gegenwärtig vor den Augen der Welt abspielt, hingegen ist, daß nicht sowohl die Ausführung der Reise, als vielmehr ihr Unterbleiben politische Folgewirkungen hätte haben müssen.

Die absolut neutrale Haltung der deutschen Politik, Angesichts des bedauerlichen Konflikts zwischen England und Transvaal wird von keiner ernst zu nehmenden Seite angezweifelt. Wenn der Besuch in England diese Haltung in keiner Weise in ein anderes Licht rücken wird, so wäre andererseits die Absage des vor längerer Zeit in Aussicht gestellten Besuches, als eine Stellungnahme gegen England erschienen und in diesem Sinne von solchen Stellen, die ein lebhaftes Interesse an deutsch-englischen Verstimmungen haben, sicherlich ausgebeutet worden. Gerade die Erinnerung an die Vorgänge vor vier Jahren, hätte dem Unterbleiben der Reise einen gegen England gerichteten, demonstrativen Charakter aufgedrückt und unvermeidlich derartige Verstimmungen bewirkt, an denen sich mehr, als ein tertius gaudens ergötzt hätte. Das Widerstreben, mit welchem in weiten Kreisen des deutschen Volkes, die Kunde von der Englandfahrt aufgenommen wurde, hatte seinen Grund nicht in letzter Linie in ihrer tendenziösen Ausbeutung, Seitens der englischen Presse, sowie in dem Gedanken an die Unfreundlichkeiten, welche Deutschland erst vor Kurzem auf Samoa von englischer Seite erfahren hatte. Unbeschadet ihrer Sympathie für das tapfere Burenvolk, kann die deutsche Nation sich mit den Dingen, wie sie sich nun einmal unter dem Einfluß gewichtiger politischer Erwägungen gestaltet haben, abfinden, nachdem England sich in der Samoa-Frage den deutschen Wünschen, wenn auch gegen entsprechende reale Äquivalente akkomodirt hat. Überdies ist deutscher-

seits Alles geschehen, um dem Aufenthalt des Kaiserpaares in England einen streng privaten Charakter zu wahren. Wie hiesige Blätter berichten, hat der Kaiser nach der Rekrutenvereidigung in Berlin an die Generalität eine Ansprache gehalten, in welcher er darlegte, aus welchen Gründen er trotz der herrschenden Volksstimmung nach England reisen müsse; er sei durch ein Versprechen gebunden, dessen Bruch beleidigend empfunden werden müsse. Die Reise trage nach seiner Auffassung durchaus keinen politischen, sondern ausschließlich einen familiären Charakter. Auch die englische Regierung ist den deutschen Empfindungen gerecht geworden, indem sie durch den Mund des Untersekretärs des Krieges, Wyndham, in loyaler Weise das Bestreben rügte, aus dem Besuche politisches Kapital zu schlagen."

Wir gelangen zur Besprechung der Kaiser-Reise in der „Kölnischen Zeitung". Daß sie den Ansichten der übrigen „deutschen" Zeitungen widerspricht, ist von ihrem englischen Standpunkte aus selbstverständlich. Das rheinische Blatt schreibt in seiner Nr. 867, Morgen-Ausgabe vom 4. November: „England und Deutschland. London, 2. Nov. Trotz der einigermaßen scharfen Haltung, die ein Theil der deutschen Presse England gegenüber einnimmt, schreibt der Daily Telegraph, ist es befriedigend zu wissen, daß die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen von herzlichster Natur sind. Es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß in einem Lande, wo das Maß der Bildung und geistiger Auffassung so hoch steht, wie in Deutschland, die Presse so wenig die Ansichten der Regierung oder die Meinungen des Durchschnittsmenschen widerspiegelt. Nicht nur in der heutigen Krisis, sondern auch bei vielen früheren Gelegenheiten, wo es sich um die Beziehungen der beiden Länder handelte, haben einzelne Organe im Deutschen Reiche fortwährend gepoltert und genörgelt, während die Regierung im versöhnlichsten Sinne verhandelte. Und so ist es im gegenwärtigen Augenblicke. Herr Chaplin drückte sich keineswegs zu stark aus, als er dieser Tage in seiner Rede in Manchester bemerkte: „Es ist sicher, daß der Kaiser bei uns einen einstimmigen und herzlichen Empfang genießen wird, wie er nicht nur seiner hohen Machtstellung und vornehmen Persönlichkeit, sondern auch seiner Eigenschaft als Enkelsohn unserer Königin zukommt. Ich hoffe und glaube, daß der Besuch des Kaisers viel dazu beitragen wird, die beiden Länder enger mit den Banden gemeinschaftlicher Freundschaft zu verbinden. Daß er

diese Wirkung haben möge, ist mein wärmster und herzlichster Wunsch, nicht nur im Interesse Deutschlands und Englands, sondern im Interesse des Friedens der Welt in kommenden Tagen." Diese Worte stellen, wie wir glauben, die Anschauungen unserer Regierung und, wenn wir nicht sehr irren, auch die des Kaisers und seiner Minister dar, fährt das englische Blatt fort: „Thatsächlich giebt es auch keine zwei Länder in Europa, für die ein gutes Einvernehmen von größerer Wichtigkeit wäre, als für Deutschland und England. Selbst wenn wir den Gedanken an die Bande gleicher Abstammung und an die enge Verwandtschaft der beiden Herrscherfamilien aus dem Spiel lassen, bleibt die große Haupterwägung, daß wir viele Interessen gemein, und andererseits nur wenige Punkte haben, wo sie einander widerstreiten. Der deutsche Unternehmungsgeist auf dem Gebiete des Handels und der Industrie setzt uns zweifellos hart zu, allein wir haben, als wir uns zur Politik des Freihandels bekannten, nun einmal den Wettbewerb in die Schranken gerufen und haben deshalb weder Recht noch Grund, uns zu beklagen. Deutschland aber nimmt die Lehre an, daß bei der kolonialen Ausdehnung der Grundsatz „freies Feld und keine Gunst dem Mutterlande" ihm so sehr, wie seinen Wettbewerbern zu Gute kommt. Unter allen industriellen und Fabrikantenkreisen in Deutschland ist es anerkannt, daß der Kaufmann sich unter der britischen Flagge so gut gestellt sieht, als ob die deutsche über ihm wehte, und daß sie alle Vortheile unseres Schutzes genießen, ohne zu dessen Kosten beitragen zu müssen. Vom politischen Gesichtspunkte aus liegt ebenso viel Grund und in der That ebenso viel Nothwendigkeit für ein harmonisches Zusammengehen der beiden Länder vor. In allen Hauptkämpfen, die Europa erschüttert haben, sind Deutschland und England nie gegen einander in Waffen gestanden. Es ist allerdings richtig, daß in vergangenen Tagen die deutsche Regierung unsern Beitritt zum Dreibunde wünschte und einigermaßen ärgerlich über unsere Ablehnung war; allein der eigenthümliche Charakter unseres Reiches verbot uns, in solche Verbindlichkeiten einzutreten, obschon er kein Hinderniß für den Ausdruck unserer Sympathie für die Ziele des Bundes bildete. Wir haben, wie gerade im jetzigen Augenblick ersichtlich ist, Interessen zu vertheidigen, für deren Wahrung wir keine deutsche Hülfe erwarten könnten. So ist Deutschland andererseits mit seinen Ver-

bündeten Gefahren ausgesetzt, aus denen sie unter normalen Verhältnissen nicht erwarten könnten, von uns befreit zu werden. Es liegt indessen kein Grund vor, warum wir, obschon wir nicht Geschäftsgenossen sein können, nicht ausgezeichnete Freunde sein und bei vorkommender Gelegenheit zum gemeinsamen Vortheil zusammenwirken sollten. Wir glauben, daß die Feindschaft, die ein gewisser Theil der deutschen Presse gegen England zur Schau trägt, nur ein veralteter Rückstand gewisser persönlicher Abneigungen des Fürsten Bismarck ist, von denen in seinen Denkwürdigkeiten Manches zu lesen steht. Allein wenn auch sein unbändiges Selbstvertrauen ihn mitunter dazu führte, Angriffe gegen England zu unterstützen oder gar anzuregen, so war er doch zu klarblickend und zu weitschauend, jemals Händel mit uns zu suchen. Er ließ seine Schakale heulen, allein er peitschte sie hinweg, wenn sie zu beißen drohten. Schließlich giebt es ja doch immer einen großen Hauptgrund, warum Deutschland nicht auf die Seite unserer Gegner treten sollte. Würde England zu der Stellung einer Macht dritten Ranges hinabgedrückt, so müßte die Stellung Deutschlands, wir wollen nicht gerade sagen, bedenklich werden, allein sicher größere Opfer erheischen, als seine Landeskinder heute zu tragen haben. Wie sehr auch die Chauvinistenblätter gegen England schmähen und schimpfen mögen, dieser wichtige Hauptpunkt wird von denen, die er am nächsten angeht, in seiner vollen Bedeutung gewürdigt."

Daily Graphic beschäftigt sich mit dem Artikel eines Berliner Blattes, in dem angedeutet wird, es liege im Interesse des Reiches, nicht unnöthiger Weise in England böses Blut zu machen, und deshalb werde auch der kaiserliche Besuch gemacht. „Alles das," bemerkt der Daily Graphic, „mag ja richtig sein, wenn auch die ungemischte Selbstsucht, die dem Kaiser da zugeschrieben wird, wohl einigermaßen übertrieben scheint. Die heute von Deutschland verfolgte Politik ist die Politik Bismarck'scher Überlieferung, und wenn heute gewisse Feuerfresser in Petersburg und Paris ein wenig mehr klaren Blick besäßen, so würden sie erkennen, daß diese Politik für Deutschland eine unbedingte Nothwendigkeit ist. Denn Deutschland hat eine sehr starke Ausfuhr nach britischen Märkten, es hat ein lebhaftes Interesse daran, in Südafrika eine feste Grundlage gelegt zu sehen, und hat überhaupt überall im Gefolge der britischen Flagge und der britischen Handelspolitik seine bedeutenden Vor-

theile. Wir können nur hinzufügen, daß in keinem Augenblick, während der verflossenen Wochen, die Gerüchte über allerlei Geflüster auf dem Festlande bei uns die geringsten Besorgnisse erregt haben. Geistig gesunde Leute haben glücklicher Weise noch in Europa die Oberhand, und wäre das auch nicht der Fall, so ist doch England noch wohl im Stande, sich und seine Interessen in allen Theilen der Welt zu schützen."

Interessant ist, daß der „Kölnischen Zeitung" durch den „Daily Telegraph" bestätigt wird, daß sie die Ansichten und Meinungen der deutschen „Durchschnittsmenschen" und die der Regierung wiedergäbe.

In der Abend-Ausgabe zur Nr. 908, vom 18. November v. J., macht sich das „englische" Blatt einer frechen bubenhaften Lüge schuldig, welche die härteste Abstrafung verdient. Wie kann sich die „Kölnische Zeitung" herausnehmen, der öffentlichen Meinung zum Trotz zu schreiben: „Das deutsche Volk schließt sich von ganzem Herzen der Ehrenbezeugung an, die Kaiser Wilhelm seiner erhabenen Großmutter erweisen will."

Das „ganze deutsche Volk" hat mit der erhabenen Großmutter nichts zu schaffen, es hat sich auch seiner Zeit mit den Memoiren der Königin von England, in welchen der Kammerdiener Brown so oft genannt wird, wenig befaßt, es hat aber bei allen Gelegenheiten auf das Bestimmteste und in voller Einmüthigkeit zu erkennen gegeben, daß es von einer englischen Suprematie nichts wissen will und das Prävaliren einer „Großmutter-Politik", die man jenseits des Kanals dem deutschen Kaiser oktroiren möchte, über deutsche Interessen mit seiner ihm zustehenden politischen Macht, perhorrescirt. Auf die ungezogenen, zudringlichen Provokationen, die das „englische" Blatt am Rhein sich dem ganzen deutschen Volke gegenüber erlaubt, gehört eine Abfertigung, wie wir sie ihm gegeben. Das deutsche Volk wird sich doch nicht durch die von aller Welt gebrandmarkte „Kölnische Zeitung" seine Gefühle und Ansichten fälschen lassen! So direkt das Gegentheil von dem zu behaupten, was ein ganzes Volk fühlt, denkt und will, ist ebenso dumm, als frech, es ist die Handlungsweise frecher, dummer Jungen. Der betreffende Theil des Artikels in der Abend-Ausgabe Nr. 908, vom 18. November 1899, lautet: „Der Besuch der deutschen

Majestäten. Amtliche Äußerungen lassen keinen Zweifel darüber, daß der Besuch des kaiserlichen Paares und seiner Kinder bei der ehrwürdigen Herrscherin des britischen Reiches einen rein privaten Charakter behält. Unsere Wünsche begleiten diesmal wie immer den Träger der Krone auf die Reise. Das deutsche Volk schließt sich von ganzem Herzen der Ehrenbezeugung an, die Kaiser Wilhelm seiner erhabenen Großmutter erweisen will. In England begrüßt die öffentliche Meinung den Vertreter des Deutschen Reiches mit vollendeter Ehrerbietung. Darüber herrscht kein Zweifel, daß, soweit unser Kaiser, während der nächsten Tage mit dem englischen Volke in Berührung kommen wird, die Begrüßung, die dem Enkel der Königin gilt, ebenso herzlich sein wird, wie die, die Kaiser Friedrich erfuhr, als er vor zwölf Jahren an dem feierlichen Zuge beim fünfzigjährigen Regierungsjubiläum der Königin theilnahm. Auch insofern sie sich an den Kaiser, als das Oberhaupt des Deutschen Reiches richten, sind die Ehrungen, die wir bereits in den Willkommgrüßen der englischen Blätter finden, aufrichtig gemeint und dankenswerth. Man weiß in England, wie sehr der Kaiser die vortrefflichen Eigenschaften des britischen Volkes zu schätzen weiß, und zollt seinem mächtig aufstrebenden Reiche die Bewunderung, die eine genaue Beobachtung unserer Verhältnisse in den unterrichteten Kreisen Englands hervorruft. Die persönlichen Eigenschaften des Kaisers endlich finden eine aufgeklärte Würdigung.

Allein über diesen Ehrenbezeugungen des Kaisers an die Königin und den gastfreundlichen Kundgebungen Englands, über den freundlichen Erörterungen, die bei Reisen gekrönter Häupter zum stehenden Brauche geworden sind, wird man die politische Bedeutung des Ereignisses nicht mißverstehen. Sie liegt nicht so sehr in dem Besuch, als in den Zeitumständen. Es trifft sich, daß Kaiser Wilhelm den englischen Boden betritt in einem Augenblick, wo die beiden Reiche gehadert und wieder einmal eine friedliche Auseinandersetzung als gute Geschäftsfreunde gehabt haben. Vielleicht hat dieser Abschluß einer Reihe von Angelegenheiten, deren Lösung durchaus nicht leicht war, aber zur Zufriedenheit beider Theile ausgefallen ist, den gegenwärtigen, seit mehreren Monaten in Aussicht genommenen Besuch, wenn nicht ermöglicht, so doch wenigstens erleichtert. In dieser Hinsicht erscheint uns die Kaiserreise durchaus erfreulich. Das deutsche Volk und das britische Volk stehen nicht

mehr, wie zu Blüchers Zeiten, kameradschaftlich auf du. Zwei Völker, die in dem Wettbewerb der politischen und wirtschaftlichen Interessen stehen, der unser Jahrhundert kennzeichnet, treten sich gegenüber, ab und zu nicht ohne Entfremdung, als reise und kühle Geschäftsleute, die genau wissen, was sie an einander haben, und die beide gesonnen sind, die Verantwortung für die wichtigen Interessen, die sie vertreten, gewissenhaft zu übernehmen. Dieses Verhältnis führt naturgemäß zu einer gegenseitigen Werthschätzung und ist besser geeignet, das Zusammenleben zweier mächtiger Völker zu fördern, als eine schwärmende Freundschaft, die nur zu leicht verrauschen kann. Eine politische Begeisterung, eine Verstandesfreundschaft, erweist sich als die haltbarste. Wenn man daher in England betont, daß die freundschaftlichen Beziehungen, welche die beiden Länder verknüpfen, auf unserer Seite nicht so sehr durch das Volk, als durch die Regierung getragen werden, so hat man die Lage richtig erkannt. Wir dürfen hinzufügen, daß unser Volk nun aber, wo unsere Regierung mit der britischen Regierung und den englischen Kapitalmächten ersprießliche Abkommen getroffen hat, gern bereit ist, die Hand mit an die Kulturwerke zu legen, die beider Theile in fernen Welttheilen harren. Vielleicht sind die Abmachungen mit Bezug auf Südwest- und Ostafrika noch wichtiger, als die Auftheilung Samoas. Letztere ist eine friedliche Scheidung, erstere dagegen bringt uns zusammen, und wir wollen und werden mit unsern britischen Nachbarn im besten Einvernehmen vereint wirken."

Auf diesen Artikel erhielt die Redaktion der „Kölnischen Zeitung" nachstehende Postkarte: „Wenn in Ihrem Blatte Nr. 908, Abendausgabe, gesagt wird: „Das deutsche Volk schließt sich von ganzem Herzen der Ehrenbezeugung an u. s. w.", so ist das eine grobe, unverfrorene Unwahrheit, da, wie allgemein bekannt, das Gegentheil der Fall ist. Schreiben Sie, was Sie wollen, versuchen Sie aber nicht, in dreister Heuchelei sich durch das deutsche Volk zu decken, das dieser Reise mit ungetheilten Gefühlen gegenübersteht." —

2. Abtheilung.

Während der Reise.

Die „Germania" schreibt im ersten Blatt ihrer Nr. 267, vom 19. November 1899, zur Reise des Kaisers: „Die Reise des Kaisers nach England ist nun Thatsache geworden. Heute Mittag hat der Kaiser sich mit der Kaiserin und den beiden jüngsten kaiserlichen Kindern auf der „Hohenzollern" zur Reise nach England eingeschifft. Wochenlang hat diese Kaiserreise nach England die Gemüther in Deutschland erregt und beunruhigt. Nicht in der Presse der „Opposition", sondern gerade in solchen Blättern, welche als Erbpächter der einzig wahren „nationalen" Politik sich aufzuspielen lieben, ist wochenlang auf das Eindringlichste von der Reise des Kaisers nach England abgerathen worden. Der nationalliberale Graudenzer „Gesellige" verstieg sich sogar zu nachstehendem Gedicht:

Wenn sonst, o Herr, zur Reise die Standarte
Am Mast emporstieg auf dem Orlogschiff,
Dann segnend, grüßend an dem Strande harrte
Ein treues Volk — ob's ging zum Nordlandsriff,
Ob Deine „Hohenzollern", wie ein Schwan
Nach Süden flog, gehorchend dem Befehle
Des Herrn durchfurcht den weiten Ozean:
Es zog mit Dir des deutschen Volkes Seele.
Doch geht Dein Weg ins Britenland hinein,
Dann, Kaiserlicher Herr, fährst Du allein.
O höre, was Dein Volk jetzt bittend spricht:
Nach England gehe nicht!

Allerdings, die Sympathie der großen Masse des deutschen Volkes für England, ist augenblicklich sehr gering, soweit sie auf einer Gefühlspolitik beruht. Die englische Politik der letzten Jahre hat in der That wenig Anspruch darauf, vom allgemein menschlichen Standpunkte aus Sympathien zu gewinnen. Der amerikanische Raubkrieg gegen die spanischen Kolonien ist nicht allein im deutschen Volke und auch anderswo auf ein geheimes Einverständniß zwischen den Engländern und ihren nordamerikanischen „Vettern" zurückgeführt worden, auch England selbst hat, von Amerika abgesehen, die Antipathie fast der gesammten Welt dadurch auf sich gezogen, daß es die Buren in Transvaal und im Oranje-Freistaat in den

Krieg um die Freiheit ihres Landes getrieben hat, um Geldleuten vom Schlage des Herrn Cecil Rhodes, in ihrer Herrschbegier unter die Arme zu greifen, und die eigene Expansionspolitik in Südafrika weiterzuführen. Man kann ruhig behaupten, daß jeder Sieg der Buren gegen die Engländer in der breiten Masse des deutschen Volkes mit Freuden begrüßt wird, und daß ein heller Jubel allenthalben entstehen würde, wenn endlich einmal die englischen Kriegsberichte die Wahrheit sagen und die Kapitulation von Ladysmith melden würden.

Über diese Sympathien oder vielmehr Antisympathien des deutschen Volkes gegen die englische Politik heute noch einen Schleier decken zu wollen, wäre verlorene Liebesmüh'. Es ist auch nicht in Abrede zu stellen, daß in gewissen Kreisen die Anglophobie unter den Eindrücken der letzten Zeit sich zu einem veritablen „Engländerhaß" ausgebildet hat. Freilich sind gerade diejenigen alldeutschen Kreise, die sich über die englische „Expansionspolitik" am allermeisten entrüsten, am allerwenigsten berechtigt, dieser Seite der englischen Politik Vorwürfe zu machen, da sie schließlich doch mit ihren „alldeutschen" Bestrebungen auf dasselbe Ziel lossteuern und schließlich die ganze Welt für Deutschland erobern möchten. Wer selbst in solcher Weise eine „Weltpolitik" treibt, darf anderen keinen Vorwurf daraus machen.

Auch von englischer Seite sind unleugbare Mißgriffe in der Auslegung der Kaiserreise nach England vorgekommen, und wenn einzelne englische Blätter den Besuch des Kaisers am englischen Königshause, den Besuch des Enkels bei der Großmutter und den übrigen Verwandten, als den Besuch eines „englischen Fürsten" oder gar als eines englischen „Vasallen" deuten zu können glaubten, so ist auch dagegen von deutscher Seite der entschiedenste Einspruch zu erheben.

Bei diesem Widerstreit der Meinungen war es, nachdem einmal des Kaisers Besuch in England angesagt und verabredet war, mit Rücksicht auf die Sitmmungen in Deutschland, wie in England durchaus geboten, dem Besuche so viel als möglich einen privaten Charakter zu geben als Familienbesuch und diesen Charakter nach Kräften zu wahren. Dies ist auch geschehen. Schon der Umstand, daß die Kaiserin mit den jüngsten Kindern den Kaiser auf dieser Reise nach England begleitet, bringt den rein familiären Charakter

dieses Besuches zum Ausdruck. Es ist ferner jeder weitere Besuch über den familiären Rahmen hinaus, jede Annahme von Adressen, überhaupt Alles, was dem Besuche eine politische Bedeutung beizulegen geeignet erscheinen könnte, wenn nicht von vornherein, so doch nachträglich abgewiesen worden. Die Begleitung des Kaisers durch den Staatssekretär Grafen von Bülow kann in dieser Beziehung nicht als ein gegentheiliges Moment angesehen werden. Graf v. Bülow hat den Kaiser bekanntlich auch auf seiner Jerusalemreise begleitet, und bei der gegenwärtigen politischen Weltlage mag es für den Kaiser, wie für den Grafen v. Bülow in gleichem Maße erwünscht sein, im engsten Konnex zu bleiben, auch wenn „etwas vorkommen" sollte.

Die „Gefühls-Politik" ist für die Diplomatie eine, wenn nicht geradezu verkehrte, so doch allzu schwache Unterlage. Die Diplomatie muß nun einmal mit anderen Faktoren rechnen und andere Kombinationen aufstellen. In England wird dies von den Leitern der Politik auch zweifellos verstanden werden. Zum Überfluß macht die „Köln. Ztg." offiziös noch besonders darauf aufmerksam, was das Wesen der deutschen auswärtigen Politik ist; „sie gipfelt in dem streng durchgeführten Grundsatz, ausschließlich deutsche Interessen zu verfolgen und in allen Fragen, in denen diese deutschen Interessen nicht den Ausschlag geben, eine neutrale Haltung zu beobachten."

Damit wird man sich, soweit die Gefühlspolitik nicht die Überhand gewonnen hat und gewinnen soll, einverstanden erklären und danach die politische oder vielmehr unpolitische Bedeutung der Kaiserreise nach England zu beurtheilen wissen. Wir knüpfen unsererseits an die Kaiserreise weder besondere Hoffnungen, noch besondere Befürchtungen, sondern lediglich den Wunsch, daß dies auch von anderer Seite diesseits und jenseits des Ärmelkanals nicht geschehen, und daß dem Kaiserpaar eine glückliche Heimkehr beschieden sein möge."

Die „Frankfurter Zeitung" berührt im Abendblatte zur Nr. 322 vom 20. November 1899, zwei englische Artikel. Was den der „Times" betrifft, so trieft er förmlich von Anmaßungen gegen Deutschland. Das Blatt schreibt:

„Seit einiger Zeit sind wir mit allerlei Warnungen beehrt worden, daß die englisch-deutschen Abmachungen für Deutschland

nicht die Verpflichtung mit sich bringen, außerhalb seiner Grenzpfähle als unser Freund aufzutreten. Unsere deutschen Kritiker scheinen nicht zu wissen, daß eigentlich wir diese Warnungen, welche so geflissentlich an uns gerichtet werden, an Deutschland richten mußten. Für Niemanden, der mit der Politik vertraut ist, kann es ein Geheimniß sein, daß Deutschland immer und immer wieder versucht hat, unsere Freiheit des Handelns gewissen kontinentalen Möglichkeiten gegenüber zu binden, während Niemand einen Fall nachweisen kann, in welchem wir gesucht haben, Deutschland irgend eine solche Verpflichtung aufzuerlegen. . . . Die deutschen Zeitungen lernen erst jetzt, und Manche haben es kaum jetzt gelernt, daß der Kaiser seinen Besuch macht in Erfüllung eines alten Versprechens, und daß derselbe darum mit der Samoafrage oder den afrikanischen Fragen in gar keiner Verbindung steht.

Was die glücklich abgeschlossenen Verhandlungen betrifft, so sieht das englische Volk darin, ohne zu wünschen oder zuzugeben, daß dieselben irgend welche direkten weiteren Folgen haben, nicht nur die Beseitigung irritirender Differenzen, obwohl das an sich auch schon ein Resultat ist, welches es schätzt. Es sieht in denselben das nicht unwichtige Eingeständniß des Kaisers und der Staatsmänner, welche Deutschlands Politik leiten, daß die deutsche koloniale Ausdehnung nicht mit großen Erfolgen betrieben werden kann, wenn nicht in kolonialen Angelegenheiten ein Gutes wirkendes Einvernehmen mit dem britischen Reiche hergestellt wird. Das ist eine neue Wendung in der deutschen Politik und eine Wendung, welche für Deutschland von unendlich größerer Wichtigkeit ist, als für England. Es ist eine neue Wendung, welche dem Scharfsinne des Kaisers und seiner Rathgeber zu verdanken ist, welche die populäre Kolonialpolitik Deutschlands faktisch über Bord geworfen haben, die darin bestand, die britische Kolonialpolitik, welche in ihren breiten Grundlagen anzugreifen, Deutschland machtlos ist, zu chikaniren und an allen Ecken zu durchkreuzen."

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" bringen in der Abend-Ausgabe zur Nr. 542, vom 17. November v. J., eine englische Notiz, welche wahrheitsgetreu ausdrückt, wie man in Wirklichkeit den Besuch des Kaisers in England deutet. Das Blatt läßt sich aus London schreiben: „Zum Kaiserbesuch in England liegen uns folgende Privatmeldungen vor:

„London, 17. November. Ungemein bezeichnend für die durch den Kaiserbesuch hervorgerufene Stimmung ist, daß das meist deutschfeindliche Hauptorgan des Imperialismus, die „Daily Mail" heute ein vorzügliches Porträt Kaiser Wilhelms in halber Lebensgröße mit der Umschrift: „a friend in need is a friend in deed" bringt, dazu einen begeisterten Artikel über die Person des Kaisers.

In deutschen Kreisen wird die „Daily Mail", die den Kaiserbesuch geschäftlich als the great attraction of the season ausbeutet und dem englischen Publikum damit eine angenehme Abwechselung, gegenüber den schlechten Nachrichten aus Afrika bietet, schwerlich Eindruck machen."

„Ein Freund in der Noth ist ein Freund in der That"! Daß die Engländer trotz ihres unbändigen Eigendünkels und ihrer fortwährenden Anmaßungen gegenüber Deutschland, den Kaiser gern als den „Freund in der That" hinnehmen möchten, wissen wir ebenso gut, als daß sie von jeher bestrebt waren, Deutschland zu veranlassen, ihnen die Kastanien aus dem Feuer zu holen; in ihrer plumpen Art haben sie oft genug verlangt, ihre Landkriege von dem deutschen Heere geführt zu sehen. Dazu! wären wir immer gut genug gewesen. Bemerkte doch gleich im Anfange des südafrikanischen Krieges ein englisches Blatt: „Mehr! als eine wohlwollende Neutralität wäre von Deutschland nicht zu erlangen gewesen." —

Ja wohl! Das hätte gerade noch gefehlt, daß deutsches Blut im Interesse englischer Spekulanten geflossen und Deutschlands Söhne zu Krüppeln für die Herrn Cecil Rhodes und Joseph Chamberlain geschossen worden wären.

Eine ganz nette Episode, die sogar musikalisch ausdrückt, wie die Engländer auf den Besuch des Kaisers warteten, spielte sich bei der Ankunft desselben in Windsor ab. Eine Militär-Kapelle stimmte die bekannte englische Weise: „William, wir haben uns lange nach Dir gesehnt" an, und der Kaiser, der die Anspielung verstand, soll herzlich gelacht und dem Kapellmeister die Hand geschüttelt haben. Das Lied hat folgenden Wortlaut:

„O Willy, du hast uns sehr gefehlt.
O Willy, bist du wirklich hier,
Daheim so frisch und gesund?
Sie sagten, kämst nicht mehr zu mir,

Sie logen in der Rund',
Denn ich hört' deinen Schritt am Thor,
Das Herz ſchlug höher ſchon,
Der Schritt, er kam bekannt mir vor,
Vertraut der Stimme Ton.
O Willy, biſt du wirklich hier?
Willkomm! Willkomm! daheim." —

---

3. Abtheilung.

Nach der Reiſe.

Die „engliſche" „Kölniſche Zeitung" bringt in der Abendausgabe zu ihrer Nr. 941, vom 30. November v .J., einen Artikel, deſſen politiſchen Theil wir folgen laſſen, um ſo mehr, als durch Stellen, welche ſie einem Artikel der „Times" entnimmt, klipp und klar hervorgeht, daß ſich das deutſche Volk in ſeiner Würdigung der Kaiſer-Reiſe nicht getäuſcht haben ſollte. Was man trotz aller Ableugnungsverſuche gefürchtet, wird nun durch die „Times" beſtätigt. Mehr als ſie ausgeplaudert, haben wir ja auch nicht angenommen, es war ſchon mehr als genug. Der Theil des Artikels lautet: „Was die politiſche Seite des Beſuches anbelangt, ſo ſollte man eigentlich vor allen Dingen feſthalten, daß es ein nichtpolitiſcher Familienbeſuch war. Es iſt an dieſer Stelle bereits hervorgehoben worden, daß politiſche Dinge, an erſter Stelle Kolonialſachen geſtreift worden ſein mögen. Das lag in der Natur der Dinge, in der unvermeidlichen Berührung der ganz neuerdings erzielten erfreulichen Ergebniſſe. Man iſt hüben und drüben ſeit ein paar Jahren ſtetig und erfolgreich bemüht geweſen, Steine des Anſtoßes und andere Hinderniſſe für gutes Einvernehmen zwiſchen den zwei mächtigen Völkern aus dem Wege zu räumen. Darin und in der gegenſeitigen Unterſtützung und Nutzbarmachung von Einfluß, wo die beiderſeitigen Intereſſen ein Zuſammengehen erwünſcht machen, liegt ſchließlich das Weſen einer umſichtigen und gleichzeitig friedfertigen und ſtrebſamen auswärtigen Politik, und in dieſem Sinne werden auch die Begegnungen der Monarchen und leitenden Staatsmänner beider Völker ſicher nicht ohne Nutzen geweſen ſein. Fixe Reporter hier, deren Eifer größer iſt, als ihre Einſicht in's Innere der

politischen Dinge, wissen natürlich viel mehr darüber zu erzählen, und Großaugurn der hohen Politik in den Redaktionen, zu Paris und Wien namentlich, die naturgemäß die geheimpolitischen Vorgänge Englands unendlich viel besser kennen, als wir demüthige Beobachter an Ort und Stelle, sind mit solchen bescheidenen Ergebnissen erst recht nicht zufrieden und steigen in hohem Fluge zu den kühnsten politischen Phantasien auf. Ihre englischen Kollegen, die zum Theil sehr gut wissen, wie viel und wie wenig hinter diesen Luftgebilden steckt, nehmen die Schöpfungen der politischen Dichterphantasie mit stillem Vergnügen entgegen und orakeln ihrerseits mit ernster Miene allerlei Weisheitssprüche zusammen, zwischen deren Zeilen der Wissende die Erkenntniß des wirklichen Sachverhalts findet, während dem Liebhaber kühner Phantasien unbenommen bleibt, aus den Worten herauszudeuteln, was immer er will und mag."

„Es würde" — schreibt unter anderm die „Times" — „ein gut Teil Leichtgläubigkeit erfordern, wollte man annehmen, daß ein Monarch, der zum großen Teile seine auswärtige Politik selbst gestaltet und leitet, während des Besuchs bei einem mächtigen und befreundeten Souverän sich jeder Berührung von Gegenständen, die für beide Seiten Interesse haben, enthalten werde. Angesichts bekannter Begebnisse während des Kaiserbesuches ist eine solche Annahme ganz und gar ausgeschlossen; während der Kaiser unter uns weilte, war er von seinem Minister des Auswärtigen begleitet. Sein Botschafter in London erhob sich vom Krankenlager, um ihm in Windsor seine Aufwartung zu machen. Er selbst und sein Minister des Auswärtigen hatten lange Unterredungen mit Herrn Balfour, der, wie bei früheren Gelegenheiten während Lord Salisbury's Krankheit, den Premier im Auswärtigen Amte vertritt, und mit Herrn Chamberlain, der an der Spitze des Dienstzweiges steht, unter dessen Obsorge sich einige der wichtigsten Fragen befinden, die sowohl deutsche, wie englische Interessen berühren. Der Kaiser hat allerdings Lord Salisbury nicht persönlich gesprochen, allein es steht fest, daß er, als die Anordnungen für den Besuch abgeschlossen wurden, lebhaft den Premier zu sehen wünschte, und daß sein Bedauern über die beklagenswerthe Ursache, die eine Begegnung unmöglich machte, nicht einzig und allein durch sein Mitgefühl für den in Trauer versetzten britischen Staatsmann veranlaßt wurde.

Kein Vorfall während seines Aufenthalts in England bekundete in höherm Maße das Zartgefühl und die Mildherzigkeit seines Wesens als sein Verhalten dem Ministerpräsidenten gegenüber im Augenblicke von Lord Salisbury's schwerem Trauerfall. Er nahm die Gelegenheit wahr, sein Mitgefühl in ungewöhnlicher Weise kundzugeben, indem er sich bei der Beerdigung sowohl, wie beim Trauergottesdienst für Lady Salisbury vertreten ließ. Wir maßen uns natürlich nicht an, das zu wissen, was bei den Besprechungen zwischen dem Kaiser und seinem Minister des Auswärtigen mit den britischen Ministern vorgegangen ist, allein es ist aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß die erzielten Schlüsse im Einklange standen mit den wirklichen Interessen Englands und Deutschlands, Interessen, die sich zum großen Theile in gleichlaufenden Bahnen bewegen. Das Verdienst, diese Thatsache erkannt und nach der Erkenntniß gehandelt zu haben, ohne Rücksicht auf die wohlfeile Volksthümlichkeit, die auf anderm Wege zu erlangen gewesen wäre, gebührt vorzugsweise dem Kaiser. Wie es so oft in den Annalen des Hauses Hohenzollern der Fall gewesen ist, hat auch darin der Souverän sich weitblickender, als sein Volk bewiesen. Er hat die Vorurtheile gering geschätzt, die die deutsche Presse sich anzufachen bemühte. Heute beginnt man zu entdecken, daß er weise gehandelt hat." Auch Morning Post schreibt am Schlusse eines dem Kaiser gewidmeten Artikels: „Wir wollen auch nicht vergessen, daß der Kaiser und Graf Bülow im Stande waren, ungestört mit dem Grafen Hatzfeldt, Sir Frank Lascelles und Herrn Chamberlain sich zu besprechen. Ohne Zweifel wird das Ergebniß dieser Konferenz in der Weltgeschichte niedergeschrieben werden. Wir aber möchten dem Kaiser unser Lebewohl so frei von jedem Hintergedanken aussprechen, wie vor acht Tagen den Willkommgruß. Er kam als der persönliche Gast ihrer allergnädigsten Majestät der Königin, und er hat wieder einmal in Windsor und Sandringham erfahren, wie bei uns das Volk diejenigen ehrt, die die Herrscherin dieser Inseln verehren."

Über die Behauptungen der „Times" haben wir eine klärende, sehr nöthige Bemerkung zu machen. Sollte es nicht auch anderen Lesern aufgefallen sein, daß das englische Weltblatt sans phrase nicht allein die offiziellen Behauptungen: die Reise habe mit der Politik nichts zu thun, sie sei lediglich verwandtschaftlichen Intentionen entsprungen und besitze durchaus den Charakter eines Privatbesuches,

der Unwahrheit beschuldigt, sondern daß das Blatt selbst wagt, den Kaiser zu „desavouiren", der vor seiner Reise in einer Ansprache an die Berliner Generalität, auf die wir noch zurückkommen werden, den Zweck der Reise erklärt hat? Sollte der Versuch der „Times": den Kaiser in Widerspruch zu seiner früheren Erklärung zu setzen, in unsern offiziellen Kreisen „übersehen" worden sein? Man muß dies wohl oder übel annehmen, da weder die „Nordd. Allgem. Ztg.", noch die „B. P. N." es für nöthig gefunden haben, die Behauptungen der „Times" zu dementiren. Daß es aber in unseren offiziellen Kreisen überhaupt möglich ist, eine Behauptung zu „übersehen", durch welche der Kaiser desavouirt wird, erzeugt einen ganzen Schwarm von Imponderabilien, deren Niederschlag auch nicht ausgeblieben ist. Auf alle Fälle hat die „Times" wiederum bewiesen, daß sie keine Rücksichten kennt, auch für den Enkelsohn ihrer Königin nicht, den sie erst angefeiert hatte.

Wir gelangen zu den politischen Ausbeutungen der Kaiserreise durch den honorablen englischen Kolonial-Minister, Herrn Joseph Chamberlain, der gegenwärtig in sein dreiundsechzigstes Jahr trat. Die „Berliner Neuesten Nachrichten" lassen sich vom 30. November 1899 aus London schreiben: „Der Theil der gestern vom Minister Chamberlain in Leicester gehaltenen Rede, der sich auf das Verhältniß zu Deutschland bezieht, lautete ausführlicher, wie folgt:

„Es giebt noch etwas, sagte Chamberlain (nachdem er sich über das Einvernehmen mit Amerika geäußert hatte), was, wie ich glaube, jeder weitblickende englische Staatsmann lange gewünscht haben muß, nämlich, daß wir nicht dauernd auf dem Kontinent isolirt bleiben sollten, und ich denke, daß in dem Augenblicke, wo dieses Streben Gestalt annahm, es als offenbar erschienen sein muß, daß die natürlichste Allianz diejenige zwischen uns und dem großen Deutschen Reiche ist. Wir hatten unsere Meinungsverschiedenheiten, unsere Zwistigkeiten und Streitpunkte mit Deutschland. Das Volk dieses Landes ist durch Umstände erregt gewesen, welche wir nur zu glücklich sind, zu vergessen: aber im Grunde der Dinge ist immer eine Macht vorhanden gewesen, welche uns nothwendig zusammenbrachte. Was vereinigt die Nationen? Interesse und Gefühl. Welches Interesse haben wir, das einem Interesse Deutschlands entgegen ist? Unsere Streitigkeiten haben sich alle um geringfügige Angelegenheiten gedreht, die keinen Anlaß zu einem ernsthaften

Streite bildeten. Dieſe Streitigkeiten ſind bis zum gegenwärtigen Zeitpunkte, eine nach der anderen durch Lord Salisbury weiſe beſeitigt worden. Ich kann mir keinen Punkt denken, der in abſehbarer Zukunft auftauchen kann, welcher uns und die Deutſchen in eine Gegnerſchaft der Intereſſen bringen würde. Im Gegentheil, ich kann viele Dinge in der Zukunft vorherſehen, welche Grund zur Beſorgniß für die Staatsmänner Europas ſein müſſen, bei denen aber unſere Intereſſen deutlich dieſelben ſind, wie die Intereſſen Deutſchlands und hinſichtlich deren das von mir mit Bezug auf Amerika beſprochene Einverſtändniß, wenn es auf Deutſchland ausgedehnt wird, mehr als jede Vereinigung dazu beitragen wird, den Frieden der Welt zu Wege zu bringen. Allein die Welt wird nicht völlig durch die Intereſſen beherrſcht. Das Gefühl iſt einer der größten Faktoren bei allen unſeren Angelegenheiten. Es iſt kein Grund vorhanden, warum die Gefühle der Bevölkerung der beiden Länder ſich nicht in Übereinſtimmung befinden ſollten. Wir thun Unrecht, ſagte hierauf Chamberlain, nachdem er ſich ziemlich ausführlich über die heftige Sprache der auswärtigen Preſſe verbreitet hatte, den Äußerungen der auswärtigen Preſſe zu viel Aufmerkſamkeit zu ſchenken; dieſe Preſſe iſt anders wie die unſerige, und ſie ſtellt auch nicht die Geſinnung der Regierungen dar. Man geſtatte mir, darauf hinzuweiſen, daß im Grunde der eigentliche Charakter der germaniſchen Raſſe nur unbedeutend von dem der angelſächſiſchen Raſſe abweicht, und daß dieſelben Gefühle, welche uns zu einem engen Sympathieverhältniß mit Amerika bringen, auch angerufen werden dürfen, um uns zu einem engeren Sympathieverhältniß und einer Allianz mit Deutſchland zu bringen. Unſer Rechtsſyſtem, unſere Literatur, ſogar die Grundlage unſerer Sprache ſind für beide Länder dieſelbe, und wenn die Vereinigung zwiſchen England und Amerika ein machtvoller Faktor bei der Sache des Friedens iſt, wird eine neue Tripelallianz zwiſchen der germaniſchen Raſſe und den zwei großen Zweigen der angelſächſiſchen Raſſe noch ein mächtigerer Einfluß in der Welt ſein. Ich möchte klar machen, wenn ich das Wort „Allianz“ gebrauche, daß es wenig ausmacht, ob die Allianz auf dem Papiere niedergelegt wird, oder ob ein Einverſtändniß im Geiſte der Staatsmänner der betreffenden Länder vorhanden iſt. Ein Einverſtändniß iſt vielleicht beſſer als eine Allianz, welche Vereinbarungen, die im Hinblick auf den Wechſel der Umſtände nicht als

dauernde angenommen werden können, stereotyp festlegen könnte. Ein Einverständniß, ein Entschluß, die Beweggründe Jener günstig zu betrachten, mit denen wir auf dem Freundschaftsfuße zu stehen wünschen, ein Gefühl dieser Art, von diesen drei Ländern gepflegt und befestigt, wird zu deren ungeheurem Vortheile und auch zum Vortheil anderer Nationen sein."

Daß die Rede Chamberlains, der erst kurz vorher vom Kaiser während dessen Besuch in England empfangen worden war, allgemein Sensation hervorrief und lebhaft kommentirt wurde, ist selbstverständlich. Sie gehört zu dem zeitgeschichtlichen Abschnitte, der sich durch die Reise des Kaisers nach England vollzog, und deshalb muß sie auch hier besprochen werden. Zuerst ertheilen wir der „Deutschen Tages-Zeitung", Morgen-Ausgabe Nr. 565, vom 2. Dezember 1899, das Wort. Sie sagt: „Bündniß oder Einverständniß? Wenn man Herrn Chamberlain glauben darf, haben sich die schlimmsten Befürchtungen, die an den Kaiserbesuch in England geknüpft wurden, als vollauf begründet erwiesen. Mehr als ein halbes Dezennium haben die Franzosen um die Gunst Rußlands geworben, ehe sie das sie beglückende Wort „Allianz" auf die französisch-russischen Beziehungen annehmen durften. Nur eine Woche hat sich der den Kaiser begleitende Graf Bülow in England aufgehalten — und schon darf ein englischer Minister, und zwar derjenige, welcher die Leitung der auswärtigen Politik heute ganz in der Hand hat, von einer englischen Allianz mit Deutschland reden. Wir Deutsche sind offenbar nicht so spröde, Liebeswerbungen gegenüber, wie unsere Nachbarn im Osten. „Ich kam, sah und siegte" kann der unwiderstehliche Herr Chamberlain von seiner dreiviertelstündigen Unterredung mit dem Grafen Bülow den Engländern berichten, und daß er nicht der Mann ist, der diesen Trumph, den man ihm in die Hand gegeben hat, unausgespielt läßt, hat er mit seiner gestrigen Rede bewiesen.

Eine „Allianz" im juristischen Sinne des Wortes freilich, so schränkte er sich gleich ein, sei das Verhältniß zu Deutschland nicht, aber ein „Einverständniß im Geiste der Staatsmänner", das vielleicht besser sei als eine papierne Allianz, die Vereinbarungen, „welche im Hinblick auf den Wechsel der Umstände nicht als dauernde angenommen werden können, stereotyp festlegen könnte". Als die Grundlage dieses Einverständnisses aber bezeichnet Herr Chamber-

lain den Entschluß, „die Beweggründe jener günstig zu betrachten, mit denen man auf dem Freundschaftsfuß zu stehen wünsche". Und in diesem Sinne glaubt er sogar von einem „neuen Dreibunde zwischen der germanischen Rasse und den zwei großen Zweigen der angelsächsischen Rasse" sprechen zu können.

Wahrlich, Chamberlain hat Recht, wenn er einen Triumphgesang anstimmt. Denn ein vortheilhafteres Verhältnis Englands zu Deutschland, als es in diesen Worten gezeichnet ist, läßt sich gar nicht denken. Die Bezeichnung „Allianz" gilt für die Stellung Deutschlands zu England und charakterisirt die Verpflichtung Deutschlands, einerseits in den allgemeinen Welthändeln auf englischer Seite zu stehen, andererseits in den kolonialen und wohl auch in den wirthschaftlichen Berührungspunkten mit der englischen sowohl, wie der amerikanischen Politik „die Beweggründe jener günstig zu betrachten, mit denen man auf dem Freundschaftsfuß zu stehen wünscht". Das heißt, wir sollen Samoa, Helgoland, — Sansibar und verschiedenes andere, daneben aber auch die brutale Wortbrüchigkeit der amerikanischen Handelsvertragspolitik edelmüthig vergeben und vergessen und in Zukunft keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß Großbritannien, wo es unserer kolonialen Entwicklung ein Bein stellt, fürsorglich nur unser Bestes im Auge hat und nur von den „günstigsten Beweggründen" geleitet wird. So vor allem, wenn Herr Rhodes durch Eisenbahn und Telegraphen den Handel von den ostafrikanischen Seen, von unsern Küstenplätzen ableitet und durch einen andern Eisenbahnbau unser südwestafrikanisches Gebiet mit einem Netz von englischen Interessen umspinnt. Oder auch, wenn England durch die Besitznahme der Delagoabai und die beabsichtigte — freilich schwerlich auskommende — Verschluckung der Burenrepubliken sich in den Stand setzt, unsere afrikanischen Kolonien in gewaltiger Umarmung zu erdrücken, und uns schließlich aus Afrika hinauszuwerfen. Das alles geschieht ja nur aus den edelsten Beweggründen, damit das deutsche Kapital nicht in unrentablen afrikanischen Unternehmungen verloren geht, und Graf Bülow endlich Herrn Eugen Richter frei in's Auge sehen und ihm verkünden kann, daß das Ideal des Grafen Caprivi erreicht ist und wir unsere Kolonien endlich los geworden sind. Natürlich werden uns diese englischen Freundschaftsdienste nicht umsonst zu Theil. Wir müssen — das ist ja nur recht und billig — Groß-

britannien in China dafür Gegendienste leisten, indem wir uns in dem sich allmählich immer schärfer zuspitzenden englisch-russischen Konflikt auf die Seite Englands und Amerikas stellen. Selbstverständlich wird dabei das Prinzip der Arbeitstheilung loyal beobachtet: In's Feuer schieben werden jene beiden Mächte schon die Kastanien — wir haben sie nur herauszuholen, und vielleicht steht uns bei diesem Geschäft Japan noch zur Seite. Im südafrikanischen Kriege haben wir, da wir leider nicht aktiv eingreifen können, England wenigstens moralisch zu unterstützen, indem wir unsere Sympathien ihm zuwenden. Die schlimme deutsche Presse freilich wird diese Schwenkung nicht mitmachen wollen. Aber darüber tröstet sich Chamberlain leicht. „Man thut Unrecht, dieser Presse zu viel Beachtung zu schenken", sagt er. Warum sollte man's auch? Diese Presse, die ganz und gar auf Seiten der Buren steht, weil sie einsieht, daß von deren Sieg die deutsche „Zukunft auf dem Wasser" abhängt, vertritt ja nur die Gesinnung des deutschen Volkes, „stellt aber nicht die Gesinnung der Regierung dar". Sie ist also weiter kein Hinderniß. Und wenn ihre Stimme doch so laut werden sollte, daß sie im deutschen Reichstag Wiederhall fände, nun, so wird Graf Bülow wieder eine schön gebaute Rede halten, — und die deutschen Reichsboten werden wieder einmütig beschließen, daß nach so wohlklingenden Worten, keine rauhe Opposition im Reichstagssaale laut werden darf. Darüber braucht sich also Chamberlain wirklich keine Sorge zu machen. Er hat dreiviertel Stunde mit dem Grafen Bülow gesprochen — und das Verhältniß Deutschlands zu England ist eine „Allianz" geworden, zwar keine papierne, die England etwas unbequem wäre, aber eine im Geiste der deutschen Staatsmänner fest begründete.

Anders natürlich ist die Stellung Englands zu Deutschland. Da gilt der Satz vom „Einverständniß", das besser ist, als eine Allianz, „welche Vereinbarungen, die im Hinblick auf den Wechsel der Umstände nicht als dauernde angenommen werden können, stereotyp festlegt". Das ist bezeichnend. Man weiß ja, daß schon längst ein geheimes deutsch-englisches Afrika-Abkommen besteht, worin nach englischen Mittheilungen Deutschland auf seine Interessen in der Delagoabai zu Gunsten Englands Verzicht geleistet haben soll, wogegen England sich anheischig macht, Deutschland zu Kompensationen auf portugiesischem Boden behülflich zu sein — falls

es zur Liquidation des portugiesischen Kolonialbesitzes kommt. Zuerst also muß England die Delagoabai erhalten. Wie nun, wenn dann Portugal zu der Ansicht kommt, daß es mit der Abtretung dieses Besitzes genug sei und die vollständige Liquidation recht gut auf eine spätere Zeit verschoben werden könne? Wird die englische Regierung dann nicht finden, daß das Afrika-Abkommen mit Deutschland auch zu den Vereinbarungen gehört, die „im Hinblick auf den Wechsel der Umstände" nicht „stereotyp festgelegt" werden können — daß die veränderten Umstände vielmehr die Aufbewahrung jener zu deutschen Kompensationen bestimmten Gebiete für England wünschenswerth machen?

Nun, wir werden ja sehen, ob es so kommen wird. Sicher geschieht das, wenn England den Hauptzweck des deutsch-englischen „Einverständnisses" erreicht und dann keinen Grund mehr hat, sich die „Allianz" Deutschlands zu erhalten. Denn was die englischen Staatsmänner von ihrem Liebäugeln mit den Deutschen erwarten, das ist ja gar nicht einmal so sehr die direkte Unterstützung durch Deutschland in ihren vielen Händeln da draußen, sondern in erster Linie die Erzeugung von Mißtrauen und Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland. Gelingt ihnen das in dem Maße, daß Rußland sich dadurch an seiner Westgrenze bedroht glaubt, daß Frankreich den Tag der Revanche aufsteigen zu sehen meint, ja, daß es vielleicht sogar wirklich zu einem Kriege zwischen Deutschland und dem Zweibunde kommt, — dann ist die Zeit Englands gekommen! Dann braucht es aber auch die deutsche Freundschaft nicht mehr und befördert den dummen Mohren, der seine Schuldigkeit gethan hat, mit einem kräftigen Fußtritt aus Afrika hinaus.

Wir wissen nicht, wie weit es zwischen dem Grafen Bülow und Chamberlain gekommen ist, ob aus dem offenkundigen Flirt der letzten Zeit thatsächlich eine Allianz, oder doch ein englischerseits für noch besser erklärtes Einverständniß geworden ist. Die „Times" spricht nur von einer „Reihe von Vereinbarungen für bestimmte, besondere Fälle, die darüber hinaus keine der beiden Mächte zu irgend etwas verpflichten". Chamberlain macht mehr daraus, jedenfalls giebt er sich Mühe, mehr daraus zu machen. Man weiß ja, daß Chamberlain gern den Mund recht voll nimmt. Aber in diesem Falle haben wir es offenbar nicht mit einem Durchgehen seines

Temperaments zu thun; die ganze Komposition seiner Rede läßt gar keinen Zweifel zu, daß die Aufbauschung der Intimität der deutsch-englischen Beziehungen eine wohlberechnete ist. Der Zweck dieser Aufbauschung aber kann einzig und allein eben darin bestehen, die Saat des Mißtrauens zwischen Deutschland und Rußland mit vollen Händen auszustreuen. Das hat Graf Bülow wohl nicht als Ergebniß der deutsch-englischen Freundschaftsbeteuerungen erwartet. Aber er kann nicht sagen, daß er nicht von allen Seiten vorher gewarnt worden wäre."

Dem „Berliner Tageblatt", Nr. 615, vom 3. Dezember 1899, entnehmen wir: „Wenn daher hier und da der Besuch des Kaisers bei seiner englischen Großmutter, als eine Demonstration gegen die Buren, die England mit Krieg überzogen hat, aufgefaßt wurde, so darf im selben Sinne der Abstecher nach Vlissingen, als eine Kundgebung gelten, die nur eine burenfreundliche Auslegung zuläßt. Aber wie dem auch sei, jedenfalls zeigt das deutsch-holländische „herzliche Einvernehmen" klar und deutlich, daß die Politik des Deutschen Reiches in ihren kontinentalen Verästelungen, weder in Windsor noch in Sandringham, dem Wohnsitze des Prinzen von Wales, vinkulirt worden ist. Und das bleibt für uns die Hauptsache.

Herr Chamberlain hat gut den Mund vollnehmen und die Wohlthaten einer deutsch-englisch-amerikanischen Allianz preisen. Er findet damit weder bei seinen eigenen Landsleuten die gehoffte Anerkennung, noch bei uns Deutschen den geheischten Beifall. Der britische Staatssekretär der Kolonien, der den eigentlich treibenden Faktor der englischen Machtpolitik darstellt, hat den Weg nach Damaskus, der ihn von einem Deutschenhasser zum Förderer einer deutsch-englischen Allianz gemacht, etwas zu plötzlich gefunden. Seine überraschende Bekehrung findet nirgends den Glauben, den sie in diesem Augenblick vielleicht wirklich verdient. Er verhehlt sich auch nicht, daß die öffentliche Meinung Deutschlands seinen Bündnißanpreisungen, wenn nicht direkt feindlich, so doch mindestens sehr spröde gegenübersteht. Jedermann bei uns sagt sich, wenn ein matter of fact man, wie Chamberlain, unvermittelt sentimental wird und von der Rassengemeinschaft der Germanen und der Anglosachsen schwärmt, wie er dies in seiner letzten Rede zu Leicester gethan, daß dann etwas faul sein müsse im Staate England.

Und in der That, Angesichts der für Großbritannien wenig

erquicklichen Lage auf dem südafrikanischen Kriegsschauplatze, Angesichts ferner der kaum verhohlenen Neigung Rußlands und Frankreichs, im gegebenen Augenblick eine Intervention herbeizuführen, die den Briten die immer noch erhofften Früchte eines endgültigen Sieges über die Buren zu verkümmern vermöchte, Angesichts endlich der Möglichkeit eines russischen Vorgehens in Persien und Afghanistan, mit ihrer unausbleiblichen Rückwirkung auf Indien — Angesichts aller dieser Dinge, braucht Chamberlain, wenn man so sagen darf, einen Popanz, der geeignet erscheint, seine Gegner im Innern und seine Widersacher im Äußeren in Schach zu halten. Diesen Popanz aber fand er ebenso sehr in der Ausposaunung eines neuen deutsch-amerikanisch-englischen Dreibundes,*) wie in der schmeichlerischen Anpreisung eines innigen Einverständnisses mit dem Deutschen Reiche. Daß ihm dieser Plan bei der öffentlichen Meinung Englands nicht gelungen, steht nach den Äußerungen der Londoner Presse außer allem Zweifel."

Wir schließen die Citationen mit einem übersichtsreichen Artikel der „Kölnischen Volkszeitung", drittes Blatt der Nr. 1127, vom 2. Dezember 1899, der Artikel lautet: „Ein lästiger Schwätzer ist doch der englische Kolonialminister Chamberlain: das muß unserer Auffassung nach der Eindruck sein, den die deutsche Diplomatie von dem allerneuesten Herzenserguß des Urhebers des südafrikanischen Blutvergießens gewonnen hat. Derselbe Staatsmann, der vor noch nicht vier Jahren Deutschland, aus Anlaß des Krügertelegramms mit höhnischer Verachtung behandelte, und dessen Ausfälle damals als aus aufrichtiger Überzeugung kommend, allgemein aufgefaßt wurden, kann nicht beanspruchen, daß wir an die Revision seiner Überzeugung glauben, die er in seinen neuesten Reden vorgiebt, an sich vorgenommen zu haben.

Wenn Chamberlain wirklich innig davon überzeugt wäre, daß, wie er soeben in Leicester erklärt hat, das Deutsche Reich der natürliche Verbündete Englands sei, wenn er eifrig für ein herzliches Einvernehmen mit Deutschland eintritt, so lagen, was Deutschland angeht, die Weltverhältnisse vor vier Jahren keineswegs so, daß Chamberlain damals genau das Gegentheil hätte denken und sagen

*) Hierauf einzugehen, wäre unglaubliche Dummheit, es wäre mehr als Dummheit, es wäre Verrath an Deutschland.

müssen. Heute thut dieser Vielredner, das enfant terrible des Kabinetts Salisbury, einfach seinen inneren Gefühlen Zwang an, um sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit wieder zu ihrem Rechte kommen zu lassen. Diese Selbstüberwindung hat natürlich den Zweck, England für den Augenblick politisch zu nutzen, aber unserer Überzeugung nach auch nicht weniger den Zweck, Deutschland für die Zukunft politisch zu schaden.

Man konnte nicht mehr thun, als von deutscher offiziöser Seite geschehen ist, um dem Besuche des Kaisers in England seinen privaten Charakter zu wahren, andererseits konnte von englischer Seite nicht mehr geschehen, als jetzt durch Chamberlain geschehen ist, um den Anschein zu erwecken, als sei in Folge des Kaiserbesuches zu Windsor und Sandringham Deutschland auf's Engste an die politischen Interessen Englands gekettet, und zwar im ausdrücklichen Gegensatze zu Frankreich und Rußland.

Dieser noncholante Versuch, den Kaiserbesuch politisch zu kompromittiren, ist denn auch selbst der „Times" zu stark, die sonst nicht ansteht, mit den Figuren des internationalen Schachbrettes zu spielen, wie einer, der Gewalt hat. Das Blatt will ein engeres, wenn auch nicht geschriebenes, so doch in der zeitlich nahen Blutsverwandtschaft begründetes Bündniß zwischen England und den Vereinigten Staaten gelten lassen, bezeichnet aber die Schaffung engerer politischer Beziehungen, stärkere Bindung Deutschlands gegenüber England als unthunlich; die kontinentale Stellung des Deutschen Reiches, mit anderen Worten, seine Lage zwischen Frankreich und Rußland, verbiete dies einfach. Und so bekommt Chamberlain einen Wischer — nicht den ersten — in der „Times" dafür, daß er den unglücklichen Ausdruck Bündniß gebraucht hat.

Chamberlain entwirft den Plan eines neuen Dreibundes; nach ihm wird die Verständigung zwischen den angelsächsischen und den teutonischen Rassen für den Weltfrieden mehr thun, als alle Vereinigungen von Armeen. „Ein Dreibund zwischen der teutonischen Rasse und den beiden Zweigen der anglo-sächsischen Rasse, würde meiner Meinung nach ein wichtiger Faktor für die Zukunft der Welt sein." Es ist Chamberlain unmöglich, irgend eine Frage zu nennen, die in einer nahen Zukunft aufgeworfen werden und England zu Deutschland in einen Interessengegensatz bringen könnte. Im Gegentheil, er sieht viele Dinge in der Zukunft, die den euro-

päischen Staatsmännern Beängstigungen verursachen können, in denen aber Englands Interessen ganz klar dieselben sind, wie diejenigen Deutschlands und bezüglich deren seiner Ansicht nach, das Einvernehmen mit Amerika auch auf Deutschland ausgedehnt werden könnte. Der Zwischenfall mit dem Krügertelegramm — Kleinigkeit, längst vergessen!

Chamberlain braucht nicht einmal so viel diplomatische Rücksicht, um die Gegensätze nicht gar zu scharf hervortreten zu lassen. Es macht ihm augenscheinlich Freude, Deutschland gegen Frankreich und Rußland auszuspielen, denn in unmittelbarer Folge auf seine Allianzbemerkungen, bezüglich Deutschlands beleuchtet er den scharfen Gegensatz zum Zweibund und bedroht Frankreich mit einem „starken Wink", wie es die englische Presse nennt. Das ist um so schwerwiegender, als vor einigen Tagen der französische Minister des Auswärtigen noch alles gethan hat, um in London gut Wetter zu machen, gegenüber scharfen Äußerungen der öffentlichen Meinung in Frankreich.

„Chamberlain's Rede hatte deshalb besondere Bedeutung, weil sie direkt auf seine Zusammenkunft mit dem Kaiser in Windsor gefolgt ist. Ob eine englisch-deutsche Verbindung beim Fürsten Herbert Bismarck und bei der rußlandfreundlichen Partei in Deutschland viel Anklang finden wird, wissen wir nicht, und das ist uns auch ganz gleichgültig," — so wörtlich die „Daily Mail". Man braucht keineswegs enragirter Russenfreund zu sein und kann darum doch auch vor Anglomanie warnen. Auf französisch-russischer Seite „muckt" man auch schon „auf", wegen der englischen Versuche, Deutschlands Politik zu kompromittiren. So berichtet der in St. Petersburg mit guter Fühlung ausgestattete Soleil, man schreibe in der russischen Regierungswelt die Reise des deutschen Kaisers dem Plane zu, eine Theilung Chinas zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten anzubahnen, in dem eine Drohung für Frankreich, namentlich aber für Rußland, läge, das so um sein natürliches Erbe gebracht werden sollte. Noch von einem anderen viel ernsteren geheimnißvollen Plane, weiß der offiziöse Berichterstatter des Soleil zu erzählen. Es handelt sich um nichts Geringeres, als um die Theilung Österreichs, die eigentlich keine Theilung wäre, da Deutschland die zehn oder zwölf Millionen Deutsch-Österreicher, auch Mähren und Böhmen, für sich nehmen

würde und die Absicht hätte, die Russen aufzuhalten, indem aus Ungarn eine Art Pufferstaat unter deutschem Protektorate gemacht würde. Selbstverständlich würde sich Rußland einem solchen Unternehmen widersetzen. An dem Tage, da die Preußen in Mähren und Böhmen einzögen, würden die Gewehre in Rußland von selbst losgehen.

Deutschland läßt sich nun zwar nicht so leicht in's Bockshorn jagen, aber lediglich England zu Liebe, ohne ersichtlichen vitalen Vortheil sich mit Rußland und Frankreich in eine derartige gespannte Lage zu versetzen, hat Deutschland gewiß nicht nöthig. Was der Soleil sagt, erscheint uns übrigens auch nur, wie ein Versuch, die deutsche Diplomatie zum Sprechen zu bringen. Allerdings scheint uns, daß ersterer nach der politischen Kompromittirung des Kaiserbesuches durch Chamberlain nicht schweigen kann, um so weniger, als man der Überzeugung sein darf, daß, wenn die englische Politik gegenüber Deutschland, lediglich nach Chamberlain'schen Wünschen ginge, es sich nicht, wie ein Blatt meint, um eine Politik von Fall zu Fall für Deutschland handeln würde, sondern um eine Politik von Hereinfall zu Hereinfall. Wir halten Chamberlain nun einmal nicht für einen ehrlichen politischen Freund."

Die „Nat.-Ztg." schreibt zu der Rede Chamberlain's: „Thatsächlich ist, wie wir von wohlunterrichteter Seite erfahren, in Windsor kein neues Abkommen getroffen worden. Richtig ist, daß bei den Unterredungen des Kaisers, wie des Grafen v. Bülow mit Herrn Chamberlain, Bereitwilligkeit und übereinstimmende Auffassung in dem Sinne sich gezeigt hat, auf kolonialem Gebiete in Zukunft die Schwierigkeiten aus dem Wege zu schaffen, die sich in den, die beiden Länder berührenden Fragen dieser Art ergeben könnten. Die kontinentale und allgemeine Politik Deutschlands wird durch dieses Einvernehmen, das seine Spitze gegen keine andere Macht richtet, nicht berührt."

„London, 1. Dez. 1899. Über die gestrige Rede Chamberlain's über den deutsch-englisch-amerikanischen Dreibund ist die „Daily Mail" ganz aus dem Häuschen gerathen. Das Blatt kündigt bereits einen Krieg mit Frankreich an, wenn die Franzosen nicht aufhören, die Königin Victoria zu karikiren; Frankreich sollen dann alle Kolonien weggenommen und dieselben an Deutschland und Italien vertheilt werden. Der „Daily Telegraph" meint, aus Cham-

berlain's Rede müsse man entnehmen, daß die Verständigung zwischen der deutschen und der englischen Regierung weitergehe und herzlicher sei, als man bisher allgemein angenommen habe. Die „Daily Graphic" erklärt, daß Chamberlain's Rede Englands Sache eher schaden als nützen könne; sie werde Englands Freunde in Verlegenheit setzen und dazu führen, daß dieselben über ihre Beziehungen zu England öffentliche Erklärungen abgeben, welche sich wie unangenehme Dementis ausnehmen können. Die „Daily News" schreibt, ein Einverständniß ist eine Sache, und eine feste Allianz ist eine andere Sache; es wäre besser gewesen, wenn Chamberlain den ersten Ausdruck gebracht hätte, er wäre dann genauer gewesen, annehmbarer und weniger herausfordernd.

Die „Westminster Gazette" mißbilligt die, wie sie meint, Verlegenheiten verursachenden Äußerungen Chamberlain's, hinsichtlich eines englisch-deutschen Bündnisses und sagt: „Indem wir unmittelbar nach dem Besuche des Kaisers von einem Bündniß sprechen, bringen wir den Kaiser in eine peinliche Lage und setzen uns selbst einem Dementi aus, was die englisch-deutsche Freundschaft oder Verständigung stören und schädigen wird. Es giebt nicht zwei Mächte, deren Interessen weniger widerstreiten, oder die, jede der anderen, mehr kleine Dienste leisten könnten, wenn die Beziehungen zwischen ihnen fest und geschäftsmäßig sind; aber dies ist weit entfernt von einem Bündniß, welches eine gemeinsame Militärpolitik zu dem Zwecke, einer gemeinsamen Gefahr entgegenzutreten, einschließt. Ein solches Bündniß würde nicht den Bedürfnissen Englands entsprechen, das in seinen Freundschaften opportunistisch sein muß."

Wir empfehlen uns von Herrn Chamberlain mit einer kurzen, allgemeinen Bemerkung über seine Politik, die wir nicht anders als eine „Schuster-Politik" nennen können. Der englische Kolonialminister scheint auf Grund der Fertigkeiten, die er sich als Schuhmacher-Lehrling angeeignet, zu glauben, auch Staatsmänner und Völker über seinen Leisten schlagen zu können, unbekümmert darum, ob dieser für sie paßt oder nicht, und ob sie wollen oder nicht. Herr Chamberlain will nun einmal mit Gewalt Amerika und Deutschland Stiefel anmessen, damit sie sicheren Schrittes in „seinen Dreibund" eintreten, und „seiner Politik" folgen können. Auch er mag in Hinsicht auf seine frühere Laufbahn denken: „Bescheidenheit ist

eine Zier, aber weiter kommt man ohne ihr". Mit der ganzen Zudringlichkeit, die erwerbslustigen Geschäftsleuten eigen ist und einmal zum Geschäfte gehört, behandelt er Deutschland und Amerika, als seine „Kunden", auf die er bereits Wechsel ausstellt. Wie es jedoch anderen „übereifrigen" und skrupellosen Leuten auch schon passirt ist, erlebt er das Malheur, daß seine Wechsel nicht acceptirt werden und Proteste veranlassen. Die deutsche Regierung, die doch durch die Rede Chamberlain's direkt tangirt ist, hat zwar gegen den „Wechsel", den er auf sie ziehen möchte, keine Erklärung abgegeben, aber es dürfte sich wohl von selbst verstehen, daß sie, wenn er ihr präsentirt wird, seine Richtigkeit schon aus dem Grunde bestreitet, weil ihn das ganze deutsche Volk unter gar keinen Umständen acceptiren würde. Die Deutschen sind keine „Hörigen", keine „Sache", über welche irgend ein Mensch verfügen kann, wie seiner Zeit der Landgraf Friedrich II. von Hessen-Kassel, der 12000 „Unterthanen" als Soldaten, England gegen 20 Millionen Thaler überließ. Deutschland vertritt eine Alliance nicht durch das sehr minderwerthige Material von „Söldnern", die sonst zu nichts taugen, es muß für sie mit seiner ganzen mannbaren Jugend einstehen. Wenn das deutsche Volk eine bestimmte Alliance nicht will, so ist kein Faktor da, der es zu ihr zwingen kann. Und würde eine auf dem Papiere festgesetzt, so wäre es „ein schlechtes Papier", das die Nation zerreißt. Kabinetts-Kriege, oder solche durch Verwandtschaften der Dynastien, oder gar aus Laune hervorgerufen, giebt es bei „mannbaren" Völkern nicht mehr, die ihre politischen Rechte zu vertreten wissen. Die Rechnung, die Herr Chamberlain auf Deutschland setzt, ist falsch, denn das deutsche Volk läßt sich ebenso wenig hypnotisiren, als tyranniſiren, und was für es zutrifft, trifft auch für seinen Fürsten zu.

— — — — — — — — — — — — — —

Welche Aufnahme die Chamberlainische Rede im Allgemeinen und besonders in Amerika gefunden, mag aus Nachstehendem hervorgehen. Der „Reichsbote" sagt in seiner ersten Beilage zu Nr. 286 vom 5. Dezember 1899: „Chamberlain kann mit seiner letzten Allianzrede so ziemlich den allgemeinsten Abfall internationaler Art verzeichnen, den ein leitender Minister überhaupt haben kann.

Die zunehmende Abneigung gegen die gesammte Persönlichkeit des Redners spielt dabei ihre Hauptrolle mit.

Die Regierung hat nach dem „B. T." beschlossen, keine Erklärungen betreffend die Rede Chamberlain's abzugeben. Daran thut sie auch am klügsten.

Der französische Botschafter in London reiste nach Paris ab. Man bringt diese Reise mit Chamberlain's Rede in Zusammenhang, zumal der Pariser „Temps" gleichzeitig schreibt, Chamberlain habe mit seiner Rede, weder in Deutschland und Amerika, noch in Frankreich, die von ihm erwartete Wirkung erzielt. Chamberlain habe gezeigt, daß er weniger geschickt wäre, als man glaubte, aber darum für Frankreich doch nicht minder gefährlich sei.

Eine Depesche des „New-York Herald" aus Washington sagt ebenfalls ablehnend, die Antwort der Regierung betreffend die Reden Chamberlain's und des amerikanischen Botschafters Choate sei die, daß keine „Allianz" mit England oder Deutschland bestehe und auch nicht beabsichtigt werde. Die Behörden erklären, was immer zwischen dem deutschen Kaiser und Chamberlain besprochen sein möge, ein Vorschlag, der sich auf eine Allianz bezogen habe, sei weder von Deutschland noch von England angeboten oder empfangen worden."

Der „Times" wird aus New-York telegraphirt: „Selten hat eine Rede eines Amerika freundlichen englischen Ministers in Amerika eine solche Meinungsverschiedenheit hervorgerufen, wie Chamberlain's Rede in Leicester. Die Meinungsverschiedenheit wird in allen Tonarten ausgedrückt, und wendet sich zum Theil gegen Chamberlain persönlich, durchweg aber gegen den Vorschlag einer Allianz. Niemand nimmt ein Bündniß an, Niemand vertheidigt Chamberlain's Unbesonnenheit, die darin besteht, daß er ein solches anbot, Niemand glaubt, daß ein Bündniß innerhalb der Möglichkeiten der amerikanischen Politik liegt."

Aus dem Allen geht hervor, daß Herr Chamberlain mit seiner „Schuster-Politik" eine vollständige Niederlage erlitten hat, und es nur seine Landsleute sind, die sich von ihm Stiefel anmessen lassen. Die Zeit wird aber kommen, ist vielleicht gar nicht so entfernt, daß dieses Schuhwerk den Engländern unbequem, und vor Allem zu theuer werden wird.

II. Abschnitt.

Material zur möglichen Auffassung der neutralen Haltung des Kaisers während des Krieges Englands gegen die Burenstaaten.

Im Allgemeinen möchten wir Eingangs dieser Besprechung bemerken, daß absolut Bestimmtes, am allerwenigsten, wenn es als bindend für die weitere deutsche Politik betrachtet werden soll, nicht gesagt werden kann. Vielleicht! auch schon aus dem Grunde nicht, als bei der Stelle, die hier in erster Linie maßgebend ist, selbst noch nicht eine abgeschlossene, bestimmte Willensmeinung vorhanden sein dürfte und es sich bei ihr mehr um eine Politik von Fall zu Fall handeln mag. Bei Allem, was über die Haltung des Kaisers gesagt und geschrieben wird, mischt sich viel Klatsch unter, der nur erkannt zu werden braucht, um jede ernste Bedeutung zu verlieren. Die Klatsch-Nachrichten gehören jedoch mitunter in den Kreis jener bekannten Imponderabilien; es wird ja öfters geklatscht, nicht um zu klatschen, sondern um durch die ausgesprengten Nachrichten, Behauptungen oder Vermuthungen auf den Busch zu klopfen. Oft haben äußerst dumme Nachrichten einen nichts weniger als dummen Grund, weil sie mit voller Absicht Dummes enthalten. Was ein perfekter Reiter unter „entgegengesetzter Hülfe" versteht, das sind für den Politiker die „negativen Gespräche". Man unterhält sich eine ganze Zeit hindurch, ohne zu sagen, was man meint und wünscht; der Inhalt des Gesagten ist unter Umständen die Negation der eigenen Absichten, wenn eine derartige Konversation als Mittel für bestimmte Zwecke opportun erscheint; auch in der Politik stehen den „Minen die Gegenminen" gegenüber. Natürlich trifft auch hier im vollsten Umfange zu: „Wenn zwei dasselbe thun, ist es doch nicht dasselbe". Als Äußerungen des Kaisers, welche eine strikte Neutralität bekunden, müssen genannt werden:

Erstens seine Erklärung gegenüber der Berliner Generalität über seine Reise nach England, die auf einem vor längerer Zeit gegebenen Versprechen beruhe und nur einen familiären Zweck habe. Zweitens die beiden Antworten des Kaisers auf die Telegramme

des Obersten der „Royal Dragoons". Im ersten meldete er am 26. Oktober v. J.: „Ich habe die Ehre zu melden, daß Euer Majestät britisches Regiment, die Royal Dragoons, am nächsten Sonntag in Tilbury Dock nach Südafrika an Bord des Schiffes „Manchester" abgehen wird. Murdoch, Oberst und Kommandant der Royal Dragoons."

Hierauf antwortete der Kaiser: „Danke für Telegramm. Entbieten Sie dem Regimente mein Lebewohl, mögen Sie alle unverletzt und wohl zurückkehren."

Das zweite Telegramm des genannten Obersten aus Afrika lautet: „Die Royal Dragoons senden ihre ehrerbietigsten Grüße zum Geburtstage ihres Obersten." Der Kaiser antwortete: „Der Oberst sendet den Royal Dragoons seinen besten Dank für ihre Wünsche." Beide Antworten waren korrekt im Sinne der strengen Neutralität, und sind die Engländer darüber in einen Enthusiasmus gerathen, so ist das ihre Sache.

Drittens muß die Rückreise über Holland, um den Königinnen Gelegenheit zur Begrüßung zu geben, auch nur als der Ausdruck einer neutralen Gesinnung aufgefaßt werden. Hierzu bemerkt die „Kölnische Volkszeitung" in ihrer Nr. 1126, zweites Blatt vom 2. Dezember 1899: „Das deutsche Kaiserpaar ist nach seinem Besuche in Windsor und Sandringham bei der Königin Viktoria und dem Prinzen von Wales wieder nach Potsdam zurückgekehrt. Der Besuch hatte zwar familiären Charakter, aber das Zusammensein des Kaisers, des Grafen Bülow und des Kolonialministers Chamberlain, welcher den erkrankten Lord Salisbury vertrat, macht den Alldeutschen den Besuch doch politisch verdächtig, namentlich auch wegen Chamberlain's, auf den sich alle Abneigung wegen des südafrikanischen Jamesonkrieges sammelt. Eine gewisse Erleichterung wurde den mit Recht oder Unrecht beklemmten Herzen dadurch, daß der Kaiser auf dem Wege von England über Vlissingen hier eine herzliche Zusammenkunft mit der Königin Wilhelmina und deren Mutter hatte. Nirgendwo in der Welt haben die Buren ja wärmere Freunde als in Holland; wenn man dem Besuch in England einen den Buren unfreundlichen Charakter gab, mußte man dann doch wohl bei dem Besuche in Holland umgekehrt urtheilen, wenn dieser Besuch auch allerdings nur ein flüchtiger war. Es sollte aller Welt durch diesen letztern Besuch die Neutralität Deutschlands vor Augen

geführt werden, hieß es. „Bis zum 11. Oktober herrschte Krüger als Vasall (!) Großbritanniens über eine Minderheit von holländischen Kolonisten und eine Mehrheit steuerzahlender Uitlanders," sagt die konservative Morning Post. „Er begünstigte die Holländer auf Unkosten der Uitlanders . . . Aber Krügers Politik hat niemals die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Holland berührt, und für diese Thatsache kann es keinen bessern Beweis geben, als den, daß der deutsche Kaiser als Souverän einer neutralen Macht von Windsor und Sandringham direkt zu einem Empfang durch die Königin nach Vlissingen gehen kann. Der Kaiser zeigt so der Welt gegenüber nicht bloß Deutschlands Neutralität, sondern auch Großbritanniens unverminderte Freundschaft für das Königreich der Niederlande und seine Herrscherin." Dann ist ja alles in Ordnung. Bei dem englischen Besuche ist wenig hervorgehoben worden, aber nicht unwichtig das augenscheinlich wärmere Verhältniß zwischen dem Kaiser und seinem Oheim, dem Prinzen von Wales, der nach menschlicher Berechnung bald die Krone Englands tragen wird."

Viertens, daß der Kaiser seinen Besuch auf Windsor beschränkte und vermied, sich in London als: „a friend in need is a friend in deed" feiern zu lassen, entspricht auch vollkommen seiner neutralen Haltung.

Fünftens hat man die entschiedene Sprache, welche der Staatssekretär des Äußern bei Gelegenheit der Interpellation über die durch England in Beschlag genommenen deutschen Schiffe wählte, ebenfalls als den Ausdruck einer strengen Neutralität zu nehmen. In welcher insolenten Weise die Rede des Grafen Bülow, Seitens der englischen Presse kommentirt wurde, haben wir im zweiten Kapitel hervorgehoben. An diese offizielle Rede knüpften sich noch weitere Kommentare, welche sich auf die persönliche Haltung des Kaisers beziehen. Wir lassen hier einen Situations-Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten" folgen. Das Blatt schreibt in seiner Nr. 44, Vorabendblatt vom 27. Januar: „Der Kaiser und die deutsch-englischen Zwischenfälle. Durch eine Berliner Zeitung ist der Versuch gemacht worden, Äußerungen des Kaisers zu kolportiren, die ihn in Gegensatz zu der Volksstimmung bringen würden; es gehörte eine außerordentliche Unkenntniß der Verhältnisse dazu, um daran zu glauben. Wie nun dem „Hann. Cour." aus London

berichtet wird, hätte Königin Viktoria, überrascht durch die Entschiedenheit und Schärfe im Tone der Rede Bülows, sich direkt an den Kaiser gewandt und die Antwort erhalten, „daß der Souverän den berechtigten Wünschen der deutschen Nation Rechnung tragen müsse und darauf hingewiesen hätte, wie wenig gerade die englische Regierung thäte, um ein freundliches Einvernehmen herzustellen." Dazu bemerkt die „Deutsche Zeitung":

„Uns ist eine private Äußerung des Kaisers bekannt geworden, die mit der hier zum Ausdruck gekommenen Auffassung nicht nur übereinstimmt, sondern in antienglischem Sinne noch darüber hinausgehen würde. Auch wird in unterrichteten Kreisen behauptet, daß der Kaiser seinen Räthen gegenüber durchaus der Vertreter der schärferen Tonart sei. Wenn deshalb ein Montagsblatt dieser Tage zu berichten wußte, der Kaiser habe sich beim Empfange des Landtagspräsidiums mißbilligend über das Verhalten der nationalen Presse ausgesprochen, es erschwere ihm seine Aufgabe, Reibereien mit England zu vermeiden, so ist diese Meldung offenbar auf das Sensationsbedürfniß des neu gegründeten Blattes zurückzuführen. Aus parlamentarischen Kreisen ist sofort nach dem Empfang auf's Bestimmteste versichert worden, daß Fragen der Politik dabei überhaupt nicht berührt worden sind."

Diese Auslassung entspricht, wie mit aller Bestimmtheit versichert werden kann, durchaus den wirklichen Verhältnissen."

Der „Reichsbote" bemerkt zu derselben Angelegenheit in der ersten Beilage zu seiner Nr. 21, vom 26. Januar: „Über einen angeblichen Briefwechsel zwischen der Königin Viktoria und Kaiser Wilhelm wird aus London geschrieben: Die Rede des Grafen Bülow, die von der englischen Presse ziemlich obenhin behandelt wird, hat in den hiesigen Regierungskreisen einen sehr peinlichen Eindruck hervorgerufen, und da man mit gutem Grunde annimmt, der deutsche Minister des Äußern würde sich nicht so scharf ausgedrückt haben, wenn er nicht das Einverständniß Kaiser Wilhelms vorher eingeholt hätte, so sind Versuche gemacht worden, die Königin Victoria zu veranlassen, sich in der Sache direkt an den deutschen Herrscher zu wenden. Das ist auch geschehen, aber die Antwort eingetroffen, daß der Souverän den berechtigten Wünschen der deutschen Nation Rechnung tragen müsse und darauf hingewiesen hätte, wie wenig gerade die englische Regierung thäte, um ein freund-

liches Einvernehmen herzustellen. — Die Sache würde nicht gerade im Gebiet des Unmöglichen liegen, aber man muß sie doch sehr bezweifeln. Schließlich würde auch wenig durch sie an den Dingen geändert. — Die Angabe, welche die „Montagsztg." über angebliche Äußerungen des Kaisers zu den Präsidien des Landtages verbreitet hat, werden von der englischen Presse sofort als Beweise für die „Englandfreundschaft" des Kaisers verwerthet. „Globe" macht sogar den für den Kaiser geradezu beleidigenden Schluß daraus, daß der Kaiser die Erregung in den Volkskreisen über die Beschlagnahme der deutschen Schiffe nicht theile."

Die „Deutsche Zeitung" behauptet, der Kaiser sei der Vertreter der schärferen Tonart gegenüber England. Dem „Berliner Tageblatt" wird in der Abendausgabe der Nr. 612, vom 1. Dezember 1899, aus Petersburg geschrieben: „Kaiser Wilhelm's Reise nach England ist in Rußland vom Publikum und der Presse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Was die russische Presse betrifft, so hat sie sich, nachdem der intime private Charakter des Besuches vom Kaiser so ostentativ hervorgehoben worden war, bei Besprechung der Windsorer Zusammenkunft, auffallend objektiv und kühl verhalten und den englischen Übertreibungen anläßlich des Empfanges einiger britischer Staatsmänner durch Kaiser Wilhelm keinen Glauben geschenkt. In den diplomatischen Kreisen Petersburgs ist man erst recht über die, dem Besuche in Windsor mangelnde politische Bedeutung, völlig im Klaren und hat für die Wippchen und Mätzchen derjenigen britischen Blätter, die aus der einfachen Thatsache der Anwesenheit Kaiser Wilhelm's auf dem Boden Englands im gegenwärtigen Moment klingende Münze zu Gunsten der Politik Albions zu schlagen vermeinen, nur ein überlegenes Achselzucken übrig. In diesen Kreisen glaubt man zu wissen, daß Kaiser Wilhelm gleich dem Czaren, von der ethischen Seite des bedenklichen Abenteuers, in das sich England unter der traurigen Ägide Rhodes-Chamberlain Hals über Kopf gestürzt hat, keineswegs erbaut ist. Man vermuthet sogar, daß der Kaiser in seiner offenen, energischen Art mindestens dem Prinzen von Wales und Chamberlain gegenüber aus seinem abfälligen Urtheil über das von britischer Seite heraufbeschworene Blutvergießen in Südafrika, kaum ein Hehl gemacht haben wird."

Dieser Meinung schließen auch wir uns an. Der psychologische

Widerspruch, nicht minder der Defekt an Logik, welche sich ergeben müßten, wenn der Kaiser den Raubeinfall Jameson's verurtheilt, den Raubkrieg aber billigt, führen zu der Annahme, daß der Kaiser in vertrauten Kreisen die englische Politik in Südafrika entschieden mißbilligt und er nur aus Gründen der allgemeinen deutschen Politik — die er für richtig hält —, nicht offen mit seiner Mißbilligung hervortritt. Leute, welche über die deutsche Politik anderer Meinung sind, zu welchen auch wir gehören, können des Kaisers Zurückhaltung bedauern, müssen dabei aber einräumen, daß die persönliche Ansicht Wilhelm II., nicht weniger moralischen Werth hat, als die ihr entgegengesetzte. Was den Kaiser in seinen politischen Ansichten binden dürfte, ist sein Mißtrauen, oder vielleicht nur sein geringes Vertrauen, auf das „russisch-französische Einvernehmen", dem er sich nicht durch Fallenlassen Englands preis geben will. Der Kaiser mag fürchten, daß durch die Degradirung Englands zu einer Macht zweiten oder dritten Ranges die Machtverhältnisse zu sehr zu Gunsten Rußlands und Frankreichs verschoben würden. Der Kaiser möchte einen Rückhalt an England nicht vermissen und hofft vielleicht, die Stellung des Zweibundes gegen das Inselreich, zum Vortheile für Deutschland ausnützen zu können. Wir verstehen diese Politik sehr wohl, aber wir halten ihre Prämissen nicht für richtig. In dem Maße, als durch Englands Niedergang die Machtverhältnisse Rußlands und Frankreichs wachsen würden, wüchsen doch auch die des Deutschen Reiches, eine Voraussetzung, die nur angezweifelt werden könnte, wenn man annähme, daß Deutschland durch eine völlig unfähige, miserable Diplomatie vertreten wäre, und daß an der Spitze des Reiches kein Wilhelm II. stände. Wir brechen dieses Thema hier ab, auf welches wir eingehend im letzten Kapitel zu sprechen kommen werden. Wir schließen den Abschnitt, indem wir unserer Überzeugung Ausdruck geben: daß zwischen den Gesinnungen des Kaisers, die er durch das Telegramm vom 3. Januar 1896 an den Präsidenten der transvaalischen Republik, Herrn Krüger, öffentlich zu erkennen gab, und solchen, welche durch den von England provocirten südafrikanischen Krieg entstanden sind, kein „innerer" Widerspruch besteht. Des Kaisers jetzige Haltung hat sicher keine retroaktive negative Bedeutung für seine politischen Ansichten v. J. 1896. Wir können nicht glauben, daß der Kaiser die von ihm durch den damaligen

Staatssekretär Freiherrn von Marschall an den deutschen Botschafter in London gerichtete „Note vom 1. Januar" bedauert, in der gesagt ist: „an die englische Regierung die amtliche Anfrage zu stellen, welche Schritte sie zu thun gesonnen sei, um den durch den Einbruch bewaffneter Banden von dem englischen Protektoratsgebiete in das Territorium des Transvaalstaates geschaffenen, völkerrechts- und vertragswidrigen Zustand zu beseitigen".

Ebenso wenig dürfte der Kaiser in seinem Innern bedauern, am 3. Januar an Krüger telegraphirt zu haben: „Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hülfe befreundeter Mächte zu appelliren, mit Ihrem Volke gelungen ist, in eigener Thatkraft gegenüber den bewaffneten Schaaren, welche als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit des Landes gegen Angriffe von außen zu wahren."

Was Großbritannien durch den von ihm den Buren aufgezwungenen Krieg will, ist doch nichts anderes, als ihnen ihre Unabhängigkeit zu nehmen. Der jetzige Krieg ist nur eine wesentlich vermehrte Auflage des Jamesonischen Raubeinfalles. Die politischen Konjunkturen sind jedoch gegen 1896 wesentlich durch die viel weiter gesteckten Grenzen verändert. 1896 konnte England den Einfall Jameson's desavouiren, es konnte sich selbst den Anschein geben — wie es auch der Fall war — ihn zu bestrafen, während es jetzt für denselben Zweck, den der Einfall hatte, offen und mit Einsetzung seines ganzen Ansehens und seiner weltpolitischen Bedeutung eintritt. Ein Zurückweichen oder eine endgültige Niederlage bedeutet seine Degradirung zu einer Macht zweiten oder dritten Ranges. England kämpft jetzt um seine Existenz nicht weniger, als die Buren für die ihrige. Daß es sich um einen infamen Krieg handelt, den England muthwillig provocirt hat, ist eine Sache für sich. Wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, handelt es sich weit mehr um die Frage: „soll England seine bisherige Bedeutung für die Welt verlieren, oder nicht", als um die: wer trägt an diesem Kriege die ganze, volle Schuld? Vor der ersten Frage steht auch der Kaiser und die ganze „politische" Welt. Die beiden Fragen müssen getrennt behandelt werden, und darf man sie als Realpolitiker nicht mit einander vermengen. Wir dürfen überzeugt sein, daß sie auch der Kaiser getrennt hat. Man darf von Wilhelm II. wohl voraussetzen,

daß es für ihn peinlich ist, die Note an den deutschen Botschafter in London vom 1. Januar 1896 und sein Telegramm an Krüger vom 3. Januar desselben Jahres mit seiner „jetzigen Haltung" zu vergleichen. Durch jene wird die englische Regierung *ohne Ansuchen Transvaals sehr kategorisch interpellirt, während jetzt eine Intervention* unterbleibt, obgleich die beiden Burenstaaten darum gebeten haben. In dem Telegramm wird Krüger gratulirt: „auch ohne fremde Hülfe die bewaffneten Schaaren zurückgeschlagen und die Unabhängigkeit aufrecht erhalten zu haben", während jetzt, wo es sich doch um *dieselbe Unabhängigkeit*, um denselben „*Vertheidigungskampf*" handelt, der Kaiser von den brillanten Siegen nicht allein keine Notiz genommen, sondern ihnen auch die schmerzliche Geringschätzung erwies, keinen Offizier in ihr Hauptquartier zu senden, während die Engländer einen erhalten haben. Zu dieser total verschiedenen Haltung gegenüber zwei Fällen, die eine und dieselbe Grundlage besitzen, wird sich der Kaiser nicht leichten Sinnes entschlossen haben, um so weniger, als er bis jetzt niemals eine Veranlassung gab, um an seinem Rechtsbewußtsein zu zweifeln, im Gegentheil! wir haben nur Ursache, es sehr hoch zu halten, und möchten an die Worte erinnern, die er bei Gelegenheit der Herausgabe des „Welfen-Fonds", an Freiherrn von Hammerstein-Loxten schrieb: „*Recht muß doch Recht bleiben*".

Daß der Kaiser dieser Sentenz in Bezug auf die Buren untreu wurde, daß er eine Haltung angenommen, welche ihr widerspricht, kann ihm bei seinem Rechtsbewußtsein nicht leicht geworden sein. Die Rücksichten, die er der veränderten Lage bringt, aus welcher eine Existenz-Frage für England erwuchs, müssen als Ursache seines Verhaltens betrachtet werden. Wir verstehen des Kaisers Politik, aber wir billigen sie nicht.

III. Abschnitt.

Material zur Auffassung, daß es sich um eine äußerst „wohlwollende" Neutralität für England handelt.

Häufiger noch, als in dem vorigen Abschnitte hat man es hier mit unkontrollirbaren Nachrichten und mit theils augenscheinlichen willkürlichen Annahmen und Voraussetzungen zu thun, die aber einmal in den Rahmen der Diskussion gehören, und welchen man eine kommentatorische Bedeutung vornweg nicht absprechen darf. In der hohen Politik sind öfter einige hingeworfene Worte, kurze Andeutungen und Bemerkungen von der größten Wichtigkeit, obgleich sie Anfangs von Vielen gering geachtet werden und man ihnen keine Bedeutung schenkt. Auch die Orte, wo solche Andeutungen und Besprechungen geschehen, sind oft nicht maßgebend für ihren politischen Werth. Man wird sich vielleicht erinnern, daß im Anfange der Bismarckischen Fronde wir nicht selten wichtige Besprechungen und Notizen durch den „Pester Lloyd" erfuhren, dessen Namen man bei uns früher kaum kannte, so daß auch wir bis zum Rücktritt des Frhrn. v. Marschall auf ihn abonnirten. Ebenso gewannen auch plötzlich die „Züricher Zeitung", der „Hamburger Correspondent", die „Saale-Zeitung" eine gewisse politische Bedeutung, die sie früher nicht hatten. Wir lassen nun die Artikel und Nachrichten folgen, welche als symptomatisch für die Haltung der deutschen Politik in dem südafrikanischen Kriege gelten müssen. Der „Frankfurter Zeitung", zweites Blatt Nr. 340, vom 8. Dezember 1899 entnehmen wir aus der Abtheilung: Privattelegramme, Nachstehendes: „Berlin, 7. Dezember. Mit einer gewissen Erregung behandeln einzelne Blätter Meldungen der „Times" und der „Morning Post" aus Berlin (Vergl. unter „Tagesrundschau" im Abendbl. Red.), in denen als Auffassung der kompetenten Stelle in Berlin hingestellt wird, daß die deutsche Regierung jetzt über die Selbstständigkeit Transvaals und über die deutschen Interessen in der Delagoabai einer andern Ansicht sei als die, welche Frhr. v. Marschall 1895 im

Reichstag darlegte. Jene Darlegung habe nur noch eine historische Bedeutung. Verschiedene, namentlich konservative Blätter künden an, daß der Staatssekretär, Graf Bülow, darüber im Reichstage befragt werden wird. Die „Kreuzztg." schreibt:

„Wir unsererseits können nur nochmals den dringenden Wunsch aussprechen, daß von autoritativer Stelle aus recht bald eine möglichst erschöpfende Klarstellung erfolge. Die unkontrollirbaren Gerüchte, die von englischen Ministern, Politikern und Zeitungen in die Welt gesetzt werden, mögen den britischen Sonderinteressen ja recht förderlich sein, zur Beruhigung der durch Chamberlain's Rede trotz Allem besorgten öffentlichen Meinung in Deutschland sind sie aber nicht geeignet. Daß eine solche jedoch baldigst dem wachsenden Unbehagen steuere, ist schon im Interesse der Regierung selbst äußerst wünschenswerth.

Wie man sich an hiesiger maßgebender Stelle die Ordnung der Dinge in Südafrika denkt, wird auch bei der bevorstehenden Etatsberathung nicht zu erfahren sein, denn diese Ordnung der Dinge hängt doch zunächst vom Ausgang des Krieges ab, und dieser Ausgang ist so unsicher wie nur je. Jede Äußerung von autoritativer Seite im Reichstage würde zur Zeit als eine Verletzung der Neutralität wirken. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Londoner Konvention von 1884 durch den Krieg beseitigt ist und daß nach dem Kriege neue Verhältnisse zu schaffen sind und daß dabei Deutschland vom Standpunkt seiner Interessen Stellung zu nehmen haben wird. In diesem Zusammenhange mag englischen Korrespondenten gegenüber die Wendung gebraucht worden sein, daß die bekannte Erklärung Marschall's im Reichstage oder eine Unterhaltung über diese nur noch historischen Werth habe. Es sind und werden eben durch den Krieg ganz neue Verhältnisse geschaffen. Im Übrigen gehört kein besonderer Scharfsinn dazu, um zu erkennen, daß die Auffassung der deutschen auswärtigen Politik über die Wahrung unserer Interessen in Südafrika und über unser Verhältniß zu Transvaal, im Laufe der letzten vier Jahre starke Wandlungen erfahren hat. Die Andeutung aber, daß in dem deutsch-englischen Geheimvertrage, der sich im Wesentlichen auf die portugiesischen Besitzungen in Südafrika bezieht, auch Abmachungen über die Selbstständigkeit Transvaals enthalten seien, halten wir für unzutreffend. Der Geheimvertrag wird durch den Krieg wenig oder

gar nicht berührt, und wir glauben, daß auch jetzt im „Reichsanzeiger" darüber nichts mitgetheilt werden wird."

Zu demselben Thema äußert sich die „Deutsche Tageszeitung" in ihrer Nr. 573, Morgenblatt vom 7. Dezember v. J. Sie sagt: „Vom geheimnißvollen deutsch-englischen Afrika-Abkommen. Der Berliner Korrespondent der „Times" behauptet, auf seine Anfrage, ob die Meldung richtig sei, daß die deutsche Regierung über die deutschen Interessen in Transvaal und in der Delagoabai noch dieselben Ansichten hege, wie im Februar 1895, sei ihm von „kompetenter Seite" folgende Erklärung gegeben worden: Die Ansichten von den deutschen Interessen, die Staatssekretär v. Marschall im Jahre 1895 aussprach, hätten jetzt nur noch die Bedeutung einer historischen Reminiscenz. Erfordernisse zum Schutze der deutschen Handelsinteressen, die 1895 als unerläßlich schienen, brauchten gegenwärtig nicht nothwendig auch noch dafür zu gelten, und es sei sehr wohl denkbar, daß das geheime deutsch-englische Abkommen den Gegenstand der Marschall'schen Depesche von 1895 ganz anders behandle. Eine autoritative deutsche Erklärung über diesen wichtigen Punkt sei vorläufig allerdings nicht zu erwarten, weil sie den Anschein einer Neutralitäts-Verletzung dem Transvaal gegenüber erwecken könnte. Wahrscheinlich werde Deutschland erst dann seine Stellungnahme ausdrücklich erklären, wenn der Krieg vorüber sei oder eine entscheidende Wendung genommen habe. — Auch der Berliner Korrespondent der „Morning Post" behauptet, „an maßgebender Stelle" versichert worden zu sein, daß die deutsche Regierung sich an die Erklärung des Freiherrn von Marschall über die Delagoabai und die Konvention von 1884 nicht mehr für gebunden erachte. Die Delagoabai-Frage sei heute nicht mehr dieselbe wie 1895, und es sei lächerlich, anzunehmen, England werde, nachdem es einen Krieg begonnen habe, der auf Veränderung des status quo in Transvaal abziele, sich durch eine Konvention die Hände binden lassen, die von Buren und Engländern gleichmäßig längst zum alten Eisen geworfen sei. „Formelle" Verhandlungen zwischen Deutschland und England hätten mit Bezug auf die Zukunft der Republiken nicht stattgefunden, weil Deutschland fühle, daß der britische Grundsatz der Handelsfreiheit die beste Gewähr für die Sicherheit der deutschen Handelsinteressen biete.

So werden wir also wieder einmal aus englischen Blättern

über Dinge belehrt, die von der allergrößten Wichtigkeit für Deutschland sind. Ist denn das deutsch-englische Afrika-Abkommen wirklich so beschaffen, daß es allein die Engländer erfreuen und daher den Korrespondenten englischer Blätter darüber bereitwillig Aufklärungen gegeben werden, während man es vor Deutschland in den dichtesten Schleier des Geheimnisses hüllt? Wenn das wahr ist, was „Times" und „Morning Post" berichten — dann allerdings kann man diese Geheimthuerei verstehen! Über die Sache selbst braucht man kaum ein Wort zu verlieren. Was Freiherr v. Marschall im Februar 1895 über das deutsche Interesse an der Unabhängigkeit des Transvaal und an der Aufrechterhaltung des status quo bezüglich der Eisenbahnen und der Delagoabai gesagt hat, das gilt genau ebenso noch heute — heute eher noch in verstärktem Maße. Denn seit jener Erklärung v. Marschall's hat sich nichts ereignet, was eine Änderung unseres Standpunktes begründen könnte. Daß England in Südafrika in frivoler und brutaler Weise einen Krieg provozirt hat, das kann doch alles andere eher, als eine Begründung eines solchen Sinneswechsels sein. Das einzige Tröstliche in obigen Meldungen wäre die Mittheilung, daß eine autoritative Erklärung der deutschen Regierung über ihre Stellungnahme erst dann erfolgen solle, wenn der Krieg entweder vorüber sei oder eine entscheidende Wendung — natürlich zu Gunsten Englands — genommen habe. Auf Beides wird man recht lange warten können. Das deutsche Volk ist aber nicht geneigt, sich so lange mit der bisherigen Ungewißheit abzufinden, und das fernere Schweigen der deutschen Regierung würde auch nicht gerade geeignet sein, das Vertrauen zu ihr zu stärken. Wir erwarten daher, daß dem Grafen Bülow im Reichstage Gelegenheit gegeben werde, uns über unsere Beziehungen zu England endlich einmal reinen Wein einzuschenken."

In welcher Weise die englischen Blätter, und ihnen voran die „Times", dieses „deutsch-englische Abkommen", worunter nur der „Eventual-Vertrag" in Bezug der Austheilung der portugiesischen Kolonien verstanden sein kann, behandeln und ihre Freude äußern, daß dieser Fall durch die Haltung der portugiesischen Politik jetzt ausgeschieden sei, werden wir am Ende dieses Kapitels zur Sprache bringen.

Aus London wird vom 5. Dezember 1899 gemeldet: „Der

„Manchester-Guardian" und die „Birmingham-Post" berichten, sowohl die Königin Victoria, als auch der Prinz von Wales hätten Briefe vom deutschen Kaiser erhalten, worin der Kaiser versichert, er, die Kaiserin und die beiden Prinzen hätten an dem Besuch in England so viel Freude gehabt, daß ihre ohnehin schon großen Erwartungen weit übertroffen seien. Der Kaiser fügte hinzu, er hoffe, sein Besuch werde etwas dazu beitragen, die augenscheinlich wachsende Freundschaft zwischen Großbritannien und Deutschland zu verstärken, eine Freundschaft, die, wie er glaube, den beiden Reichen in Zukunft großen Nutzen bringen könnte."

Wir haben diese Briefe nicht gelesen, sie auch nicht im „Reichsanzeiger" gefunden, sind daher berechtigt, sie als ein Phantasie-Produkt der englischen Redaktionen zu halten, eine Annahme, die schon dadurch eine absolut sichere Unterlage erhält, als man mit Bestimmtheit vorauszusetzen hat, daß sich der Kaiser doch keiner Unwahrheit schuldig macht, die in der Behauptung liegt: „Zwischen Großbritannien und Deutschland bestände gegenwärtig eine wachsende Freundschaft". Wir müssen gegen diese Unverschämtheit der englischen Presse protestiren, in welcher sie den deutschen Kaiser politisch festlegen möchte und ihm Unwahrheiten in den Mund legt, die von allen deutschen Blättern nur durch die „englische" „Kölnische Zeitung" lancirt werden. Wie die englische Presse vor der Kaiserreise Wilhelm II. politisch vergewaltigen wollte, so auch nach der Reise. Nicht anders hat sie es auch mit dem jetzigen Herzog von Koburg während seines Aufenthaltes in Rußland versucht. Wer diesen Engländern den Finger reicht, der wird gleich am ganzen Arm gefaßt, denn Anstandsgefühl und Diskretion kennen diese Leute nicht, weil bei ihnen immer der auf- und zudringliche Krämer zum Vorschein kommt. Geht man die „deutsche" Presse aller Parteien durch, so wird man mit Ausnahme des „Vorwärts" von keiner „wachsenden Freundschaft für England" etwas finden, wohl aber von der allerdings stets wachsenden Abneigung gegen England.

Den „Berliner Neuesten Nachrichten", Abendausgabe Nr. 594, vom 19. Dezember v. J., entnehmen wir nachstehende Notiz: „Die „Birmingham Post" weiß zu melden, Kaiser Wilhelm habe in speziellen Mittheilungen an die Königin Victoria seine große Bewunderung für die von englischen Truppen bewiesenen Eigen-

schaften ausgedrückt und die Hoffnung ausgesprochen, daß die britischen Waffen bald Erfolg haben möchten". Hierzu bemerkt das Berliner Blatt: „Diese Mittheilung ist mit Vorsicht aufzunehmen. Wir glauben, daß, wenn eine Kundgebung des Kaisers stattgefunden, diese sich auf das Gebiet rein menschlicher Empfindungen beschränkt hat, welche Jedermann ohne Rücksicht auf besondere Stellung zu der südafrikanischen Frage hegen und äußern kann. Für ausgeschlossen halten wir es, daß in Äußerungen Sr. Majestät irgend eine politische Andeutung enthalten sein könnte, wie sie von dem englischen Blatt dem Kaiser zugeschrieben wird."

Dieselbe Notiz wird auch von dem „Würzburger Journal" besprochen und bemerkt das fränkische Blatt dazu: „Die Bewunderung über die Erfolge der Engländer in Südafrika wird aber vom deutschen Volke nicht getheilt."

Von symptomatischer Bedeutung für die Haltung der deutschen Politik ist der Versuch, den Fürsten Bismarck von dem „Odium" zu befreien, in ihm einen Gegner Englands zu sehen. Bei dieser Bemühung geht man nun gleich einen Schritt weiter und probirt, aus dem angeblichen Feinde Englands einen Freund zu „fabriciren", indem man sich die Mühe gab, aus den Reichstagsreden des ersten Kanzlers vom Jahre 1876 bis 1889 Stellen herauszureißen, die eine freundliche Tendenz für England enthalten. Wegen der Länge dieses Auszuges müssen wir darauf verzichten, ihn hier wieder zu geben. Dem „Berliner Tageblatt", Nr. 74, Morgen-Ausgabe vom 10. Februar, entnehmen wir folgende Nachricht: „Eine sensationelle Meldung bringt die konservative „Hallische Zeitung", indem sie sich aus Berlin melden läßt: „Der Kaiser habe dem Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg telegraphisch sein Befremden darüber ausgesprochen, daß der Herzog einem Vertreter des Pariser Blattes „Eclair", des Blattes Generals Mercier, Audienz gewährt und sich in politische Diskussion mit ihm eingelassen hat. Wie erinnerlich, sollte der Herzog über eine eventuelle gemeinschaftliche antienglische Aktion Deutschlands und Frankreichs seine Ansichten kundgegeben haben. So sehr der Herzog-Regent auch das Recht hat (wirklich?), seine persönlichen Ansichten über auswärtige Politik zu hegen, so wenig verbindlich sind sie natürlich für die Leitung unserer Staatsgeschäfte. Man geht vielleicht nicht fehl, wenn man den zweimaligen Besuch, den vorgestern der Kaiser dem hiesigen

englischen Botschafter abgestattet, in der Klarlegung dieses Verhältnisses in näheren Zusammenhang bringt."

Zu derselben Angelegenheit äußert sich der „Reichsbote" in der ersten Beilage zu seiner Nr. 34, vom 10. Februar, wie folgt: „Der „Hallischen Zeitung" meldet ihr Berliner Korrespondent, daß angeblich der Kaiser dem Herzog-Regenten Johann Albrecht von Mecklenburg telegraphisch sein Befremden darüber ausgesprochen hat, daß der Herzog einem Agenten des Pariser Blattes „Eclair" Audienz gewährt und sich in politische Diskussion mit ihm eingelassen hat. Die Nachricht ist wenig wahrscheinlich; die englische Presse giebt sich allerdings mit dem Dementi der „Mecklenburg'schen Nachrichten" noch nicht zufrieden und sucht gegen den deutschen Bundesfürsten, dem doch schließlich, wie jedem Anderen seine persönliche Meinung freisteht, als angeblichen Mittelpunkt der englandfeindlichen Agitation ein weiteres Kesseltreiben zu veranstalten. Das wird den Herzog wenig anfechten und uns noch weniger."

Sollte diese Kombination richtig sein, so wäre sie jedenfalls ein Beweis für die „äußerst wohlwollende" Neutralität, welche der Kaiser in dem südafrikanischen Kriege England erzeigt. Betrachten wir sie in Bezug auf das Verhältnis, in dem der Kaiser auf Grund der Reichsverfassung zum Regenten von Mecklenburg, wie überhaupt zu allen anderen Bundesfürsten steht, so muß man ihr die Glaubwürdigkeit direkt absprechen. Vorausgesetzt, daß sie wirklich richtig sein sollte, was wir nicht annehmen, so bleibt nur übrig, daß der Kaiser in „freund- und verwandtschaftlicher Weise" sich an den Regenten gewendet hat, der, da er kein Hohenzoller ist, auch nicht unter dem Hohenzollern'schen Hausgesetze steht, das unter Wilhelm II. eine sehr scharfe Anwendung erfahren kann, wie man sich vielleicht noch zu erinnern vermag. Übrigens wollen wir im Allgemeinen nicht gerade in Abrede stellen, daß hinsichtlich mancher Vorkommnisse, zwischen dem Kaiser und den Bundesfürsten sich schon Verhältnisse ergeben haben, die Wissenden gegenüber eine gewisse Ähnlichkeit mit obiger Kombination besitzen. Die Grenzen eines Verhältnisses, in dem man „nur der Erste unter Gleichen ist", bedürfen einer äußerst sorgfältigen Beachtung und können von temperamentvollen Persönlichkeiten leicht überschritten werden, wodurch Stimmungen entständen, die man als „Mißstimmungen"

bezeichnen müßte. In unserer Registratur befindet sich Manches, das als Kommentar zu diesem Thema betrachtet werden kann.

Der „Germania", Nr. 21, erstes Blatt vom 27. Januar, entnehmen wir einen Artikel, der sich auf die viel bestrittene Äußerung des Kaisers gegenüber dem Präsidium des Herrenhauses bezieht. Die „Germania" schreibt: „Es war berichtet worden, daß sich der Kaiser beim Empfange des Präsidiums des Herrenhauses dahin geäußert habe, daß ein Theil der deutschen Presse durch die Art, wie aus Anlaß der Beschlagnahme deutscher Schiffe gegen England geschürt würde, einem zu erwartenden friedlichen Ausgleich der Differenzen nur hinderlich sein könne. Offenbar zielte der Kaiser dabei auf die Presse von der Tonart der Alldeutschen ab. Es ist versucht worden, die fragliche Äußerung des Kaisers als nicht gethan zu bestreiten. Ein Organ, die „Deutsche Zeitung", behauptet sogar, in gänzlicher Verkennung der Anschauungen des Kaisers, dieser sei seinen Räthen gegenüber, durchaus der Vertreter einer schärferen Tonart gegenüber England. Die Berliner „Volkszeitung" kann dem gegenüber „auf Grund zuverlässiger Informationen" mittheilen, daß der Kaiser sich nicht nur thatsächlich im Sinne der früheren Meldung geäußert, sondern daß er auch in sehr deutlicher Weise seine Verwunderung über die, zu den offiziellen deutsch-englischen Beziehungen in schroffem Widerspruch befindliche, allzu kampflustige Stimmung der chauvinistischen Presse begründet hat. Die Rede Bülows, in welcher dieser betonte, wie sehr Deutschland wünschen muß, mit England in Frieden zu leben, deckt sich nach dieser Richtung hin vollkommen mit den Anschauungen des Monarchen."

Diese Äußerung ist etwas naiv, denn wir möchten überhaupt einen Minister sehen, der im gesetzgebenden Körper in einer Weise große politische Fragen behandelte, ohne sich durch die höchste Stelle gedeckt zu wissen, und nun gar unter einem Wilhelm II., der in Wirklichkeit „sein eigener Kanzler ist". Der König von Preußen und deutsche Kaiser „herrscht" nicht nur, er „regiert" auch, dafür hat er die höchste Verantwortung übernommen, die, obgleich sie in den Verfassungen nicht enthalten ist, doch in moralischer Hinsicht auf ihm lastet.

Als eine der vielen Imponderabilien, die hinsichtlich der Stellungnahme des Kaisers zum südafrikanischen Kriege herum-

schwirren, wird auch der Besuch des von seiner ostasiatischen Reise zurückgekehrten Prinzen Heinrich genannt. Die freundlichen Beziehungen des Wiener Kabinetts zu England, als die „neueren" Sentiments des deutschen Kaisers für das Inselreich sind bekannt. Die ganz unerwartete Begrüßung des Prinzen von Wales am 19. April d. J. durch den Kaiser in Altona, giebt Zeugniß von diesen Gefühlen.

Wie vorauszusehen war, ließ sich die englische Presse die Gelegenheit nicht entgehen, aus dieser Begrüßung politisches Kapital zu schlagen und den Kaiser wiederum gegen die öffentliche Meinung in Deutschland auszuspielen. Sehr treffend bespricht der „Reichsbote" in seiner Nr. 93 vom 22. April die Entrevue und die Ausnützung, die sie in England fand. Er schreibt: „Die Begrüßung des Prinzen von Wales durch den Kaiser in Altona ruft in Londoner leitenden Kreisen, wie dort berichtet wird, „den tiefsten Eindruck und außerordentliche Genugthuung hervor. Man betrachtet den Schritt des Kaisers zwar vornehmlich als einen Akt chevalereske Liebenswürdigkeit gegen seinen, einer großen Lebensgefahr entronnenen hohen Verwandten, ist aber auch bestimmt der Ansicht, daß ein so ausgesprochener Freundschaftsbeweis gegen den englischen Thronfolger der Welt als Beweis der guten Beziehungen zwischen England und Deutschland erscheinen und gerade jetzt, nach Ankunft der Burengesandtschaft, eine entschiedene Wirkung auf die internationale Politik zu Gunsten Englands ausüben werde. „Daily Telegraph" schreibt, die Begegnung sei zweifellos die wichtigste und bedeutsamste Folge des Attentats; sie würde in der ganzen Welt Aufsehen erregen. Der Schritt Kaiser Wilhelms sei nicht nur ein Beweis seiner Courtoisie gegen den englischen Thronfolger, sondern der sichtbare Ausdruck einer hohen und festen Freundschaft für England, Seitens der deutschen Regierung. Auch sei sie ein günstiges Omen dafür, daß der Kordialität beider Regierungen eine freundschaftliche Verständigung der beiden Völker folgen werde."

Es ist geradezu widerwärtig, zu sehen, wie die englische Presse, während sie fortwährend Deutschland und deutsche Interessen in der gehässigsten Weise bekämpft, alle Worte und Schritte des Kaisers zu Gunsten Englands auszunutzen und den Kaiser, wie die Regierung in einen schroffen Gegensatz zu der öffentlichen Meinung der

ganzen deutschen Nation zu bringen sucht. Die Begrüßung hat sicherlich lediglich eine verwandtschaftliche Bedeutung, die gerade durch das überstandene Attentat besonders nahe gelegt werde. Mit Politik hat sie sicherlich nichts zu thun, denn der Prinz von Wales hat ja selbst mit der Politik nichts zu schaffen; er ist reiner Privatmann und wird gerade in England als solcher betrachtet. Wie sollte da der deutsche Kaiser dazu kommen, ihn als politische Größe zu behandeln? England weist überdies jede Kundgebung auswärtiger Mächte in Bezug auf seinen Krieg mit den Buren zurück, wie sollte da der deutsche Kaiser dazu kommen, England eine ungewollte Sympathie-Kundgebung aufzudringen, durch die er sich noch dazu mit der öffentlichen Meinung von ganz Deutschland in Widerspruch setzen würde, zumal wenn sie hier zugleich als Antipathiekundgebung gegen die Buren und ihre Gesandtschaft ausgelegt wird! Freundschaften beruhen auf Gegenseitigkeit. Wir möchten aber wissen, was England gethan hat, das als Beweis von Freundschaft oder gar Kordialität gegen Deutschland — und die deutsche Regierung hat ja doch nur die Interessen Deutschlands zu vertreten — angesehen werden könnte! Das Vorgehen Englands auf Samoa, die Beschlagnahme deutscher Schiffe und die Behandlung der deutschen Post in Kapstadt beweist das Gegentheil von Freundschaft und Kordialität. Für solche englische Kordialität danken wir. Es ist neulich in einer offiziösen Kundgebung gesagt worden, an die Stelle von vertraulichen Beziehungen, sei jetzt der Zustand der Korrektheit zwischen Deutschland und England getreten — und als nichts Anderes als eine korrekte familiäre Anstandspflicht, die der Neffe dem, großer Lebensgefahr entronnenen Onkel erweist, ist offenbar auch diese Begrüßung des Prinzen von Wales anzusehen."

Eine Nachricht von großer politischer Bedeutung erfahren wir wiederum zuerst durch ein englisches Blatt, der „Globe" schreibt: „Wenn Graf Bülow's gestrige Rede im Reichstag der Bestimmtheit zu entbehren scheint, wo er über die Beziehungen Deutschlands zu England spricht, so sind wir dafür in der Lage, eine Mittheilung zu machen, die jegliche Besorgniß darüber wegräumen wird. Es ist die bestimmte Absicht der deutschen Regierung, weder in dem Krieg in Südafrika zu interveniren, noch irgend welche Vorschläge in Betreff der Friedensbedingungen zu machen. Soweit Deutschland in Betracht kommt, wird uns überlassen bleiben, die Zukunft der

Republiken so zu erledigen, wie uns beliebt. Dies darf als absolut gewiß hingenommen werden. Es ist denn auch durchaus der Politik entsprechend, die sich dem Kaiser Wilhelm und den tüchtigen Staatsmännern zu seiner Seite, als die natürliche empfehlen muß. Deutschland besitzt weder ein sentimentales Interesse an den Buren, noch hat es irgend einen materiell maßgeblichen Grund, deren Unabhängigkeit herbeizuwünschen. Sein Interesse liegt sogar in der entgegengesetzten Richtung. Ein unabhängiger Afrikanderstaat würde dem deutschen Handel ein geschlossenes Thor präsentiren, während unter britischer Herrschaft der deutsche Handel so frei wäre, wie der englische. Die einzige denkbare Unzufriedenheit der Deutschen mit der britischen Herrschaft in den Republiken, wäre etwa in der Aussicht auf einen Trek der Buren in die deutschen Besitzungen in Südafrika begründet. Dies ist jedoch eine Eventualität, mit der die Berliner Regierung wohl fertig werden kann, wenn sie entsteht. Sei dem wie ihm wolle, Deutschland wird nicht interveniren. Die Bedeutung dieser Entschließung liegt auf der Hand. Sie entfernt die Möglichkeit jeder denkbaren Ursache eines Mißverständnisses zwischen den beiden Ländern. Falls sich eine Intervention hiernach offeriren sollte, so würde sie von anderer Seite herstammen, und wir werden wissen, wie wir uns damit abzufinden haben, wenn sie vorgeschlagen wird. Es kann nicht geglaubt werden, nach Lord Salisbury's emphathischer Erklärung, daß die britische Regierung in keinem Falle fremde Einmischungen dulden würde, aber die Zeit ist sicherlich gekommen, wo in klareren Worten, als bisher geschehen, ausgesprochen werden sollte, daß die Unabhängigkeit der Buren in jedweder Gestalt zu Ende ist. Nicht nur warten die reichstreuen Kolonisten gespannt auf jene Ankündigung, sondern sie würden auch geeignet sein, die europäische Atmosphäre zu reinigen. Die fremden Mächte haben darauf Anspruch, aus dem Mund der Minister selbst die unbeugsame Erklärung zu vernehmen, die die Entschließung des Landes darstellt."

Was der „Globe" Anfangs Februar verlangte und in Aussicht stellte, ist Mitte März zur Thatsache geworden; Deutschland hat nicht zu Gunsten der Buren intervenirt, hat deren Ansuchen zurückgewiesen, und England hat auch Amerika erklärt, daß es jede Intervention ablehnen müsse. Es lehnt die Intervention kühl ab, ohne die Macht zu haben, die Ablehnung durch Waffengewalt zu ver-

treten. Der „Daily Telegraph" verbreitet eine gänzlich unkontrollirbare Nachricht, durch welche der Kaiser abermals für England festgelegt werden soll. Er meldet, Kaiser Wilhelm habe aus Anlaß der Übergabe Cronje's an die Königin und den Prinzen von Wales Telegramme gesendet, „in denen er in „generösen" und freundlichen Ausdrücken auf das wichtige Ereigniß von Lord Roberts' Sieg bei Paardeberg Bezug genommen habe." Von Berlin liegt eine Bestätigung nicht vor, und dürften die Engländer wohl auch erfolglos auf sie warten. Als „deutscher Kaiser" hat Wilhelm II. sicher nicht telegraphirt, und was der Enkel seiner Großmutter und der Neffe seinem Onkel mittheilt, das wird überhaupt nicht bestätigt. Im Bereiche der absoluten Unmöglichkeit lägen die Telegramme gerade nicht, um so weniger, als wir die Vorliebe des Kaisers für sie kennen. In Bezug auf die wiederholten Versuche der englischen Presse: den Kaiser für die englische Politik fest zu legen, möchten wir die Publizisten jenseits des Kanals doch auf eine Pflicht der Anständigkeit aufmerksam machen, obgleich wir im Voraus wissen, daß sie für dieselbe kaum ein Fassungsvermögen besitzen. Indem Deutschland seine strenge Neutralität in dem südafrikanischen Kriege erklärt, ist es nicht anständig, den deutschen Kaiser in offenen Widerspruch zu ihr zu setzen und immer wieder zu versuchen, ihn gegenüber der deutschen Politik bloß zu stellen. Diese Vergewaltigung würde allerdings ihr Ende finden, wenn man sich entschließen könnte, ihr im „Reichsanzeiger" entgegenzutreten. Man darf beim Kaiser doch sicher voraussetzen, daß ihm diese fortwährenden Belästigungen durch die englische Presse nicht angenehm sind und es seinen Gesinnungen nicht entspricht, daß ihn die Engländer beständig gegen das deutsche Volk ausspielen, von dessen Gesinnungen der Kaiser doch jedenfalls unterrichtet ist.

Eine höchst sonderbare, für Deutsche jedenfalls sehr peinliche Illustration für die offizielle Neutralität des Deutschen Reiches gewährt das Verhalten des deutschen Konsulats in Port Elisabeth. Die „Deutsch-Sozialen Blätter" bringen in ihrer Nr. 609, vom 19. April, mehrere Zuschriften, die ihr Herausgeber, Herr Liebermann von Sonnenberg, aus Port Elisabeth erhalten hat. Wegen Rücksicht auf den Raum bringen wir nur einen Auszug von diesen Zuschriften aus der „Deutschen Zeitung", Nr. 92, vom 21. April. Er lautet: „Deutsche, die gehorsam auf Verlangen der englischen

Plebs zur Verherrlichung der „Heldenthaten englischer Truppen" viermal bis jetzt die englische Flagge gehißt haben:

Deutsches Konsulat, stellvertretender Konsul: gegenwärtig Herr John Schabbel (Firma: Dalldorff, Schabbel u. Co.);

L. Bülbring u. Co., Eisenwaaren-Importeure;

Ebell u. Co., Woll-Export (gelegentlich der ersten Beflaggung — Kimberley-Besetzung — hat man hier gewaltsam eine englische Flagge aufgezogen und Fenster eingeworfen; vielleicht hat der Konsul darüber in zartester Weise berichtet. Nachdem folgsam Flagge gehißt!);

Liebermmann, Bellstedt u. Co., Spirituosen- u. s. w. Importeure, hissen gar die deutsche Flagge!

Rolfes, Nebel u. Co., dgl., Agenten der Deutsch-Ostafrika-Dampf-S.-Ges. hielten auch für schicklich, gerade nachdem drei Schiffe ihrer Gesellschaft Seitens englischer Kriegsschiffe aufgebracht worden waren, die Ausschiffung englischer Söldner im Hafen von Port Elisabeth durch Flaggenhissen zu begrüßen!

Reiners, von Laer u. Co., Maschinen- u. s. w. Importeure, sollen früher R. van L. u. Co. firmirt haben!

Deutsche Liedertafel, deutsches Clubhaus unter englischer Flagge, Stütze des Deutschthums!

An der Spitze steht das deutsche Konsulat, das bei Ausbruch des Krieges die bekannte amtliche Kundgebung veröffentlichte, in der alle Reichsangehörigen zur Beobachtung strikteſter Neutralität angehalten wurden. Man sollte meinen, daß ein Konsul, der den Wünschen seiner Regierung so schroff entgegenhandelt, sein Amt verwirkt haben müßte. Über die Vergewaltigung der Firma Ebell u. Co. ist der deutschen Öffentlichkeit bisher nichts bekannt geworden. Entweder hat es also das Auswärtige Amt für zweckmäßig gehalten, dem deutschen Publikum den Vorgang vorzuenthalten, oder der stellvertretende deutsche Konsul hat eine abermalige Pflichtverletzung begangen, indem er über den Vorfall nicht berichtet hat. Jedenfalls zeigt der Fall von neuem, daß unsere Landsleute in Südafrika den Pöbelmassen des befreundeten englischen Reiches preisgegeben sind. Über das Verhalten der übrigen deutschen Firmen wäre kein Wort weiter zu verlieren, wenn sie nicht in etwas durch die allgemeine Schutzlosigkeit und durch das schlechte Beispiel der amtlichen Vertretung des Deutschen Reiches entschuldigt würden. Auf

die Angehörigen der anderen Nationen muß dies ganze Verhalten einen geradezu kläglichen Eindruck gemacht haben, zumal sich der Unterschied zwischen den deutschen und den anderen Nationen jedermann aufdrängte. Denn dem amerikanischen und französischen Konsulat ist es, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, nicht eingefallen, zu flaggen. Nachgerade geben wir alle Hoffnung auf, daß wir aus unserer englandfürchtigen Politik und damit aus derartigen nationalen Erniedrigungen herauskommen, so lange Graf Bülow noch an der Spitze des Auswärtigen Amtes steht. Nachdem die Erfahrungen mit dem deutsch-englischen Abkommen keine Sinnesänderung in ihm herbeigeführt haben, erscheint uns eine solche überhaupt für ausgeschlossen."

Gegenüber diesen erbärmlichen „Deutschen" kann man nur ein Gefühl der höchsten Verachtung empfinden. Sie tragen mit an der Schuld der Geringschätzung, die im Auslande immer noch auf den Deutschen lastet. Für solche Menschen paßt voll und ganz die Devise: „Ehre und Anständigkeit stehen außerhalb des Gesichtskreises des Geschäfts". Sie sind Gesinnungsgenossen der gebrandmarkten Kaufleute und Rheder, welche Ende des vorigen Jahres die Feigheit und Erbärmlichkeit hatten, aus Geschäfts-Interessen zu verlangen, das deutsche Volk sollte sich freundlich zu England verhalten; es sind Gesinnungsgenossen der Geschäftsleute, welche die Drohungen Amerikas wegen Erschwerung der Einfuhr seines schlechten, meist verdorbenen Fleisches unterstützen, sie sind auch Gesinnungsgenossen jenes Fabrikanten, der vor drei oder vier Jahren die dänischen Kunden um Entschuldigung wegen der Vorkommnisse*) in dem Seebade anflehte. Wir müssen mit Beschämung eingestehen, daß andere Nationen solche Subjekte gar nicht oder nur in den wenigsten Fällen besitzen, und daß alle ehrenhafte Deutsche nicht allein das Recht, sondern selbst die Pflicht haben, gegen so verkommene Volksgenossen strengstens vorzugehen und ihnen im Verkehr ihre Mißachtung

*) Da wir uns hier nicht am Sitze unserer Registratur befinden, können wir den Namen des Fabrikanten und die Details des Vorfalles nicht näher angeben. In der Hauptabteilung „Wirtschafts-Politik" befindet sich eine Unterabteilung mit der Überschrift: „Ehre und Anständigkeit stehen außerhalb des Geschäftskreises des Geschäftes". In dieser Abteilung sind alle die konkreten Fälle enthalten, für welche diese Überschrift paßt.

in keiner Weise vorzuenthalten. Wir sind immer noch viel zu nachsichtig mit diesen nationalen Neutras, mit diesem „Sachgeschlechte", das kein „Vaterland" kennt, und dessen Ehre seine Kassen sind.

In unserem Referate gelangen wir endlich auch einmal zu einer heiteren Mittheilung, welche jedoch in gewissen Kreisen eine hochgradige Erregung verursachen dürfte. Herr Dr. Karl Peters, der sich seit zwei Jahren im englischen Solde befindet, eilt England zu Hülfe und wirft seine ganze — bald hätten wir gesagt: „entsetzliche" — moralische Bedeutung für England ein. Dieser Gründer des „Alldeutschen Verbandes" protestirt in einem Briefe an die „Pall-Mall Gazette" gegen die Behauptung, daß alle Deutschen in der südafrikanischen Frage auf Seite der Buren stehen. Herr Peters rechnet sich demnach zu unserem Leidwesen noch immer zu den Deutschen, natürlich in keinem anderen Sinne und mit nicht mehr Berechtigung, als es der bekannte englische Artikelschreiber der „Kölnischen Zeitung" thut. Herr Peters schrieb: „Ich erlaube mir zu bemerken (wie höflich der Mann bei den Engländern geworden ist), daß nicht bloß viele (?) meiner Landsleute daheim (Herr Peters gehört demnach nicht mehr zum „Alldeutschen Verbande"), sondern auch viele Deutsche in Südafrika, wie ich in der Lage bin zu beweisen, und manche von den leitenden deutschen Staatsmännern (?) die Anschauungen der Engländer in der Burenfrage theilen. Ich bin überzeugt, daß die strikte (?) und wohlwollende Neutralität des deutschen Kaisers, viel dazu beigetragen hat, England in der gegenwärtigen Krisis kontinentale Verwickelungen zu ersparen, die andere Mächte gern über das Land gebracht hätten. In Deutschland repräsentirt der Kaiser die Nation in ihren internationalen Beziehungen. Ich möchte mir deshalb die Bemerkung erlauben, daß Ihre Landsleute auf die Meinungen einzelner (?) nicht zu großes Gewicht legen, sondern Deutschlands Standpunkt aus seiner offiziellen Politik beurtheilen sollten. Es wäre schade, wenn eine ernste Entfremdung der beiden verwandten (wir danken für diese Verwandtschaft) Nationen, die Folge des gegenwärtigen Krieges wäre."

Als wir die Bemühungen des Herrn Peters lasen, die angeblichen Verdienste des Kaisers um England, den Engländern klar zu machen, fiel uns unwillkürlich und ganz beziehungslos der Vers

Heine's ein: „Blamir mich nicht, mein schönes Kind, grüß' mich nicht unter den Linden".

Herr Peters ist ein „enfant terrible" schon für Manchen gewesen, auch ist man bei ihm nicht sicher, ob er nicht im klaren Bewußtsein seiner persönlichen internationalen Bedeutung, der er sich erfreut, andere Leute aus einer Bosheit lobt, wie in den siebziger Jahren der Nachfolger Lassalle's im „Allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein", Herr von Schweitzer — wie er sich ausdrückte —, nur aus Bosheit für die Aufhebung der Wuchergesetze stimmte.

In ähnlicher Weise als Herr Peters, jedoch mit ganz entgegengesetzten Intentionen, bespricht die „Deutsche Zeitung" den Einfluß, welchen die vom Kaiser befohlene deutsche Politik auf England und die übrigen Mächte äußert. In einem Artikel: „England-Politik in offiziöser Beleuchtung", schreibt das Blatt in seiner Nr. 25 vom 31. Januar unter Anderem: „Was unsere Politik jetzt thut, ist aber ganz etwas anderes. Sie unterläßt es freilich, gegen England zu stehen, aber sie geht darüber hinaus und tritt für England ein. Wir werfen zwar nicht Steine in den englischen Garten, aber wir verhindern, kraft unserer Freundschaft mit England, die uns nicht 'mal gestattet, einen militärischen Vertreter in's Hauptquartier der Buren zu senden (wie es selbst Staaten dritter Ordnung „wagen"), — wir verhindern, sagen wir, die anderen Mächte, Steine in den englischen Garten zu werfen.

Wir wissen sehr wohl, daß die äußeren Beziehungen zu Rußland augenblicklich sehr freundliche sind. Russische Offiziere haben wieder Zutritt zu militärischen Geheimnissen auf unserer Seite, wie das seit den Tagen Alexanders II. nicht der Fall gewesen ist. Aber diese Freundschaft kann trotz alledem niemals als politisch wirkender Faktor im Großen eingestellt werden, weil Rußland in Beziehung auf jede ernstere anti-englische Aktion nicht den Grad von Zutrauen zu uns haben kann, den es früher hatte. Darum wird es ferner auch doppelt interessiert zusehen, wenn England an dem befreundeten Deutschland weitergehende Liebesexperimente vorzunehmen Miene macht, die uns ohne erfolgreiche Zurückweisung auf eine Bahn bringen müßten, an deren Ende wir zu der Rolle eines zweiten Portugal kommen müßten."

Über die praktische Bedeutung, welche die Haltung Deutschlands in der englischen Krisis und auf die allgemeine politische

Lage ausübt, kann selbstverständlich kein Zweifel obwalten. Deutschland hat unter Kaiser Wilhelm II., England gegenüber dieselbe Rolle übernommen, die im deutsch-französischen Kriege Rußland in Bezug auf Deutschland einhielt, während zu dieser Zeit England eine „wohlwollende" Neutralität nur für Frankreich hatte, obgleich ja „Blut dicker als Wasser sein soll". Ohne die für Preußen so werthvolle „wohlwollende" Neutralität Rußlands, die, praktisch genommen, eine vollständige Rücken- und Seiten-Deckung bedeutete, wären die Flinten in Österreich schon vor Sedan losgegangen. In Folge des deutsch-französischen Krieges, kündigte Rußland am 31. Oktober 1870 den § 11 des Pariser Friedens-Vertrages vom 30. März 1856, nach welchem das Schwarze Meer für neutral erklärt, und Rußland gezwungen wurde, auf diesem Wasser seine Flotte aufzulösen. Das Czaren-Reich wurde demnach durch den deutsch-französischen Krieg von der ebenso demüthigenden als seine weitere Entwickelung unterbindenden Vertragsbestimmung befreit, und heute ist das Schwarze Meer nur ein russisches Wasser. Für England stand, und beziehungsweise steht auch heute noch, weit mehr auf dem Spiele, als 1870 für Deutschland, das den Feldzug sofort mit großen, ausschlaggebenden Siegen begann und ununterbrochen durchführte. England ist in seinem südafrikanischen Kriege Deutschland vollständig überlassen gewesen, und ist es heute noch, es wird seine Existenz nur und nur allein dem guten Willen des deutschen Kaisers zu danken haben, denn Deutschland im Verein mit Rußland und Frankreich hätte nicht allein die Auftheilung der englischen Kolonien, sondern die des ganzen britischen Reiches „dekretiren" können. Deutschland ist für England unter den gegebenen Umständen unverhältnißmäßig mehr werth, als es Rußland 1870 für Preußen und Deutschland war. Diese Thatsache, welche selbst ziffernmäßig bewiesen werden kann, mag dem britischen Hochmuthe wehe thun, aber wahr ist, daß England dem deutschen Kaiser seine weitere Existenz zu danken hat; ein „Dreibund" aus Rußland, Frankreich und Deutschland, stellt auf der ganzen Erde neue Grenzen und Verhältnisse her. Ob Deutschland je wieder in die Lage kommt, für England sein zu können, was es nun thatsächlich ist, das dürfte eine große Frage sein, ob aber England Deutschland gegenüber dankbar für seine Existenz-Erhaltung sein wird, das unterliegt unserer Überzeugung nach — — keiner Frage, denn wir

sind überzeugt, daß es auch nicht annähernd die Dankbarkeit erweisen wird, die es dem Deutschen Reiche im höchsten Grade schuldig ist. Was für „Geschäfte" wir mit England machen, wird im letzten Kapitel zur Sprache kommen. Leider kann der Abschnitt nicht geschlossen werden, ohne noch eine mysteriöse, sehr ominös klingende Nachricht zu erwähnen. Herr Cecil Rhodes hat am 22. Februar aus Capstadt auf ein Glückwunsch-Telegramm des Herausgebers der Londoner „Finanz-Chronik" diesem erwidert: „Danke Ihnen, bin erfreut, daß Ihr Kaiser so gute Gefühle für uns gezeigt hat".

Was soll das heißen? Auf welche Veranlassung hin kann Rhodes seinem Freunde über des Kaisers „gute Gefühle für England sich geäußert haben? Sollen etwa die fraglichen Schreiben des Kaisers, als Enkel und Neffe, die Veranlassung sein? Oder ist es nur ein infamer Trick dieses Hauptintriguanten, den Kaiser noch mehr in Gegensatz zu den Gefühlen des deutschen Volkes zu setzen? Die Freude des Herrn Rhodes hat für das Empfinden der Deutschen in und außerhalb des Deutschen Reiches dieselbe Wirkung, als die „Anerkennung" und das „Lob" des Herrn Carl Peters; beide sind für die öffentliche Meinung in Deutschland absolut negativ. Zu unserem größten Bedauern finden wir in den „Münchener Neuesten Nachrichten", Nr. 188, vom 22. April, eine Mittheilung, welche nicht geeignet ist, die „Freude des Herrn Rhodes" abzuschwächen. Das Münchener Blatt schreibt: „Deutschland, England und Transvaal. Die Nachricht, daß man in Berlin ein Dorthinkommen der Burenmission für inopportun halte, trifft mit der Meldung, daß in England ein Besuch des Kaisers am englischen Hofe für wahrscheinlich gehalten werde, zusammen, und dies Zusammentreffen erregt in weitesten Kreisen lebhaftes Befremden. Die Burenmission hat, sofern es ihre Aufgabe ist, europäische Großmächte mit dem Gedanken einer Vermittelung zu befreunden, keine Aussicht, irgend etwas zu erreichen. Es muß Denen, die eifrig auf eine Intervention dringen und aus ihrem Unterbleiben der deutschen Politik einen Vorwurf machen, immer wieder in's Gedächtniß zurückgerufen werden, daß Rußland unter seinem jetzigen Monarchen zu keinem Schritt zu bewegen sein wird, der in England als ein unfreundlicher aufgefaßt werden könnte; Frankreichs Politik ist, wie bekannt, bis zur Unzurechnungsfähigkeit einseitig, befangen und nicht nur unzuverlässig, sondern, wie mit

vollster Gewißheit behauptet werden kann, von der Idee beherrscht, jede sich irgendwie darbietende Kombination gegen Deutschland auszunutzen. Das Reich würde also bei einem Vermittelungsversuche vollkommen allein stehen, und es würde bei der Lage der Dinge barer Unverstand sein, die aus einer solchen Situation sich ergebenden schweren Gefahren herauf zu beschwören. Aber dies vorausgeschickt, bleibt es gleichwohl unverständlich, warum es nothwendig war, gegen die Burenmission eine geradezu unfreundliche Haltung einzunehmen; mit ihrem Empfange war doch eine Verletzung der Neutralität keineswegs verbunden. Man erinnere sich der Rundreise, die nach dem Sturze des französischen Kaiserreichs Thiers an die europäischen Höfe unternahm, um sie zu einem Einschreiten in dem deutsch-französischen Krieg zu Gunsten der Republik zu veranlassen. Seine Mission verlief erfolglos, aber empfangen wurde er überall, und es fiel der deutschen Politik nicht ein, darin eine Unfreundlichkeit zu erblicken. Was aber Monsier Thiers recht war, als er nach England reiste, ist der Burenmission, die nach Deutschland reisen will, billig. Daß sie eine freundliche, aber entschiedene Ablehnung ihrer Wünsche erfahren wird, liegt in den Nothwendigkeiten der — nicht durch Deutschlands Schuld! — unerquicklich gewordenen internationalen Lage. Aus ihr ergiebt sich für die deutsche Politik und in erster Linie für den Kaiser der Zwang, die korrekt freundlichen Beziehungen zu England aufrecht zu erhalten und vor folgenschweren Störungen zu bewahren. Dies Bestreben findet in der höflich verwandtschaftlichen Begrüßung des kaiserlichen Oheims auf deutschem Gebiet einen entsprechenden Ausdruck. Wenn aber aus dieser Begegnung die Schlußfolgerung gezogen werden soll, daß die Ankündigung englischer Blätter von einem Besuche des Kaisers am englischen Hofe dadurch an Wahrscheinlichkeit gewonnen habe, so möchte diese Auffassung doch mit mehr als einem Fragezeichen zu versehen sein. Die vorjährige Reise des Kaisers nach England erfolgte aus Gründen und unter Umständen und Nachwirkungen, die jeden Gedanken an einen Gegensatz zu der deutschen Volksstimmung ausschließen mußten. Aber eine Englandreise in diesem Sommer würde in ganz anderem Maße Mißdeutungen ausgesetzt sein, als die vorjährige Kaiserreise, die gleichwohl und allen Verwahrungen zum Trotz in England Auslegungen erfahren hat, an denen man in Deutschland

wenig Freude hatte. Eine Wiederholung der Reise in diesem Jahre würde solchen Auslegungen noch weit mehr Thür und Thor öffnen, und es würde sehr schwer sein, ihnen entgegen zu treten. Die dynastischen und Familienbeziehungen der Staatsoberhäupter dürfen nur unter beständiger Rücksicht auf die nationalen Empfindungen und Sympathien gepflegt werden."

Wir stimmen diesem Artikel in all' seinen Theilen durchaus nicht zu. Zur Innehaltung einer strengen Neutralität sind die Zuvorkommenheiten und Rücksichten, deren die englische Königsfamilie durch den Kaiser sich zu erfreuen hat, nicht nothwendig. Der Meinung des Münchener Blattes: als seien unter dem jetzigen Czaren alle Emanationen ausgeschlossen, die eine feindliche Tendenz gegen England bekunden könnten, stimmen wir auf Grund unserer Petersburger Nachrichten nicht zu. Die Ursachen der England freundlichen Strömung sind hinlänglich bekannt, und wir verkennen nicht ihre Stärke, aber die „russische Politik" ist ebenso alt, als in ihren Grundzügen unerschütterlich. Es kommt nur darauf an, sie zu einem kraftvollen Bewußtsein des Czaren zu bringen, wobei es nicht einmal nöthig zu sein scheint, an die nur zum Theil schlummernden „inneren Gefahren" zu erinnern, welche durch eine schwache, übersichtslose Politik heraufbeschworen würden. Über der Autokratie der russischen Kaiser steht eine Potenz, die sie Alle für die Dauer ihrer Politik anerkennen müssen, der entgegen sie an Macht und Ansehen in einem Grade verlieren, der selbst gefährlich für ihre Person werden kann. Der „Stern Rußlands" läßt sich nicht lange verdunkeln, seine Strahlen brechen durch die ihn verhüllenden Wolken, und leuchtender denn je wird er jedem Russen die Wege zeigen, die zur Erhaltung und Konsolidirung des russischen Reiches einzuschlagen sind. An treibenden Kräften zur Weiterführung der „Mission" fehlt es keineswegs, einer Mission"! der auch kein Czar für die Dauer seiner Regierung entgehen kann. Aus dem Grunde müßten wir es auch im höchsten Grade bedauern, wenn für die deutsche Politik Faktoren in Rechnung gezogen würden, die nichts weniger als sicher und dauerhaft sind.

Was die am Schlusse des Artikels ausgesprochene Ansicht über die Inopportunität einer abermaligen Reise des Kaisers nach England betrifft, so ist es selbstverständlich, daß wir von unserem nationalen Standpunkte aus ihr nur voll und ganz beistimmen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" verleihen ihren patriotischen Gefühlen einen konkreten Ausdruck, indem sie schreiben: „Die dynastischen und Familienbeziehungen der Staatsoberhäupter dürfen nur unter beständiger Rücksicht auf die nationalen Empfindungen und Sympathien gepflegt werden".

Wir haben uns in Bezug auf diese für das nationale Empfinden und für den freien, lebhaften Ausdruck loyaler Gesinnungen so unbedingt nöthigen Rücksichten im Verlaufe dieses Kapitels bereits genügend geäußert, indem wir sehr bestimmt betonten, daß ein mannbares Volk sich nicht gegen sein besseres Wissen und gegen seine einheitlichen Gefühle regieren läßt. Man hüte sich vor Aufwerfung von Fragen, deren Aufstellung schon voller Gefahren für Kaiser und Reich sind. Was wir hier in der bescheidensten Weise besprechen, kann unter Umständen in einigen Monaten Millionen von Herzen bewegen, und Stimmungen befestigen, die nur unheilvolle Wirkungen haben würden; doppelt unheilvoll! eben weil man sie so leicht hätte verhüten können. Das deutsche Volk will von den Engländern nichts wissen, es will keine „englische" Politik und läßt sich von keiner Macht, mag sie heißen, wie sie will, dazu zwingen. Wie schon früher erwähnt, wird es Sache des Reichstages, der Einzel-Landtage und doch auch des Bundesrathes sein, gegen eine Politik zu protestiren, eventuell einzuschreiten, welche sich nicht mit den Interessen des Deutschen Reiches deckt und dem Volksempfinden geradezu widerlich ist. Das deutsche Volk läßt sich nicht als eine Sache behandeln, durch welche man Fremden Aufmerksamkeiten und Annehmlichkeiten bereitet.

Nachstehend lassen wir die deutsche Antwort auf das Ersuchen der Burenstaaten um die Friedensvermittelung folgen. Sie lautet: „Die Regierung des deutschen Kaisers wird gern bereit sein, bei einer freundschaftlichen Vermittelung mitzuwirken, sobald die Grundbedingungen einer solchen vorhanden sind, d. h. sobald festgestellt ist, daß beide Gegner dieselbe wünschen. Darüber, ob englischerseits dieser Wunsch gegenwärtig vorhanden sei, werden sich die beiden südafrikanischen Regierungen entweder direkt in London oder durch die guten Dienste einer dritten Regierung Auskunft verschaffen können, welche keine eigenen wichtigen Interessen in

Südafrika wahrzunehmen hat. Die letztere Voraussetzung trifft bei einer Anzahl von Staaten in Europa und außerhalb Europas zu, jedoch nicht bei Deutschland. Jeder derartige Schritt der deutschen Regierung würde daher den Verdacht erwecken, daß wir andere, als humanitäre Zwecke verfolgen; das dadurch vermehrte Mißtrauen würde der Sache des Friedens nicht förderlich sein. Den Wünschen der südafrikanischen Regierungen, ihre Bitte um Vermittelung auch an die österreich-ungarische und die schweizerische Regierung, deren Interessen durch das deutsche Konsulat wahrgenommen werden, gelangen zu lassen, ist selbstredend sofort entsprochen worden."

Der „Frankfurter Zeitung" entnehmen wir aus ihrer Nr. 76, erstes Morgenblatt vom 18. März, einen übersichtsreichen Situations-Artikel, in dem auch die Aktenstücke aus den Jahren 1895 und 1896 zur Sprache kommen. Er lautet: „Deutschland und Transvaal. Die Antwort der deutschen Regierung auf das Vermittelungsersuchen der südafrikanischen Republiken, deren Wortlaut wir bereits im Abendblatt mitgetheilt haben, ist insofern von besonderer Bedeutung, als es gewissermaßen die Ankündigung der Geltendmachung deutscher Interessen bei der Liquidation des Krieges enthält. Gute Dienste bei einer Vermittelung, so heißt es in der Antwort der deutschen Regierung, kann eine dritte Regierung leisten, „welche keine eigenen wichtigen Interessen in Südafrika wahrzunehmen hat". Solcher Staaten gebe es mehrere in Europa und in Amerika, aber Deutschland gehöre nicht zu denselben. Das heißt, Deutschland hat eigene wichtige Interessen in Südafrika zu vertreten, und seine Einmischung in den Streit zwischen England und den südafrikanischen Republiken könnte daher den Verdacht erwecken, daß wir andere als humanitäre Interessen verfolgen.

Welcher Art sind nun die Interessen Deutschlands? Diese Interessen sind wiederholt in amtlichen Aktenstücken umschrieben worden. So z. B. in einem vom 1. Februar 1895 datirten Schreiben des damaligen Staatssekretärs von Marschall an den Grafen Hatzfeldt in London, wo es aus Anlaß einer Unterredung des Freiherrn von Marschall mit dem englischen Botschafter in Berlin hieß:

„Unsere Politik gehe einfach dahin, diejenigen materiellen Interessen gegen jeden Eingriff zu schützen, welche sich Deutschland durch Erbauung von Bahnen und die Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Transvaal geschaffen habe. Diese Interessen ge-

bieten die Aufrechterhaltung Transvaals als selbstständigen Staat nach Maßgabe des Vertrages von 1884 und die Sicherung des status quo bezüglich der Bahnen und des Hafens in der Delagoa-Bai. Damit sei der Ausgangspunkt und der Endpunkt unserer Politik in jenen Gegenden gekennzeichnet."

Das war fast ein Jahr vor dem Einbruch der Jameson und Genossen. Kaum war dieser erfolgt, als Freiherr von Marschall am 30. Dezember in vollem Einklange mit einer Depesche an den Grafen Hatzfeldt an den deutschen Konsul in Pretoria telegraphirte:

„Bei Mittheilung Ihres Telegrammes vom 24. Dezember habe ich der englischen Regierung gegenüber hervorgehoben, daß für uns die Erhaltung der Unabhängigkeit des Transvaalstaates, wie sie im Vertrage von 1884 festgesetzt sei, den leitenden Gesichtspunkt bilde und wir in einer Störung dieses Zustandes nach der von gewisser Seite angestrebten Richtung eine schwere Beeinträchtigung unserer Interessen erblicken müßten. Schärfen Sie dortiger Regierung nachdrücklich ein, daß sie jede Provokation strengstens vermeiden müsse, wenn sie sich deutsches Wohlwollen erhalten wolle."

Seitdem sind vier Jahre vergangen, und der Krieg hat eine vollständig neue Lage geschaffen, allein unsere Interessen in Südafrika sind dadurch natürlich nicht aufgehoben worden. Nur die Art, wie wir dieselben zu vertreten haben, ist eine andere geworden. Ob die Interessen Deutschlands durch den Ausgang des Krieges gefährdet werden, hängt von den Friedens-Bedingungen ab, welche das siegreiche England den besiegten Republiken auferlegen will. Man wird sich erinnern, daß kurz vor dem Ausbruche des Krieges der deutsche Botschafter in London, Graf Hatzfeldt, wiederholt unmittelbar nach wichtigen Berathungen des englischen Kabinetts, welche auf den Krieg Bezug hatten, Besprechungen mit Lord Salisbury pflog, und man nahm damals ziemlich allgemein an, daß es sich bei diesen Besprechungen um die Wahrung deutscher Interessen handelte, welche durch den erwarteten Krieg berührt werden könnten. Die Ansicht war und ist noch jetzt weit verbreitet, daß Deutschland durch den deutsch-englischen Vertrag mit Bezug auf die zukünftige Behandlung der portugiesischen Besitzungen in Afrika eine Art Kompensation für den Verzicht auf die Wahrung der Interessen, wie sie in den früheren Erklärungen der deutschen Regierung umschrieben sind, zugesichert worden ist. Inwiefern

diese Auffassung begründet ist, wird sich wohl erst zeigen, wenn man weiß, in welcher Weise England seinen Sieg über die beiden Republiken auszubeuten gedenkt. Vorläufig steht nur fest, daß Deutschland auch jetzt noch wichtige Interessen in Südafrika zu vertreten hat und dieselben zu wahren gedenkt."

In der Antwort der deutschen Regierung kann man nur den Ausdruck einer sehr wohlwollenden Neutralität für England herauslesen, welche offenbar in einem nicht minder sehr bestimmten Konnex mit dem zur Zeit immer noch geheimen*) „deutsch-englischen Verlangen", der kurz vor Ausbruch des Krieges perfekt geworden sein mag, steht. So viel dürfte auch für Nichteingeweihte sicher sein, daß die deutsche Regierung ihre „südafrikanischen Interessen", wie solche von ihr durch die Note vom 1. Februar 1895 des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall an den deutschen Botschafter in London, Grafen Hatzfeldt, festgelegt worden sind und ihren weiteren Ausdruck in dem Schreiben Marschall's vom 30. Dezember 1896 an den deutschen Konsul in Pretoria fanden, einer prinzipiellen, materiellen Korrektur zu Gunsten Englands und zum Nachtheile Transvaals unterzog.

Das Kapitel soll geschlossen werden mit einer ehrerbietigen, patriotischen Apostrophe an den Kaiser, der bei Gelegenheit eines der Diners, wie sie nach Abhaltung der Brandenburg'schen Provinziallandtage abgehalten wurden, in einem Trinkspruche sagte: „Ich werde Euch noch herrlichen Tagen entgegenführen", und der die denkwürdigen Worte schrieb: „Recht muß doch Recht bleiben". Am Schlusse der Broschüre: „Die Bedeutung der heutigen Sozialdemokratie für Staat und Gesellschaft, oder: Was will, kann und soll man?" (Fösser-Nachfolger. Frankfurt a. M. 1895) schreibt Freiherr von Fechenbach-Laudenbach: „Auch wünschen wir als Patriot und überzeugungstreuer Monarchist beim Kaiser

*) „Geheimen" insofern, als er offiziell noch nicht veröffentlicht worden ist, bekannt ist er aber dennoch und kommen wir im letzten Kapitel auf ihn zu sprechen, ebenso auch darauf, daß er gegenwärtig überhaupt nicht mehr besteht, weil die Eventuellität, auf Grund welcher er geschlossen wurde, nicht eingetroffen ist, nämlich: die Abtretung, respektive der Verkauf der portugiesischen Kolonien. Wie bereits angedeutet, werden wir auch noch auf die unfreundliche, ja selbst direkt feindliche Sprache Englands zurückkommen, mit welcher es die Aufhebung des Eventual-Vertrages behandelt.

noch eine echt fürstliche Eigenschaft etwas mehr hervortreten zu sehen. Wir meinen die Gabe, eine ehrfurchtsvolle Kritik nicht in persönlicher Weise übel zu nehmen. Die Kaiser und Könige stehen so hoch, daß sie leichter und eher, als Andere Kritiken vertragen und aufnehmen können. Eine Kritik zu verstehen, und eventuell sich nach ihr zu richten, hierdurch vergiebt kein Fürst auch nur das Geringste an seiner Hoheit. Im Gegentheil, er würde dadurch nur beweisen, daß er auch in dieser Hinsicht über den Schwächen und Kleinlichkeiten der Mehrzahl der Menschen erhaben ist. — Eine rein sachliche, ehrfurchtsvolle Kritik verstehen zu können, setzt einen unvergleichbar höheren Standpunkt voraus, als sie übel zu nehmen. Auch dürfte hier in Erwägung gezogen werden, daß eine Kritik nicht im Mindesten an ihrer Bedeutung verliert, indem man sie übel nimmt, sie wird nur dann gegenstandslos, wenn man sich nach ihr richtet. Das sind eben einmal Wahrheiten, über die sich auch der mächtigste Selbstherrscher nicht hinwegsetzen kann, weil er hier, wie jeder andere Mensch, unter den Gesetzen des „Thatsächlich-Richtigen", des Verstandes und der Logik steht, fürwahr! echt souveräne Potenzen. So wenig der Geist durch die stärksten und rohesten mechanischen Machtmittel gezwungen oder gebrochen werden kann, weil er eine Gabe Gottes ist, so wenig wird er sich des Rechtes entäußern: Kritik zu üben. Der Geist des Menschen ist souverän, er ist unfaßbar und wird in Folge seiner substanzlosen Hoheit nur wieder dem Geiste zugänglich sein. Im Verkehr des Geistes zum Geiste verliert die irdische Unterscheidung und Werthmessung jede Bedeutung. Im Reiche der Geister bestimmt nur das Intellekt ihre Rangordnung und Ebenbürtigkeit. Und diese unfaßbare Macht hat auch die Kraft, die Schicksale der Völker und Staaten zu beherrschen; durch die Philosophie der Geschichte wird sie uns zur Anschauung gebracht. Diese bildet auch das Tribunal, dem sich die mächtigsten Herrscher unterwerfen müssen. Die sachliche, wahre Kritik entspringt daher einem Geiste, den die Fürsten wohl anerkennen dürfen, und sie setzen sich nur selbst herab, wenn sie eine solche Kritik nicht zu verstehen vermögen.

„Ja also!"

IV. Abschnitt.

Wir lassen zwei Artikel des „Reichsboten" folgen, welche symptomatisch für die Stimmungen sind, die in Rußland und England zum Ausdruck gelangen. Was den ersten Artikel betrifft, so können wir der Meinung des „Reichsboten": „daß die Geschichte wenigstens gut erfunden sei", nicht beipflichten. Auf Grund aller bekannten Thatsachen und der vom Kaiser schon gleich nach dem Ausbruch des südafrikanischen Krieges beobachteten Haltung, ist die Geschichte nicht allein ganz, sondern sie ist auch recht schlecht erfunden. Wir neigen uns der Ansicht zu, daß es sich um ein englisches Ei handelt, welches der Petersburger „Russija" in's Nest gelegt wurde. Die Geschichte hat entweder den Zweck, auf den Busch zu klopfen, und ein für England erwünschtes Dementi zu provociren, das sofort Seitens der englischen Presse verwerthet worden wäre, oder man beabsichtigte, den Kaiser gegenüber von England in eine Lage zu bringen, in welcher es zu Auseinandersetzungen und bestimmten Erklärungen kommen sollte. Die Annahme, daß es sich um eine russische Mache handle, die den Kaiser in England zu verdächtigen habe, halten wir nicht für richtig, weil sie zu leicht als falsch nachzuweisen war. In dem Artikel des „Reichsboten": „Hat das etwas zu bedeuten?" (Nr. 85, vom 11. April) lautet die betreffende Stelle: „Noch einer anderen Reise wird eine gewisse Bedeutung beigelegt, und das ist die Reise des Czaren und der Czarin auf etwa 14 Tage zur Feier des Osterfestes nach Moskau. Moskau ist die heilige Stadt der Russen, die Krönungsstadt, welche die Czaren nur bei besonderen Anlässen besuchen, und deshalb legt man denn auch solchen Besuchen, wenn sie stattfinden, eine besondere Bedeutung bei. Man sagt nun, der Czar ginge zu Ostern nach Moskau, um sich und namentlich seine Gemahlin dem Altrussenthum näher zu bringen, und namentlich das Mißtrauen desselben gegen die letztere zu beseitigen. Aber es giebt Leute, welche die Reise nicht so harmlos nehmen und auch hier größere politische Zwecke muthmaßen, indem sie an bevorstehende Besuche erinnern. Ob Fürst Ferdinand nach Moskau kommt und dort den Übertritt zur griechischen Kirche vollzieht, um damit nicht bloß die Königskrone, sondern auch eine russische Prinzessin zur Gemahlin zu gewinnen, ist wohl nur eine

romantische Phantasie; aber weniger romantisch dürfte schon die Vermuthung sein, daß der Czar dort vielleicht die Transvaal-Deputation empfängt, und in der Ansprache an sie seinen Weltfriedensbestrebungen, durch die ihm gerade England einen Strich gemacht hat, einen neuen feierlichen Ausdruck verleiht und damit auch eine wirkliche Friedensaktion einleitet — wer will das sagen? Aber wenn der Czar das thäte, so würde er damit seinem Ansehen ein hohes Podium bauen, denn alle Welt verabscheut diesen schmählichen Raubkrieg und wünscht, daß der Menschenschlächterei ein Ende gemacht werde, und man beklagt es, daß bisher keine Macht den Muth gehabt hat, auch nur mit einer friedlichen Mahnung England in den Arm zu fallen. Allein wir bezweifeln, ob Rußland gerade in der südafrikanischen Frage, bei der es am wenigsten interessirt ist, England, wenn auch noch so leise, auf den Fuß treten wird, sondern glauben, daß es vielmehr es vorzieht, England dort gewähren zu lassen, aber in aller Stille unterdessen seine Zwecke am Goldenen Horn, im persischen Meerbusen, in Afghanistan und China weiter zu fördern, so daß ihm das dort Erstrebte dann, wenn England vielleicht später daran rühren würde, als reife Frucht in den Schooß fallen wird. Wenn auch nachfolgende Interventionsgeschichte vielleicht erfunden ist, um zu schildern, wie alle Mächte dasselbe wünschen, aber keine der Katze die Schelle anzuhängen wagt und so alle den Krieg fortgehen lassen, so ist sie doch gut erfunden und recht charakteristisch für die herrschende Stimmung. So wird der Petersburger „Russija", wie wir dem „Hamb. Korresp." entnehmen, vom 30. März aus Paris berichtet:

„Bei dem Botschafter einer Großmacht fand ein Ball, ein sehr glänzender Ball statt, weil außer den gewöhnlichen hochgestellten Gästen ihn auch der Monarch des Landes, in dessen Gebiet die Geschichte vor sich geht, mit seiner Gegenwart beehrte. Es ereignete sich, daß der Botschafter einer anderen Großmacht (d. h. nicht der Wirth des Hauses) sich neben dem Monarchen ohne Zeugen befand. Plötzlich wandte sich der Monarch an ihn mit der unerwarteten Frage: „Und Sie mischen sich endgültig nicht in die Transvaal-Sache? Das ist sehr schade. Wir verlieren eine treffliche Gelegenheit, England seinen Platz zu weisen, eine solche finden wir in hundert Jahren nicht wieder."

Und allmählich sich hinreißen lassend oder sich doch diesen An-

schein gebend (wer vermag dies zu sagen?) begann der Monarch England so durchzunehmen, daß der Hörer sich nur wunderte und freute, weil aus dem Munde des Monarchen die Wahrheit selbst sprach. Er freute sich noch deshalb, weil die Regierung, die dieser Diplomat vertrat, selbst aufrichtig der Schlächterei in Südafrika ein Ende machen wollte, aber dies nicht konnte, da einer und selbst zwei im Felde nichts bedeuten. Und plötzlich erscheint ein so mächtiger Verbündeter zur Hülfe. Der Diplomat konnte seinem hohen Gegenüber nichts Bestimmtes antworten, weil er keinerlei Instruktionen hatte, aber nach Hause zurückgekehrt, sandte er sofort an seine Regierung einen genauen Bericht. Seine Regierung setzt sich mit einer anderen befreundeten Macht in Verbindung, mit der sie immer zusammen vorgeht, und einige Tage später ereignete sich Folgendes:

Der Botschafter, der mit dem Monarchen das erwähnte Gespräch gehabt hatte, nahm eine Audienz und erklärte: „Ew. Majestät, die Sache ist entschieden; wir folgen Ihnen."

Aber nun geschah etwas Unerwartetes. Statt sich zu freuen, daß dank seiner Initiative ein im höchsten Grade edles und humanes Werk geschieht, freute sich der Monarch durchaus nicht. Im Gegentheil, die Erklärung des Botschafters brachte auf ihn den allerunangenehmsten Eindruck hervor.

„Sehen Sie," sagte er endlich nach einigem Schweigen, „ich möchte nichts gegen England unternehmen, so lange die ehrwürdige Königin Victoria lebt. Aber es sei, ich bin bereit, jedoch nur unter einer Bedingung: die Mächte, die in dieser Affaire eintreten, müssen einander die Integrität ihres Besitzes in Europa für immer garantiren."

„Aber Ew. Majestät," antwortete der Botschafter, „die Forderung eines solchen Aktes würde gleichbedeutend sein mit dem Bruche unseres Bündnisses mit der Macht, mit der wir zusammengehen. In jedem Falle verliert unser Bündniß unter solchen Verhältnissen jeden Sinn." . . .

Weiter erzählt man in den Kreisen, wo ich das oben Beschriebene hörte, Folgendes: der Minister der Macht, von der man den Verzicht gefordert hatte, sagte beim Empfang des englischen Gesandten demselben leichthin, gleichsam seinen Worten keine große Bedeutung beimessend: „O, wenn wir etwas gegen Sie unternehmen

wollen, wissen wir im Voraus, wieviel es uns kosten wird, die Mitwirkung der Macht zu gewinnen, die Sie als Ihnen befreundet ansehen."

Wahrscheinlich hat die englische Regierung nicht das Geheimniß dieser Unterredung gewahrt, weil von diesem Tage an ohne jede andere ersichtliche Ursache die englische Presse in einem ganz anderen Ton zu reden begann."

Der Monarch, von dem die Rede ist, soll natürlich der deutsche Kaiser sein; der Botschafter der russische, und die Macht, mit der sich dessen Regierung in Verbindung setzte, Frankreich. Ebenso klar ist aber, daß die Geschichte erfunden ist. Unseren europäischen Besitzstand brauchen wir uns von Niemand garantiren zu lassen; geradezu komisch wäre es aber, wenn wir Frankreich als Geranten unseres Besitzstandes anrufen würden. Interessant aber ist die Geschichte deshalb, weil sie uns zeigt, wie man in Frankreich darauf erpicht ist, Deutschland an die Spitze einer Aktion gegen England zu drängen."

Um den Zweck des zweiten Artikels zu finden, braucht man nicht zu kombiniren, denn er liegt möglichst plump vor aller Augen. Das ist ja wieder einer jener bekannten Ausdrücke englischer Dankbarkeit für die Wohlthat, welche Kaiser Wilhelm II. durch seine äußerst wohlwollende Neutralität England erweist. Der „Reichsbote" schreibt in seiner Nr. 76, vom 31. März, wie folgt: „Wird Deutschland mit Amerika Krieg anfangen, um sich in den Besitz Brasiliens zu setzen? Unter dieser Spitzmarke veröffentlicht das Londoner Blatt „The golden Penny" einen Artikel, der die Verdächtigung des „Spectators" aufnimmt, daß der deutsche Kaiser „mit verlangenden Augen nach der großen südafrikanischen Republik und ihren Reichthümern" blicke. „Es scheint," heißt es in dem Artikel, „daß der Kaiser und sein Volk in dieser Sache verschiedener Ansicht sind. Das deutsche Volk will keinen Krieg, aber der Kaiser träumt, wie die ganze Welt weiß, von einem ungeheuren Kolonialreich, damit sein beständig wachsendes Volk sich ausdehnen kann. Das günstigste Feld für diese Ausdehnung ist Südamerika. Aber die Monroe-Doktrin versperrt ihm den Weg; denn in dem Augenblick, wo er versucht, irgend ein Gebiet in Südamerika zu annektiren, bekommt er mit Onkel Sam zu thun. Brasilien ist das Land, auf das es der Kaiser abgesehen hat; zu berücksichtigen ist dabei, daß

ein ungeheures Gebiet von Brasilien bereits jetzt völlig deutsch ist. Ein Territorium, größer als Deutschland, wird fast ausschließlich von Unterthanen des Kaisers bewohnt. In diesem Gebiet ist das Deutsche die vorherrschende Sprache. Die Bewohner sind nach Konfession, Sitten und Gebräuchen Deutsche. Sie stehen alle mehr oder minder unter der Vormundschaft der Auswanderungsgesellschaften, die in Hamburg ihren Sitz haben. Die Auswanderungs-Bewegung begann im Jahre 1825. Das von den Deutschen bewohnte Gebiet erstreckt sich von Rio de Janeiro im Norden bis zur Grenze der Republik im Süden, vom Atlantischen Ocean im Osten bis nach Uruguay im Westen. Bald nach dem Sturze Dom Pedros begann die brasilianische Regierung den Einfluß der Deutschen zu fürchten. Sie ermuthigte die Einwanderung anderer europäischer Nationen und zog namentlich Tausende von Italienern in's Land." In origineller Weise veranschaulicht das Londoner Penny-Blatt seinen Lesern, denen es einen bevorstehenden Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten einzureden sucht, bildlich die Größen- und Machtverhältnisse beider Staaten. Das Deutsche Reich verschwindet fast auf der Karte der United States, und der Amerikaner, der die Bevölkerungsziffer seines Vaterlandes (74 Mill.) andeutet, überragt den Deutschen um zwei Haupteslängen, da das Deutsche Reich nur 54 Millionen Einwohner zählt. Ebenso züngelt die Waage, die den Wohlstand beider Nationen veranschaulicht, tief zu Gunsten der Vereinigten Staaten, deren Reichthum durch ein Riesengewicht mit der Aufschrift 65 Billionen Dollars vergegenwärtigt wird. Dem ungeheuren Soldaten aber, welcher die Friedenspräsenzstärke der deutschen Armee mit 562000 Mann darstellt, steht nur ein winzig kleiner Amerikaner gegenüber, da die amerikanische Armee nur 100000 Mann zählt. Die Flotten beider Nationen sind fast gleich. Der „Land-Hunger", der den Kaiser nach dem Pennyblatt beseelt, läßt ihn aber nicht ruhen, bis die deutsche Flotte so stark ist, daß er die Monroe-Doktrin herausfordern und den Waffengang mit den United States wagen darf. Wenn der Kaiser mit seinem Flottenvermehrungs-Plane durchdringt — und daran ist nicht zu zweifeln, da er nach dem Pennyblatt eher auf seinen Thron, als auf diesen Plan verzichten würde — dann ist die Annektirung brasilianischer Gebiete von Seiten des Deutschen Reiches und damit der Krieg zwischen diesem und den Vereinigten

Staaten mit Bestimmtheit zu erwarten, und zwar kann sich Brasilien ungefähr zwischen 1910 und 1915 auf die Verwirklichung der deutschen Eroberungsgelüste gefaßt machen. — In dieser gehässigen Weise zieht die englische Presse die Gelegenheit an den Haaren herbei, um Deutschland zu verdächtigen, und für den Erfolg dieser Bemühungen bürgt schon die ungeheure Verbreitung, die namentlich auch die Londoner Pennyblätter in allen Ländern englischer Zunge finden."

Verlag von **Friedrich Luckhardt, Berlin** und **Leipzig.**

Neu! Neu!

Wehrlos zur See.

Eine Flottenphantasie an der Jahrhundertwende

von

Gustav Adolf Erdmann.

Inhalt: Nach Jahren daheim. — Gegensätze. — Zeitungsartikel. — Eine Wahlversammlung. — Der neue Reichstag. — Der Sturm bricht los. — Das Vorspiel. — Stark zu Lande — wehrlos zur See. — Blockade. — Brandschatzung. — Die Intervention. — Der Friede. — Nationaler Rückgang. — Das Erwachen.

Preis eleg. brosch. Mk. 1.50.

Neu! Neu!

Deutschlands Seeherrschaft

im XX. Jahrhundert.

Von

Gustav Adolf Erdmann.

Zweite Auflage. **Preis brosch. Mk. 1.50.**

Der Vorstand des Deutschen Flottenvereins schreibt: „Wir können Ihnen nur wiederholt zum Ausdruck bringen, daß gerade aus den Mitgliederkreisen des Deutschen Flottenvereins die Erdmann'schen Schriften als besonders geeignet bezeichnet worden sind, den Flottengedanken zu stärken und zu fördern."

Die deutsche Kriegsmarine

in zwölfter Stunde.

Nothwendigkeit einer Vermehrung unserer Kriegsflotte zur Wahrung deutscher Ehre und zum Schutze von Deutschlands Handel und Industrie.

1899. **Preis Mk. —,50.**

Verlag von **Friedrich Luckhardt, Berlin** und **Leipzig.**

Die Polen und die Mission des Polenklubs im Oesterreichischen Reichsrate.

Von einem polnischen Staatsmanne.

Vierte Auflage.

Preis Mark 1.—.

Czar Nikolaus II. und sein Hof.

Politisch-Feuilletonistische Aufzeichnungen von

Bresnitz von Sydačoff.

Vierte vermehrte Auflage.

Preis Mk. 2.40.

Die **„Strassburger Neuesten Nachrichten"** schreiben u. A.: ... Wer sich über das gegenwärtige Rußland orientiren will, dem empfehlen wir Sydačoffs Schrift aufs Wärmste; sie bringt auch dem Kenner russischer Geschichte und Verhältnisse viel Neues und Interessantes.

Die panslavistische Agitation

und die

südslavische Bewegung in Oesterreich-Ungarn.

Von

Bresnitz von Sydačoff.

Zweite Auflage.

Preis Mk. 1.50.

Auch diese Schrift hat eine große politische Bedeutung, wie ja auch in der Debatte des Oesterreichischen Parlaments besonders darauf hingewiesen wurde. Das Interesse an der **„Orientalischen Frage"** ist natürlich durch den Krieg in Süd-Afrika etwas in den Hintergrund getreten, dürfte aber bald wieder lebhaft werden, denn es liegt soviel Zündstoff in der Luft und es regt sich wieder in Mazedonien, Albanien und Bulgarien, sodaß über kurz oder lang eine Lösung doch erfolgen muß.

Typograph-Maschinensatz von Oscar Brandstetter, Leipzig. 16207.

Verlag von **Friedrich Luckhardt** in **Berlin** und **Leipzig.**

Orientalische Frage.

Soeben erschien:

Will Rußland die orientalische Frage lösen?

Ein Beitrag zur Geheimgeschichte der neuesten Wirren am Balkan mit Rücksichtnahme auf die Interessen des Deutschen Reiches als Weltmacht

von **Bresnitz v. Sydačoff.**

Preis Mk. 1.20.

Der Name des Verfassers, der anerkannt einer der besten Kenner des Balkans ist, bürgt schon dafür, daß hier wieder eine hochinteressante und bedeutende politische Schrift geboten, die aber augenblicklich doppelt zeitgemäß ist, da durch den Besuch des Kaisers von Oesterreich in Berlin die Blicke der politischen Welt sich wieder mehr als je nach Oesterreich, Rußland und dem Balkan richten werden.

Ferner erschienen von

Bresnitz von Sydačoff.

Die panslavistische Agitation und die südslavische Bewegung in Oesterreich-Ungarn. II. Aufl. 1900. . . . . 1.50

Die Polen und die Mission des Polenklubs im österreichischen Reichsrathe. 1900. IV. Auflage . . . . . 1.—

Ein halbes Jahrhundert österreichischen Hof- und Staatslebens. 1899. . . . . 2.—

Czar Nikolaus II. und sein Hof. Politisch-feuilletonistische Aufzeichnungen. 1899. I.—IV. Auflage 2.40

Soll die Türkei geteilt werden? Ein Mahnruf an Europa in zwölfter Stunde. 1898. I.—III. Auflage . . . . . 1.—

Die Christenverfolgung in der Türkei unter dem Sultan Abdul Hamid. Aufzeichnungen nach amtlichen Quellen. 1896. 1.-

König Karl von Rumänien und die Rumänen. Politisch-feuilletonistische Aufzeichnungen (1848—1896). 1897 . . . 2.—

Bulgarische Sittenbilder. Mitteilungen über die Vorgänge am Hofe des Fürsten Ferdinand, in der bulgarischen Gesellschaft und im Lande. 1898. II. Auflage 1.-

Bulgarien und der bulgarische Fürstenhof. Politisch-feuilletonistische Aufzeichnungen (1879—95). I. u. II. Aufl. 1896 2.—

Geschichte Serbiens vom Jahre 1868 bis auf den heutigen Tag unter den Königen Milan und Alexander. Politisch-feuilletonistische Aufzeichnungen 1889—1899. Inhalt: Fünf Jahre am Hofe des Königs von Serbien. — Die Korruption in Serbien. — König Milan und seine Mission in Serbien. 3.—

Das Ende der Dynastie Obrenovic. Zehn Kapitel aus der neuesten Hof- und Staatsgeschichte Serbiens. 1899. I. u. II. Auflage . . . . . 2.—

Fünf Jahre am Hofe des Königs von Serbien. Politisch-feuilletonistische Aufzeichnungen 1889 bis 1894. 1896 . . 2.—

Die Korruption in Serbien. Aufklärungen über die Vorgänge am serbischen Königshofe, in der Gesellschaft und im Lande. 1896 1.—

König Milan und seine Mission in Serbien. 1898 . . 1.—

Ausführliche Kataloge überallhin gratis und franko.

Druck von Oscar Brandstetter. 16207.